Gefräßige Krake EU S.4

Preußische Allgemeine Zeitung

Das Ostpreußenblatt

Einzelverkaufspreis: 2,40 Euro

Nr. 5 – 5. Februar 2011

Unabhängige Wochenzeitung für Deutschland

C5524 - PVST. Gebühr bezahlt

DIESE WOCHE





Einst war den Menschen ihre Zukunft buchstäblich „in die Wiege gelegt“: Geschlecht und Herkunft entschieden darüber, was sie werden konnten. Es ist ein Merkmal der freiheitlichen Moderne, dass weder Geschlecht noch Herkunft über das Fortkommen entscheiden sollen. Kritiker streiten, ob die Frauenquote ein Fortschritt ist oder aber der Rückschritt in freiheitsfeindliche, vormoderne Muster.

Foto: photothek.net

Der Preis ist die Freiheit

Ob Frauen- oder Immigrantenquote: Beides verstößt gegen das Leistungsprinzip

Ohne Zweifel ist es verwunderlich, dass es so wenig Frauen in die Führungsetagen deutscher Unternehmen schaffen. Doch anstatt nach den Ursachen zu forschen, will die Politik der Wirtschaft eine Frauenquote aufzwingen.

Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen hat sich die Forderung nach einer gesetzlich erzwungenen Frauenquote in Führungsetagen zu eigen gemacht. Beim konservativen Unionsflügel hat dies ebenso spontanen Widerstand ausgelöst wie bei den Liberalen. Die Ministerin verweist darauf, dass in keinem Industrieland außer Indien der Anteil von Frauen in den Vorständen der Großunternehmen so klein sei wie in Deutschland: zwei Prozent. In den USA und Großbritannien sind es 14 Prozent, in Russland elf, selbst in Brasilien sind Frauen nach Angaben des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (DIW) dreimal so stark in den Vorständen vertreten. Der Streit geht nicht um die Eignung von Frauen, sondern darum, ob eine gesetzliche Quote der richtige Weg sein kann. FDP-Generalsekretär Christian Lindner sieht in der gesetzlichen Quote einen „tiefen Eingriff in die Vertragsfreiheit“. Dabei kreisen Quotendebatten ja längst nicht allein um Frauen und Männer. Sie dringen längst in weitere Segmente vor. Auch, wo etwa eine „mangelnde Repräsentanz von Immigranten“, etwa im öffentlichen Dienst, diagnostiziert wird, kommt schnell der Ruf nach einer „Migranten-Quote“ auf. Zur besseren Verständigung empfehlen Politiker auch, mehr Muslime bei der Polizei einzusetzen. Von solchen Empfehlungen ist es meist nicht mehr weit bis zur Forderung nach einer festen Quote. In den USA werden per „positiver Diskriminierung“ Studienplätze bevorzugt an vermeintlich benachteiligte „Rassen“ vergeben.

> Brüssel plant sogar die europaweite Frauenquote

Wohin aber führt uns die durchgreifende „Quotierung“ aufs Ganze gesehen? Es war die Leistung der Moderne, den Menschen Entfaltungsmöglichkeiten ohne Rücksicht auf Herkunft, Geschlecht oder andere angeborene Eigenschaften zu eröffnen. Damit unterscheidet sich unsere Epoche von den düsteren Zeiten, als den Leuten ihr Lebensweg buchstäblich „in die Wiege gelegt“ war.

Die Quote nach Geschlecht oder Herkunft aber schafft gesetzlich, was es gesellschaftlich ausdrücklich nicht mehr geben soll: Dass Geschlecht oder Herkunft (Migrantenquote) über das Fortkommen entscheiden.

Andere Kritiker weisen auf einen bislang kaum beachteten Aspekt hin: So rechnet „Focus“-Autor Michael Klonovsky vor, dass Männer nicht bloß oben in den Führungsetagen der Konzerne dominieren, sondern auch bei der Müllabfuhr. Gerade die harten und unfallträchtigen, dabei oftmals schlecht bezahlten Arbeiten blieben wie selbstverständlich Männern vorbehalten.

Trotz aller Einwendungen dürfte die Quote kommen. Kanzlerin Merkel will im März eine „Klärung“ herbeiführen. Und hinter ihr hat sich bereits die EU-Kommission positioniert. Brüssel plant, eine europaweite Frauenquote durchzusetzen. *Hans Heckel*

Wilhelm v. Gottberg:

Rückschnitt des Sozialstaates

Die obersten Bundesgerichte einschließlich des Bundesverfassungsgerichts haben in Grundsatzurteilen kräftig zur Ausuferung des Sozialstaates beigetragen und damit diesen unfinanzierbar gemacht. Kommt nun bei der Jurisprudenz die Einsicht, dass die Ausgaben nicht höher als die Einnahmen sein dürfen?

Mit der Agenda 2010 der vormaligen rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder begann der Rückschnitt des Sozialstaates. Aufgrund dessen liefen der SPD die Wähler davon.

Das Landessozialgericht Rheinland-Pfalz hat jetzt klargestellt, dass sozialwidriges Verhalten von Hartz-IV-Empfängern zukünftig nicht mehr durch eine Sonderzahlung „wegen einer vermeintlichen Notlage“ gewissermaßen belohnt wird.

Im Streitfall hatte eine Hartz-IV-Empfängerin die Übernahme von Stromschulden in Höhe von 1150 Euro beantragt. Diese waren entstanden, obwohl die Behörde Geld für die Stromabschläge schon gezahlt hatte. Dieses Geld war nicht weitergeleitet worden.

Die Richter waren der Auffassung, dass die Frau nun gegebenenfalls für eine Übergangszeit mit einer Stromsperre leben müsse, obwohl zum Haushalt drei Kinder gehören. Für deren Versorgung sei die Mutter zuständig. Da die Wohnung weiterhin beheizt und mit warmem Wasser versorgt werde, drohe den Kindern keine Gesundheitsgefährdung. Auch Grundschulkinder können – so das Gericht – für eine befristete Zeit durch kalte Speisen ausreichend ernährt werden.

Druck auf Banken

EU-Kommissar fordert schnelle Neuordnung

EU-Wettbewerbskommissar Joaquin Alumnia drängt auf den Abschluss der vier laufenden Wettbewerbsverfahren gegen deutsche Banken. Um die „Lokomotivfunktion“ der deutschen Volkswirtschaft für die ganze EU nicht zu gefährden, lehnt er eine Verlängerung der Frist für die Sanierung der WestLB, HSH Nordbank, BayernLB und Hypo Real Estate ab. Die Frist zur Vorlage eines neuen und dann auch endgültigen Restrukturierungsplans für die WestLB läuft bereits am 15. Februar ab. Zweifel hegt Alumnia auch an der Verzinsung der staatlichen Kapitalspritze für die BayernLB, denn, so Alumnia, der Wettbewerb dürfe nicht mit staatlicher Unterstützung zu Lasten anderer Banken verzerrt werden.

> Ende der Krise noch nicht in Sicht

Durch die kräftig steigenden Eigenkapitalforderungen im Zuge der Basel-III-Regelungen sieht er weitere Herausforderungen auf die Geldinstitute zukommen. Staatliche Hilfen seien dabei in Einzelfällen nicht von vornherein ausgeschlossen.

Die Bankenkrise in Europa hält der Brüsseler Wettbewerbshüter noch lange nicht für wirklich ausgestanden. *J.H.*

Leere Patronen gegen Guttenberg

Studie gibt nur wenig Anhaltspunkte für strukturelle Mängel auf der »Gorch Fock«

Das Segelschulschiff „Gorch Fock“ wird vom „weißen Schwan“ zum „hässlichen Entlein“ herabgewürdigt und gleichzeitig der politische Überflieger Karl-Theodor zu Guttenberg in den Sinkflug gezwungen. Es geht um die Frage, was er wann von Missständen an Bord gewusst hat. Seine Kritiker werfen ihm vor, schon früh informiert gewesen zu sein und berufen sich dabei auf einen dreiteiligen Forschungsbericht des Sozialwissenschaftlichen Instituts der Bundeswehr zur beruflichen Entwicklung von Marineoffizieren.

Für diese Arbeit hat das Institut von 2005 bis 2009 die Marineoffizieranwärter zu ihren Erfahrungen und den verschiedenen Aspekten ihres Berufsbildes befragt. Ein Abschnitt widmet sich der Ausbildung auf der „Gorch Fock“. Skandalöse Schilderungen enthalten die der *PAZ* vorliegenden Studien allerdings nicht. Die auf rein empirischem Weg gewonnenen Forschungsergebnisse werden nüchtern und mit vielen Tabellen und Grafiken dargestellt. Konkrete Beispiele für Missstände finden sich dagegen kaum: eine trockene Lektüre.

> Die meisten sind zufrieden

So erfährt man beispielsweise, dass 70 Prozent mit der seemännischen Ausbildung „insgesamt zufrieden“ waren, wobei die Zufriedenheit der weiblichen Offizieranwärter größer war als die ihrer männlichen Kameraden. Kritik gab es an der Stammbesatzung, allerdings betonen die Forscher, dass sie sich nicht gegen die Ausbilder in toto, sondern nur gegen das Verhalten Einzelner richtete. Eine gewisse Unzufriedenheit zeigte sich auch mit der Unterbringung, der Hygiene, der Verpflegung und den Ruhezeiten, wobei die letzte Studie vom Mai 2010 eine positive Tendenz herausstellt.

Sicherheitsbedenken finden sich erstmals in Zusammenhang mit dem Ertrinkungstod einer Soldatin im Jahre 2008. Doch auch hier waren es nur zehn Prozent, die sich negativ äußerten. 57 Prozent der befragten Offizieranwärter fühlten sich körperlich „genau richtig“ gefordert, 14 Prozent „eher zu hoch“ und nur drei Prozent bewerteten die körperlichen Anforderungen gänzlich als „zu hoch“. Die intellektuellen Anforderungen wurden dagegen nur von 40 Prozent als „genau richtig“ eingeschätzt.

Alle drei Studien wurden routinemäßig dem Verteidigungsministerium zugeleitet. Von alarmierenden Erkenntnissen, die sich daraus hätten ergeben und es zum Handeln hätten zwingen müssen, kann indes keine Rede sein. (Interview mit zu Guttenberg Seite 2). *Jan Heitmann*

MELDUNGEN

In eigener Sache

An die Abonnenten und Leser der *PAZ*: In der Chefredaktion der *PAZ* gibt es eine Veränderung. Konrad Badenheuer hat sich entschieden, eine mehrmonatige Elternzeit anzutreten. Er hat einen Rechtsanspruch auf diese Elternzeit, deshalb ist ein kritisches Hinterfragen dieser Entscheidung fruchtlos. Wir wünschen ihm und seiner Familie eine gute Zeit.

Der Bundesvorstand der Landsmannschaft Ostpreußen hat mich gebeten, für die kommenden Monate kommissarisch die Chefredaktion der *PAZ* zu übernehmen. Ich habe diesem Wunsch nach Rücksprache mit meiner Frau entsprochen. Tatsächlich ist es ja so, dass kurzfristig niemand in Sicht ist, der die internen Abläufe der Produktion der Zeitung sowie die Mitarbeiter der Redaktion besser kennt als der Autor dieser Zeilen. Darüber hinaus hat er einen persönlichen Draht zur Geschäftsführung des Druckhauses und durch seine zahlreichen Veröffentlichungen in der *PAZ* in den letzten 20 Jahren weiß er um die Erwartungshaltung der Leser hinsichtlich des Inhaltes der Zeitung.

Diese Information verbinde ich mit der herzlichen und dringenden Bitte an alle Freunde unserer Wochenzeitung, die *PAZ* ins Gespräch zu bringen und neue Leserinnen und Leser für sie zu gewinnen. Die Zeitung schreibt noch schwarze Zahlen, doch wir müssen noch mehr neue Abonnenten finden, damit das auf Dauer so bleibt. Ich rechne mit Ihrer Hilfe.

Wilhelm v. Gottberg

Wilhelm von Gottberg, Altsprecher der Landsmannschaft Ostpreußen, zur Zeit Chefredakteur (kommissarisch)

Die Schulden-Uhr: Tief in der Kreide

In diesem Jahr wächst die Staatsverschuldung um 2279 Euro pro Sekunde. Das ist eine erneute Steigerung. Allein die Kreditmarktschulden von Bund, Ländern und Gemeinden werden 2011 um 71,9 Milliarden Euro auf 1,78 Billionen Euro steigen. Auf den Bund entfällt dabei ein Schuldenzuwachs in Höhe von 48,4 Milliarden Euro. Für ihre Kreditmarktschulden muss die öffentliche Hand in diesem Jahr rund 62 Milliarden Euro an Zinsen aufbringen – mit steigender Tendenz. Der Bund der Steuerzahler sieht nur einen Ausweg aus der Steuerfalle: Ein Sparpaket, das auf tatsächliche Einsparungen setzt, statt auf Erhöhung von Steuern und Abgaben. Damit die zukünftig noch einfacher einzutreiben sind, müssen Unternehmen spätestens ab 2012 ihre Bilanzen sowie Gewinn- und Verlustrechnungen auf elektronischem Wege an die Finanzverwaltung übermitteln, obwohl es an der Praktikabilität noch Zweifel gibt. *J.H.*

1.721.338.300.704 €

Vorwoche: 1.720.617.058.979 €
Verschuldung pro Kopf: 21.069 €
Vorwoche: 21.047 €

(Dienstag, 1. Februar 2011, Zahlen: www.steuerzahler.de)

»Unsere Ziele müssen realistisch sein«

Verteidigungsminister zu Guttenberg betont, dass er trotz aller Aufgeregtheiten seinen Überzeugungen treu bleibe

Anlässlich der neuesten Skandale um die Bundeswehr sind die eigentlichen Aufgaben des Verteidigungsministers Karl-Theodor zu Guttenberg völlig aus dem Blick geraten. Jean-Paul Picaper stellte exklusiv für die *Preußische Allgemeine Zeitung* und für die Pariser Zeitschrift „Politique Internationale“ hierzu einige grundsätzliche Fragen.

PAZ: *Herr Bundesminister, am 12. Dezember 2010 haben Sie dem deutschen Afghanistan-Truppenteil einen Besuch abgestattet, bei dem Ihre Frau Sie begleitet hat. 78 Prozent der Deutschen und auch die Soldaten vor Ort fanden das gut. Die Opposition und Teile der Medien haben es scharf kritisiert. Wie erklären Sie sich diese Diskrepanz?*

Guttenberg: Der Einsatz in Afghanistan ist derzeit unsere größte sicherheitspolitische Herausforderung. Unsere zivilen Aufbauhelfer, unsere Polizisten und unsere Soldaten verdienen es, dass unsere Gesellschaft ihre Leistungen anerkennt und würdigt. Mich lässt diese Verantwortung für den Einsatz nie los. Ich denke täglich an unsere Soldaten und an das, was sie für unser Land, für unsere Sicherheit dort leisten und an Gefahren in Kauf nehmen. Ich halte es deshalb für wichtig, dass unsere Soldaten das auch spüren können, dass ich diese Anerkennung mit meiner Familie teile und gemeinsam zum Ausdruck bringe. Dies mögen manche anders sehen. Als Politiker bin ich daran gewöhnt, dass der eine oder andere nicht alles für richtig hält, da ist häufig auch sehr viel künstliche Aufgeregtheit im Spiel. Das wird mich aber nicht davon abhalten, das Richtige zu tun.

PAZ: *Ist die Aufgabe in Afghanistan machbar? Oder empfinden die Soldaten sie als nicht machbar? Was ist eigentlich diese Aufgabe und weswegen sind wir dort?*

Guttenberg: In Afghanistan geht es zuallererst um unsere eigene Sicherheit. Wir müssen und wollen verhindern, dass von Afghanistan eine Gefährdung der internationalen Sicherheit ausgeht. Wir müssen dabei die Stabilität einer ganzen Region im Auge haben, einer Region, in der es – Stichwort Pakistan – Massenvernichtungswaffen gibt. Ein zusammenbrechender Staat Afghanistan hätte für diese Region schwerwiegende Folgen.

Das afghanische Volk will in Frieden ohne Gewaltherrschaft der Taliban leben. Und es hat wahrlich alles Recht dazu. Gute Regierungsführung, Bekämpfung der Korruption und der Drogenwirtschaft sowie der Aufbau der afghanischen Sicherheitskräfte sind die zentralen Herausforderungen. Hier bleibt die afghanische Regierung gefordert. Aber wir unterstützen.

Präsident Karsai hat in den Konferenzen von London, Kabul und Lissabon bekräftigt, dass er bis 2014 die Sicherheitsverantwortung in ganz Afghanistan in die Hände afghanischer Sicherheitskräfte legen möchte. Wir leisten unseren Beitrag dazu, dass dies gelingt und wir schrittweise reduzieren und eine „Übergabe in Verantwortung“ vollziehen können. Die Ausbildung der afghanischen Sicherheitskräfte steht deshalb im Fokus unseres militärischen Engagements.

PAZ: *Laut Umfragen meinen 76 Prozent der Deutschen, dass sich die Bundesrepublik Deutschland wie die Schweiz aus militärischen Konflikten heraushalten sollte. Sicher teilen Sie nicht diese Meinung ...*

Guttenberg: Über 40 Jahre war Deutschland „Frontstaat“ im Kalten Krieg und unmittelbar bedroht. Nur durch die Solidarität des Westens, den Rückhalt der Nato und insbesondere der Unterstützung Amerikas konnten wir unsere Freiheit verteidigen und den Frieden in Europa durch Abschreckung erhalten. Die Bürger in unserem Land haben den Ost-West-Konflikt und unser geteiltes Land hautnah erlebt. Jeder Mann und jede Frau in unserem Land wusste: Kommt es zu einem Krieg, dann auf deutschem Boden. In den letzten 20 Jahren konnte nun Deutschland wie kaum ein anderer Staat von der zunehmenden Stabilität des euroatlantischen Raumes profitieren. Heute sind wir von Freunden umgeben. Es drohen keine unmittelbaren Gefahren mehr für unsere Territorium. Dafür gibt es neue Risiken und Gefährdungen, wie zum Beispiel Internationaler Terrorismus, Proliferation von Massenvernichtungswaffen, Piraterie, Cyberwar, fragile Staaten. All das kann sich direkt oder mittelbar auf die Sicherheit unseres Landes auswirken, ohne dass dies aber unseren Bürgern tagtäglich bewusst wird. Hier ist politische Führung gefordert, um diese Zusammenhänge immer wieder zu erklären. Wir müssen deutlich machen, dass die Bedrohungen und Gefährdungen, denen wir ausgesetzt sind, heute keine Landesgrenzen kennen. Wir müssen erklären, dass wir uns unserer Verantwortung gegebenenfalls auch dort stellen müssen, wo Gefahren entstehen, gemeinsam mit unseren Freunden und Partner in Nato und EU – wenn nötig auch durch den Einsatz von Streitkräften.

Die Politik muss die Zusammenhänge erklären

PAZ: *Die deutschen Armeen pflegten die Tradition der Auftragstaktik, bei der die Offiziere der mittleren Ränge selbstständig entscheiden und handeln. Ist diese Taktik in Afghanistan anwendbar?*

Guttenberg: Führen mit Auftrag ist Markenzeichen der Bundeswehr. Das Ziel, also das „Was“, wird vorgegeben, das „Wie“, also der Weg, um dieses Ziel zu erreichen, liegt in der Entscheidung dessen, der den Auftrag erhält und ausführen soll. So ist sichergestellt, dass stets flexibel und lageangemessen reagiert werden kann. Auftragstaktik fordert viel von dem, der vor Ort handeln und reagieren muss. Gerade in Afghanistan ist die Auftragstaktik wegen der Komplexität der Aufgabe und der dortigen Herausforderungen besonders wichtig und besonders wertvoll. Jeder Soldat, jeder Patrouillenführer trägt große Verantwortung und muss schnell und richtig handeln können.

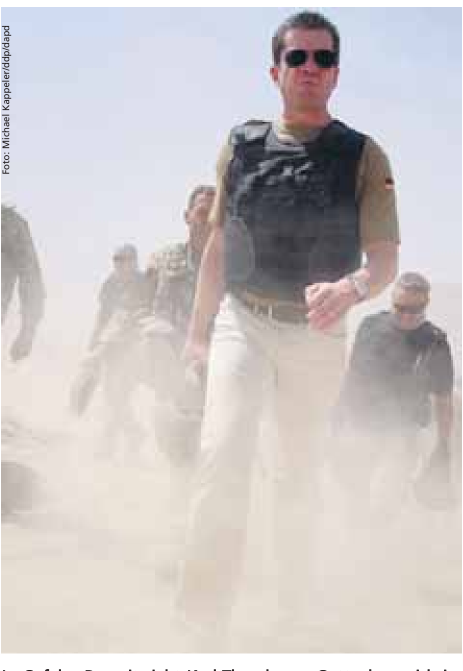


Foto: Michael Kappeler/ddp/dapd

In Gefahr: Derzeit sieht Karl-Theodor zu Guttenberg sich jedoch weniger durch Taliban als durch verschiedene Affären und Skandale bedroht (siehe Seite 1).

PAZ: *Wie werden Kriege im 21. Jahrhundert aussehen? Das „Upsala Conflict Data Project“ und die „Arbeitsgemeinschaft Kriegsursachenforschung“ in Hamburg sprechen von Krieg ab 25 Toten. Asymmetrische Kriege? Entstaatlichung des Krieges?*

Guttenberg: Kein Konflikt oder Krieg entspricht dem anderen. Definierungsfragen stellen sich erst dann, wenn etwa Rechtsfragen berührt sind. Abstrakt lässt sich allerdings nur schwer eine Antwort geben. Keiner von uns kann die Zukunft genau voraussagen. Fest steht jedoch, dass wir das in unserer Kraft stehende tun müssen, um Konflikte und Kriege zu verhindern. Politik, Diplomatie, Entwicklungs- und humanitäre Hilfe müssen zusammenarbeiten, um Stabilität und Frieden zu fördern und zu bewahren. Prävention ist oberstes Gebot. Wir werden aber den Ausbruch von Konflikten nicht immer verhindern können. Sollte dann ein militärischer Einsatz notwendig werden, stehen wir alle gemeinsam in der Verantwortung. Wie genau zu handeln ist, muss in der jeweiligen Situation entschieden werden – aber es wird sicherlich flexibel, professionell und entschlossen sein müssen. Vor allem aber müssen unsere gemeinsamen Ziele realistisch und erreichbar sein.

PAZ: *Sie haben einen Reformplan der Bundeswehr und Ihres Ministeriums vorgestellt. Wird mit dieser Reform die Idee der inneren Führung von Graf Baudissin und sogar die Vorstellung des Volks in Waffen von Gneisenau aufgegeben?*

Guttenberg: Mitnichten. Die Innere Führung mit dem Leitbild des Staatsbürgers in Uniform bleibt auch in Zukunft unverwechselbares Markenzeichen der Bundeswehr. Das gilt völlig unabhängig vom Status des Soldaten, sei er nun Wehrpflichtiger oder Zeit- oder Berufssoldat. Unsere Führungsphilosophie gilt für alle Soldaten.

PAZ: *Ursprünglich sollte diese Reform dazu dienen, Haushaltsgelder einzusparen. Aber eine Berufsarmee wird wahrscheinlich mehr Geld als eine Wehrpflichtarmee kosten?*

Guttenberg: Es ist mein Ziel, die Bundeswehr effizienter zu organisieren und sie konsequent auf den Einsatz auszurichten. Insgesamt wird der Umbau der Bundeswehr fünf bis sieben Jahre benötigen und mittelfristig auch Einsparmöglichkeiten eröffnen. Völlig klar ist, dass die Bundeswehr dafür die Mittel bekommen muss, die sie zur Aufgabenerfüllung benötigt. Es darf uns nicht darum gehen, was die Bundeswehr pro Jahr kostet. Es muss vielmehr darum gehen, was uns die Sicherheit und der Schutz unserer Bürger wert ist. Aber auch die Bundeswehr wird einen Beitrag zur staatspolitisch wichtigen Haushaltskonsolidierung leisten müssen.

Ein Aufstand des gesamten Volkes

Die Ereignisse in Ägypten zeigen, dass der Westen meist auf die Falschen setzt

Das Schlagwort von der „Eigendynamik“ war selten so zutreffend wie auf die Ereignisse am 28. Januar. Zwar hatte es schon mehrere Tage davor Demonstrationen und Zusammenstöße gegeben. Aber kein Ägypter und kein Ägyptenkenner hätte in Anbetracht des an sich gutmütigen Volkscharakters erwartet, dass die Proteste nach den Freitagsgebeten innerhalb weniger Stunden zu einem spontanen, führungslosen Volksaufstand werden könnten, der durch Brutalität und Schusswaffengebrauch der verhassten Polizei erst richtig angeheizt wurde.

Parolen und Transparente waren gegen das Regime gerichtet, nicht für eine Partei oder Person. Und es beteiligten sich alle Bevölkerungsgruppen: Erstmals auch die junge, gebildete Mittelschicht, die über die Abschaltung von Internet und Mobil-Telefon besonders erzürnt war. Auch koptische Christen, die längst von der unterwürfigen Haltung ihres Oberhauptes gegenüber dem Regime enttäuscht sind. Natürlich vor allem junge Menschen – nicht nur der demographischen Struktur Ägyptens entsprechend, sondern auch weil sie am meisten von Arbeitslosigkeit betroffen sind. Und sicher waren auch Anhänger der Muslim-Bruderschaft dabei, erkenntlich an Männern mit dem typischen Pigmentfleck auf der Stirn, der durch die häufige Bodenberührung beim Gebet entsteht. Eine richtig von der Bruderschaft organisierte Demonstration gab es dann erst am vergangenen Montag in einem Vorort Kairos.

Iran deutet Bilder als islamische Erhebung

Bedeutsam war wieder einmal die Rolle des Fernsehens. Al-Dschasira hatte mehrere Teams in Kairo, Suez und Alexandria und zeigte laufend die dramatischen Szenen, die „live“ sogar von den iranischen Kanälen übernommen wurden – wenngleich mit Umdeutung zu einer islamischen Erhebung. Al-Dschasira zeigte am Freitag den Friedensnobelpreisträger Mohammed ElBaradei in der belagerten Moschee, übertrug am Sonnabend ein Interview, in dem er ein Ende des Regimes forderte, und am Sonntagabend seine Rede auf dem zentralen Tahrir-Platz. Das Regime reagierte zunächst mit Abschaltung der Übertragungsleitung von Al-Dschasira, dann sogar mit Beschlagnahme von Ausrüstung und Verhaftung von Mitarbeitern.

Nach dem blutigen Freitag war zwei Tage lang keine Polizei zu sehen. Es kam zu Plünderungen, welche die Regierung der Muslim-Bruderschaft anlastet. Tatsache ist, dass tausende Sträflinge teils von der Polizei freigelassen wurden, um Unruhe zu stiften, teils ausbrechen konnten. Lokale Selbstschutzgruppen versuchen seither, Einbrüche und Vandalismus zu verhindern, hinter denen laut glaubhaften Berichten auch Polizisten in Zivil stecken. Die Armee ist nur an wichtigen Stellen präsent, aber schon bei ihrem ersten Erscheinen am Sonnabend zeichnete sich ab, dass sie kaum auf die Bevölkerung schießen – und letztlich die entscheidende Rolle im Machtkampf spielen würde.

Muslimbrüder stellen nur einen kleinen Teil

Die Oppositionsgruppen haben sich auf Bildung eines Komitees mit ElBaradei als Sprecher geeinigt. Aber nicht alle Teile der Muslim-Bruderschaft, die eine Basis-Organisation ohne straffe Befehlsstruktur ist, sind mit ElBaradei einverstanden. Dass Präsident Mubarak am Sonntag ein neues Kabinett ernannte und der neue Premierminister versprach, mit der Opposition zu verhandeln, kann den Volkszorn aber nicht besänftigen: Kernforderung ist ja die Entfernung Mubaraks, und die „Neuen“ sind durchwegs alte Mitarbeiter Mubaraks – die führenden Personen werden zudem in der enthüllten amerikanischen Diplomatenpost gelobt. Westliche Politiker haben jedenfalls mit ihren kläglichen Erklärungen und dann dem Zurückrudern, ohne aber Mubarak aufzugeben, wieder einmal zur Verschärfung der Lage beigetragen und die radikalen Kräfte in der Region gestärkt.

Richard G. Kerschhofer

Wieder so ein »friedliches Fest«

Von VERA LENGSFELD

Friedrichshain, im Ostteil von Berlin gelegen, hat seit einigen Jahren den Prenzlauer Berg als Szenekiez abgelöst. Neben vielen Kneipen und Kulturschuppen gibt es seit Anfang der 90er Jahre noch ein anderes Merkmal. In der Mainzer Straße, heute ein begehrtes Ausgehviertel, stand das erste besetzte Haus in Ost-Berlin. Bald folgten weitere. Die einen wurden mit Hilfe der Polizei geräumt, andere in betreute Wohnprojekte für auffällige Jugendliche umgewandelt. Der Bürgermeister von Friedrichshain-Kreuzberg, Franz Schulz (Bündnis 90/Grüne), ist für seine nachsichtige Haltung gegenüber Hausbesetzern bekannt.

Als er noch Baustadtrat im Bezirk war, soll er die Besetzung des Südflügels des Bethanien-Hauses in Kreuzberg durch die Überlassung von Schlüsseln erleichtert haben. Nun hat Bürgermeister Schulz, der sich immer noch für „alternative Wohnprojekte“ einsetzt, wie er Hausbesetzungen beschönigend nennt, ein Problem. Er muss ein besetztes Haus räumen lassen.

Obwohl Schulz einen „Offenen Brief“ an die Hauseigentümer mit unterzeichnet hat, der die weitere Tolerierung der Besetzung verlangte und sich bei einer Wohnungsbaugesellschaft für ein Ausweichobjekt, das die Besetzer aber ablehnten, stark machte, wurde Mitte Januar sein Bezirksamt Opfer eines linksextremistischen Brandanschlages. Neben den Molotow-Cocktails empfing der Bürgermeister auch Schreiben, in denen mit weiteren Anschlägen gedroht wurde, falls das Haus wirklich geräumt werden sollte. Die Hausbesetzer selbst hätten nichts mit den Anschlägen zu tun, verkündete Schulz der erstaunten Öffentlichkeit, höchstens ihre Unterstützer.

Mittlerweile eskaliert um das besetzte Haus die Gewalt. Bei einem „Solidaritäts-Straßenfest“ am vergangenen Sonnabend kam es zu einer „plötzlichen Entladung“, die angeblich „nicht vorhersehbar“ gewesen sein soll. Die für ein „friedliches Fest“ erstaunlich zahlreich anwesenden 650 Polizeibeamten wurden mit Pflastersteinen, Glasflaschen und Farbeiern beworfen. Außerdem kamen „Laserpointer“ zum Einsatz, die orientierungslos machen sollten. Mehr als 40 Polizisten wurden verletzt, aber nur „leicht“, wie eilig versichert wurde. „Nur“ zwei Beamte mussten im Krankenhaus behandelt werden. Die Täter können sich ermutigt fühlen. Wenn Brandsätze als Kavaliersdelikt gewertet werden, wenn die massenhafte Verletzung von Polizisten verharmlost wird, werden Linksextremisten gestärkt und der Rechtsstaat geschwächt.

Für den Szenebezirk Friedrichshain, der Gäste aus aller Welt anlocken will, wird die Situation brenzlig.

Kündigung wegen »falscher« Gäste

SPD und Grüne wollen Restaurant-Pächter hinauswerfen, weil er CDU-Abweichler beherbergte



Die Versammlungsfreiheit gehört zu den Grundfesten der demokratischen Rechtsordnung: Im Grundgesetz zählt das Recht aller Deutschen, sich friedlich zu versammeln, zu den unveränderlichen Grundrechtsartikeln.

Bild: imago

Er biete „rechtsextremen und deutschnationalen Veranstaltungen ein Forum“ – das reichte der rot-grünen Mehrheit in der Bezirksverordnetenversammlung (BVV) Charlottenburg-Wilmersdorf, dem Wirt des Ratskellers Schmargendorf „schnellstmöglich“ zu kündigen.

Bereits 2009 waren die Grünen tätig geworden, weil in dem Lokal das „Dienstagsgespräch“ veranstaltet wurde. Dort sollen neben bürgerlichen Referenten wie dem Israellobbyisten Iwan Denes (Thema „Naher Osten – Brandherd ohne Ende“), dem früheren SPD-Bundesverteidigungsminister Hans Apel („Steckt unser politisches System in der Krise – Gibt es Alternativen?“), dem konservativen Jura-Professor Ralph Weber (CDU), dem Euro-Kritiker Karl Albrecht Schachtschneider, Brigadegeneral a.D. Reinhard Günzel oder dem früheren CDU-Bundestagsabgeordneten Martin Hohmann gelegentlich auch Referenten aus den Reihen der NPD aufgetreten sein.

Dies behaupten jedenfalls der Linksaußen-Nachrichtendienst „Blick nach rechts“ sowie das „antifaschistische Pressearchiv und Studienzentrum (apabiz)“, das von Kritikern der Grauzone zwischen demokratisch legitimierter Linker und dem extremen Milieu zugeordnet wird. Bereits am 1. Oktober 2009 marschierten Linksextremisten beim Vortrag von Iwan Denes auf, um die Gäste der Veranstaltungen zu belästigen.

Danach verpflichtete sich der Wirt gegenüber der Bezirksverwaltung, vermehrt auf die politische Gesinnung seiner Gäste zu achten. Dabei erklärte der Wirt des Ratskellers, nichts von der politischen Gesinnung seiner Gäste gewusst zu haben. In der Folge brachte die CDU einen Aktionsplan gegen Rechts- und Linksextremismus im Bezirk ein, der jedoch keine Mehrheit fand. Stattdessen setzte Rot-Grün einen „lokalen Aktionsplan gegen Rechtsextremismus“ durch, an dem die linkslastige „Mobile Beratung gegen Rechtsextremismus“ (MbR), die von staatlichen Zuschüssen lebt, beteiligt werden soll. Der Fokus soll demnach allein auf wirkliche und vermeintliche Rechtsextremisten gelegt werden, der linke Rand soll im Dunkeln bleiben und weiterhin ungestört arbeiten können.

Das „Dienstagsgespräch“ ist unterdessen in ein anderes Lokal umgezogen. Doch für den Ratskeller kehrte keine Ruhe ein. Am 6. Dezember 2010 suchte der Publizist Jürgen Elsässer einen repräsentativen Veranstaltungsort für die Vorstellung seines kommenden Monatsmagazins „Compact“. Elsässer war noch vor wenigen Jahren der extremen Linken zuzuordnen, gehörte zu den Autoren der Zeitungen „Junge Welt“ und „Neues Deutschland“. Seit Gründung seiner „Volksinitiative gegen das Finanzkapital“ ist er jedoch zum Hassobjekt linker Extremisten geworden. Grund: Obwohl er gesellschafts- und wirtschaftspolitisch seine linken Ansichten nur wenig modifiziert hat, befürwortet Elsässer nunmehr einen starken Nationalstaat.

> »Schrittmacher bei der Abschaffung der Meinungsfreiheit«

Der Publizist wollte ein möglichst vielfältiges Podium für seine Zeitschriftenvorstellung zusammenbringen und zunächst den islamkritischen ehemaligen CDU-Landespolitiker René Stadtkewitz als Diskussionspartner gewinnen. Als der aber abgesagt hatte, fragte Elsässer bei Dieter Stein an, dem Chefredakteur der Wochenzeitung „Junge Freiheit“. Der Wirt des Ratskellers Schmargendorf fragte eingedenk der Angriffe von 2009 beim Bezirksamt Wilmersdorf nach, ob diese Veranstaltung stattfinden könne und erhielt grünes Licht. Später behaupteten verschiedene linke Blätter wahrheitswidrig, auch NPD-Chef Udo Voigt habe an Elsässers Veranstaltung teilgenommen. Einige Zeit später tagte in der gleichen Lokalität die neue Partei des CDU-Abweichlers René Stadtkewitz im Ratskeller. Zwar wird Stadtkewitz und seiner Partei „Die Freiheit“ von keiner ernstzunehmenden Seite rechtsextremes Gedankengut unterstellt, dennoch kam der Wirt erneut unter Druck. Nun will er auch den Ex-CDU-Politiker nicht mehr in seine Räume lassen und fragt verzweifelt: „Was soll ich denn noch tun?“, und distanzierte sich ausdrücklich von rechtsextremem Gedankengut.

Trotz dieser neuerlichen Ergebenheitsadresse des Gastwirts will Grünen-Politiker René Wendt nicht lockerlassen. Die jüngsten Veranstaltungen seien die „letzten Tropfen“ gewesen, die das Fass zum Überlaufen gebracht hätten. SPD-Kollege Fréderic Verrykken schließt sich dem Eifer an und mahnt, dass dies „keine Einzelfälle“ gewesen seien. Trotz des BVV-Beschlusses zeigt Stadtrat Klaus-Dieter Gröhler (CDU) indes wenig Bereitschaft, den Pachtvertrag zu kündigen.

Jürgen Elsässer zeigt sich ob der Vorfälle gegenüber der *PAZ* fassungslos: „Berlin galt früher als Vorposten der Freiheit. Unter rot-grüner Hegemonie ist es Schrittmacher bei der Abschaffung der Meinungsfreiheit geworden. Die Antifanten (linksextreme „Antifaschisten“, d. Red.) sind die gemeingefährliche Schrumpfform des historischen Antifaschismus. Statt Hitler bekämpfen sie Sarrazin, Stadtkewitz und Elsässer – wie erbärmlich.“ René Stadtkewitz ätzte: „Der Antrag, die Kündigung eines Pächters zu verlangen, weil dieser die politischen Ansichten seiner Gäste nicht prüft, ist ein Angriff auf unsere Demokratie. Diese Gesinnungsschnüffelei erinnert an Zustände in einer Diktatur.“ CDU-Innenrechtssprecher Robin Juhnke äußerte sich gegenüber der *PAZ* grundsätzlich: „Der Vorgang zeigt, wie sehr das Koordinatensystem in Deutschland verrutscht ist. Linksradidale dürfen öffentlich die Wege zum Kommunismus suchen, während ein paar harmlose Rechtspopulisten verteufelt werden.“ *Hans Lody*

Noch einer weg

Mietwagen-Affäre: Platzeck verliert einen weiteren Minister

Die Skandalchronik des Kabinetts von Ministerpräsident Matthias Platzeck (SPD) ist um ein Kapitel reicher: Am 27. Januar hat Brandenburgs Bildungsminister Holger Rupprecht seinen Rücktritt erklärt. Als „Testfahrt“ hatte sich Platzecks Parteifreund gratis eine Luxuslimousine geliehen und war damit in einen 14-tägigen Skiurlaub nach Österreich gefahren. Für den rund 100 000 Euro teuren Allradwagen, der von einem Berliner Autohaus gestellt wurde, wären pro Tag eigentlich 300 Euro Mietgebühr fällig gewesen.

Die Anti-Korruptionsbestimmungen der Landesregierung sehen schon bei der Annahme von Geschenken im Gegenwert von mehr als 25 Euro schwere dienstrechtliche Konsequenzen für Beamte vor. Die Staatsanwaltschaft Neuruppin hat daher gegen Rupprecht Ermittlungen wegen des Verdachts der Vorteilsannahme im Amt eingeleitet. Die Opposition warf dem Minister vor, dass ihm der kostenlose Testwagen nur gewährt worden sei, weil die Landesregierung geschäftliche Beziehungen zu dem Autohändler unterhalte. „Der Minister hat unzulässig Vorteile in Anspruch genommen“, so Grünen-Fraktionschef Axel Vogel.

> SPD profitiert nur noch von der Schwäche der CDU

Das ist bereits der dritte Rücktritt eines Ministers der Landesregierung innerhalb von 13 Monaten: Im Februar 2010 war Infrastrukturministerin Jutta Lieske (SPD) zurückgetreten, die allerdings gesundheitliche Gründe angeführt hatte. Für wesentlich mehr Aufsehen sorgte im September 2010 die Demission von Innenminister Rainer Speer (SPD), der als Platzecks enger Vertrauter galt. Speer hatte jahrelang für ein uneheliches Kind keinen Unterhalt gezahlt. Die Mutter des Kindes hatte stattdessen Leistungen vom Staat erhalten.

Die im Januar dieses Jahres bekannt gegebene Ruhestandsregelung für den 51-jährigen hat für zusätzliche Empörung gesorgt. Im Landesdienst sei nach Speers Rücktritt keine geeignete Position verfügbar gewesen – so die offizielle Begründung für seine Pensionierung.

Bereits der Start der rot-roten Koalition in Brandenburg war überschattet von Skandalen. In der Linke-Fraktion wurden gleich mehrere Abgeordnete als ehemalige Stasi-Mitarbeiter enttarnt.

Traditionell gilt Brandenburg für die SPD als sichere Bank. Die relative Stärke der SPD stützt sich laut Beobachtern vor allem auf die besonders schwache oppositionelle CDU und weniger auf eigene Stärke. *Norbert Hanert*

Preise und Prügel

Berlin: Gewalt an Schulen nimmt weiter zu – seit 2001 versiebenfacht

Die Willy-Brandt-Oberschule erhält einen Preis im Rahmen des Wettbewerbs „Starke Schule. Deutschlands beste Schulen, die zur Ausbildungsreife führen“. Gut 370 Schüler aus über 30 Nationen besuchen die Einrichtung. 36 Lehrer, vier Sozialpädagogen und vier Schulmediatoren betreuen sie. Doch trotz des Lobes und des beträchtlichen Betreuungseinsatzes bleibt die Schule ein Brennpunkt, wie ein Großeinsatz der Berliner Polizei auf dem Schulgelände in Wedding vergangene Woche zeigte.

Die Schule mit dem Namen des Altkanzlers ist nicht allein: Ganz Berlin verzeichnet einen Anstieg von Delikten an Schulen. Körperverletzung macht inzwischen 65 Prozent der gemeldeten Delikte an Schulen aus, gefolgt von Bedrohung. Im Schuljahr 2008/09 stieg die Zahl der registrierten Gewaltvorfälle bereits um 185 auf 1817. 2001 wurden insgesamt nur 255 Vorfälle verzeichnet, so ist es dem aktuellen Gewaltbericht von Bildungssenator Jürgen Zöllner (SPD) zu entnehmen, der bereits bei seiner Veröffentlichung vergangenen März für Aufsehen sorgte. Der nächste Bericht dürfte eher noch schlechter ausfallen.

> Sie traten auf ihr Opfer ein, bis die Polizei kam

Eltern fordern bereits, eine Ombudsstelle einzurichten, an die sie und betroffene Schüler sich wenden können – von Schule und Politik als bisherigen Ansprechpartnern erhoffen sie sich offenbar nicht viel.

Vier Jugendliche machten den Großeinsatz der Polizei mit elf Streifenwagen in der Willy-Brandt-Oberschule erforderlich. Bis zu 120 Schüler schauten der von einer Viererbande entfesselten Gewalt zu. Die Polizei aktivierte Teile einer Einsatzhundertschaft. Das Quartett griff offenbar gezielt einen Jugendlichen libanesischer Herkunft auf dem Pausenhof an. Einer der Täter schlug ihm mehrfach ins Gesicht. Nachdem ein anderer Schüler mit dem Opfer ins Schulgebäude flüchtete, entkamen auch die Angreifer.

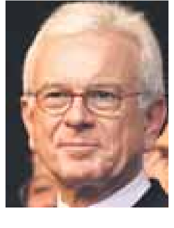
Eine Viertelstunde später attackierten ebenfalls vier Jugendliche einen Mitarbeiter einer benachbarten Kita, während die inzwischen eingetroffene Polizei noch Zeugen zur Schulattacke befragte. Der 19-jährige Erzieher bat die vier, aus Rücksicht auf schlafende Kinder weniger Lärm zu machen. Die prügelten daraufhin auf ihn ein, auch als er am Boden lag, bis die Polizei sie festnahm. Nun prüfen Ermittler, ob der 13-Jährige, die zwei 14-Jährigen und ein 16-Jähriger, alle bosnisch-herzegowinischer Herkunft, auch den Schüler der Willy-Brandt-Oberschule geschlagen haben. *SV*

Zeitzeugen



Günter Verheugen – Erst war er FDP-Generalsekretär, dann in gleicher Funktion bei der SPD und Staatsminister unter dem Grünen Joschka Fischer. Schließlich zog es ihn zur EU-Kommission. Die europäische Einigung hat für ihn den Zweck, Deutschland „einzubinden, damit von ihm keine Gefahr mehr ausgeht“.

Vaclav Klaus – Mit seiner schonungslosen Kritik an der EU und deren Demokratiedefiziten sorgte er 2009 für einen Eklat im Europa-Parlament. Die Beschneidung der Souveränität der EU-Mitgliedsländer durch den Lissabon-Vertrag ist für den tschechischen Staatspräsidenten nicht hinnehmbar. Im Juni 2010 erklärte der studierte Ökonom den Euro für gescheitert, der Euro-Zone als Institution gibt er dagegen eine Zukunft.



Hans-Gert Pöttering – Er ist der einzige Abgeordnete, der seit der ersten Wahl 1979 ununterbrochen dem EU-Parlament angehört. Schon früh engagierte sich der Jurist, Historiker und CDU-Politiker für Europa und machte zielstrebig seinen Weg nach Straßburg. Als EU-Parlamentarier führte er zunächst als Stellvertreter, dann als Vorsitzender die christlich-demokratische Fraktion, bevor er von 2007 bis 2009 als Parlamentspräsident amtierte. Heute leitet er die Konrad-Adenauer-Stiftung.

Wolfgang Schäuble – Der Bundesfinanzminister gilt als unbeirrbarer Europa-Visionär. In den 1990er Jahren erarbeitete er als CDU-Fraktions- und Parteivorsitzender ein Konzept, dessen wichtigstes Element eine gemeinsame Währung sein sollte. Den Euro bejubelte er als Symbol des europäischen Aufbruchs. Er ist überzeugt, dass Nationalstaaten nicht alles regeln können und sollen, und setzt auf ein bundesstaatliches Europa.



Daniel Cohn-Bendit – Europa wurde ihm quasi in die Wiege gelegt. Geboren im April 1945 in Frankreich, besuchte „Danny“ in Deutschland das Internat. Nach dem Abitur kehrte er nach Frankreich zurück und engagierte sich in der dortigen 68er-Bewegung. Deshalb nach Deutschland ausgewiesen, schloss er sich hier der Sponti-Szene und der APO an. Seit 1994 sitzt er mal für die deutschen, mal für die französischen Grünen im EU-Parlament.

Gefräßiger Krake

Brüssel will für die Euro-Rettung mehr Einfluss – Deutsche gehen auf Distanz

In einem Punkt sind sich deutsche Top-Manager mit Brüsseler Bürokraten einig. Sie alle lieben den Euro. Die deutsche Bevölkerung sieht das zunehmend anders: Die Popularität der Europäischen Union (EU) und der Gemeinschaftswährung befindet sich im Sinkflug.

Im schweizerischen Davos behaupteten letzte Woche Wirtschaftsbosse und Politiker gleichermaßen, dass ein Scheitern des Euro „verheerend, eine Katastrophe“ wäre. Diese Aussage von RWE-Chef Jürgen Großmann teilten alle, die Vorstandvorsitzenden von Siemens, BASF, Deutsche Post/DHL, Metro und Deutsche Bank sowie Politiker verschiedener Couleur und Länder. Nur das Unwort des Jahres 2010 „alternativlos“ verkniffen sie sich.

In einer ähnlichen Tonlage argumentierte jüngst Johannes Laitenberger, Kabinettschef von EU-Kommissionspräsident José Manuel Barroso, bei einem Vortrag in Hamburg. Er war der Einladung der Deutschen Bundesbankfiliale gefolgt und malte vor 120 geladenen Gästen ein Schreckensszenario an die Wand des vornehmen Saales in den Elbvororten. Deutschland würde seinen Wohlstand verlieren, wenn der EU-Binnenmarkt und der Euro entfalle. Er verwies darauf, dass 63 Prozent der deutschen Ausfuhren in den EU-Binnenmarkt und 40 Prozent in den kleineren Euro-Raum gingen. Allein die Absicherung der Wechselkursrisiken würde Milliarden verschlingen; Deutschland drohe ein Machtverlust; ja, selbst Kriege seien wieder möglich, so das Sprachrohr der EU-Kommission.

> Norwegen und der Schweiz geht es ohne Euro besser

Da sich die einzelnen Nationalstaaten nicht an Schuldengrenzen und Defizitkriterien gehalten hätten, forderte der Kabinettschef mehr Macht und Sanktionsmöglichkeiten für die EU-Kommissare. Es solle eine neue europäische Wirtschaftsregierung eingesetzt, der Rettungsfonds bis hin zur Ausgabe von Euro-Bonds ausgeweitet werden. Es müssten „durchsetzungsfähige“ Instrumente gefunden werden. Warum Länder wie die Schweiz, Norwegen oder auch Polen, die allesamt dem Euro-Raum nicht angehören, noch nicht untergegangen sind, konnte Laitenberger in der anschließenden Fragestunde nicht beantworten.

In Deutschland mehren sich die skeptischen Stimmen gegenüber der EU. Der neue Wirtschaftsweise Lars Feld warnt in der „Frankfurter Allgemeinen Sonntagszeitung“ davor, den Rettungsfond auszuweiten. Man könne nicht „die halbe Euro-Zone retten“. Geradezu dramatisch schwindet in der deutschen Bevölkerung das Zutrauen in die Europäische Union, fanden die Allensbacher Demoskopie-Forscher heraus. Hatten vor neun Jahren noch 49 Prozent der Deutschen großes oder sehr großes Vertrauen in die EU, sind es heute nur noch die Hälfte (25 Prozent). Besonders fatal habe sich in dieser Hinsicht im letzten Jahr die Griechenland-Krise ausgewirkt. Sie sorgten seit März 2010 dafür, dass nun zwei Drittel der deutschen Bevölkerung der EU massiv misstrauen.

Auch den Euro betrachten die meisten Deutschen mit Skepsis. Sieht man einmal von einer kurzen Anfangseuphorie 2002 ab, lehnte seitdem stets eine Mehrheit die neue Währung ab, so die Allensbacher. Hätte man eine Volksabstimmung durchgeführt, wäre der Euro nie gekommen. 1995 waren nur 22 Prozent der Deutschen für eine europäische Gemeinschaftswährung und nach 16 Jahren ist heute wieder der gleiche Negativwert von 22 zu 67 Prozent erreicht.

Offenbar wird die Schere zwischen der Bevölkerung einerseits und Politikern beziehungsweise Wirtschaft andererseits immer größer. Dass „Europa unsere Zukunft ist“, wie Politiker, Manager und Brüsseler Bürokraten gleichlautend betonen, mögen immer weniger Deutsche glauben. Die Demoskopen erklären dies damit, dass immer mehr Grundsatzentscheidungen der letzten 20 Jahre gegen den Willen der deutschen Bevölkerung durchgesetzt wurden. Dazu zählen neben der umstrittenen Euro-Einführung auch die Aufnahme der neuen Mitgliedsländer in Ostmitteleuropa sowie die Beitrittsverhandlungen mit der Türkei. Ein stärkerer Brüsseler Dirigismus, wie Laitenberger ihn forcieren will, würde diese Schere daher nur vergrößern können. *Hinrich E. Bues*



Werbegag einer Supermarktkette: Doch immer mehr Deutsche wünschen sich angesichts der Euro-Krise die D-Mark zurück. Bild: pa

Lobbys ohne Gleichgewicht

Die EU-Kommission ist nur indirekt demokratisch legitimiert, außerdem fehlt – mangels gemeinsamer Sprache – eine echte europäische Öffentlichkeit, die die Aktivitäten der EU-Kommission laufend im Blick behalten könnte. Bedenkt man diese beiden wichtigen Faktoren, dann ist es eigentlich erstaunlich, wie vergleichsweise effizient und gemeinwohlorientiert die Kommission seit Jahrzehnten dennoch tätig ist.

Allerdings ist diese Situation der geradezu ideale Rahmen für alle möglichen und unmöglichen Lobbys. Dass sämtliche Wirtschaftszweige die Entscheidungsträger in Brüssel systematisch zu beeinflussen versuchen, ist noch solange unproblematisch, wie die eingesetzten Mittel legal sind und keine Interessenvertretungen die Macht für sich

> Wenig Unterstützung für Familie und Ehe

allein beansprucht: In dieser Weise begrenzt etwa die Ökolobby die Macht der Chemielobby und umgekehrt.

Wo diese Balance fehlt, ist es einzelnen Interessengruppen gelungen, geradezu absurde Maximalpositionen durchzusetzen. Ein Beispiel dafür ist die Lobby des „Gender Mainstreaming“ (GM), die eng mit der Homosexuellenlobby verbunden ist. Da Ehe und Familie als menschlicher Mehrheits- und Normalfall keine organisierte Interessenvertretung haben (am ehesten waren das traditionell Kirchen und konservative Parteien), sind dieser Doppel-Lobby skurril anmutende Erfolge gelungen: Die Ideologie, dass die beiden Geschlechter Mann und Frau nur biologische, nicht aber soziale Naturgegebenheiten sind, konnte so bis in EU-Verträge und -Richtlinien einsikkern. Die ganze Schwäche der christlichen Lobby hingegen wurde deutlich, als der glänzend qualifizierte Italiener Rocco Buttiglione im Jahre 2004 auf Betreiben der GM-Lobby als EU-Kommissar verhindert wurde. *K. B.*

Erst Lust, dann Frust

In den 50er Jahren kam die Europa-Bewegung auch aus dem Volk

Die Skepsis der Deutschen gegenüber der Europäischen Union hat unter dem Eindruck von Eurokrise und heraufdämmernder „Transferunion“ einen neuen Gipfel erreicht. „Europa“ ist schon lange kein Thema mehr, das Begeisterung hervorruft.

Das war einmal gänzlich anders: Im Sommer 1950 brannten an der deutsch-französischen Grenze die Schlagbäume. Junge Europa-Bewegte aus beiden Ländern taten ihren Einigungswillen derart militant kund, dass der erschrockene Bundeskanzler Adenauer einen CSU-Nachwuchspolitiker zu den Grenzstürmern schickte, um sie zu beschwichtigen. Es war der junge Franz Josef Strauß.

Die euphorischen Europa-Freunde waren keineswegs so isoliert, wie sich ihre Vorgänger in den 20er Jahren noch gefühlt haben mochten. In verschiedenen Orten führten sie „Europawahlen“ durch, bei denen sie die Haltung der Gesamtbevölkerung zum Projekt des vereinten Kontinents testen wollten. Das Ergebnis war überwältigend. In Castrop-Rauxel beteiligten sich stolze 75 Prozent an dem symbolischen Wahlgang, von denen 95 Prozent für einen europäischen Bundesstaat votierten.

Erste Kratzer erhielt die Europa-Bewegung gleichfalls bereits in den 1950ern. Die Regierungen in Bonn und Paris wollten das Saarland zum ersten Gebiet unter gemeinsamer europäischer Kontrolle machen. Bonn ging es dabei vor allem um den Ausgleich mit Frankreich, Paris war indessen mehr daran gelegen, den damals sehr wichtigen Industriestandort Saar aus Deutschland herauszulösen. Im Referendum von 1955 aber stimmten die Saarländer zu fast zwei Dritteln für die vollständige Rückkehr zu Deutschland. Im Jahr davor war bereits das Ziel einer gemeinsamen europäischen Armee am französischen Parlament gescheitert.

> EU-Pathos findet man inzwischen nur noch in der Politik

So nahm Europa den Weg über die Montanunion zur Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft von 1957. Politiker und Bürokraten dekretierten die fortschreitende Integration von jetzt an gleichsam von oben. Die Völker begleiteten die Bemühungen zwar freundlich, doch die eruptive Begeisterung der frühen 50er stellte sich nie wieder ein. Die ersten direkten Wahlen zum Europa-Parlament 1979 sorgten noch einmal für Auftrieb, doch die geringe Macht und die mangelnde Bekanntheit der Völkervertreter ließ die Freude bald erlahmen.

Die Befreiung Ost- und Ostmitteleuropas von 1989 bis 1991 wurde zwar insgesamt als europäisches, vor Ort doch aber vor allem als nationales Ereignis erlebt. Dies schlägt sich heute noch in den Vorbehalten manch mittelosteuropäischer Völker nieder, die neue Souveränität gleich wieder an Europa abzugeben.

Mit dem Beginn der Euro-Debatte und mit seiner Einführung 1999/2002 schließlich wurde „Europa“ erstmals von einer Großzahl von Menschen als regelrechte Bedrohung wahrgenommen. Pathos entwickeln fast nur noch die Politiker und gelegentlich Medienmacher. *Hans Heckel*

Preußische Allgemeine Zeitung

WOCHENZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND
DAS OSTPREUSSENBLATT

Chefredakteur:
Wilhelm v. Gottberg
(kommissarisch, V. i. S. d. P.)
Konrad Badenheuer (in Elternzeit)

Chefin vom Dienst, Leserbriefe, Bücher: Rebecca Bellano; **Politik, Wirtschaft:** Hans Heckel; **Kultur, Lebensstil:** Silke Osman; **Geschichte, Ostpreußen heute:** Dr. Manuel Ruoff; **Heimatarbeit, IT:** Florian Möbius; **Ostpreußische Familie:** Ruth Geede.

Freie Mitarbeiter: Wilhelm v. Gottberg, Sophia E. Gerber (Venedig), Dr. Richard G. Kerschhofer (Wien), Hans-Jürgen Mahlitz, Liselotte Millauer (Los Angeles), Jean-Paul Picaper. **Verlag und Herausgeber:** Landsmannschaft Ostpreußen e.V., **Anschrift von Verlag und Redaktion:** Buchtstraße 4, 22087 Hamburg. **Für den Anzeigenteil gilt:** Preisliste Nr. 32.

Druck: Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag GmbH & Co.KG, Fehmarnstraße 1, 24782 Büdelsdorf. – **ISSN** 0947-9597.

Die *Preußische Allgemeine Zeitung* ist das Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LO) und erscheint wöchentlich zur Information der Mitglieder des Förderkreises der LO.

Bezugspreise pro Monat seit 1. Januar 2010: Inland 9 Euro einschließlich 7 Prozent Mehrwertsteuer, Ausland 11,50 Euro, Luftpost 15,50 Euro. Abbestellungen sind mit einer Frist von einem Monat zum Quartalsende schriftlich an den Verlag zu richten.

Konten: HSH Nordbank, BLZ 210 500 00, Konto-Nr. 192 344 000. Postbank Hamburg, BLZ 200 100 20, Konto-Nr. 84 26-204 (für Vertrieb).

Für unverlangte Einsendungen wird nicht gehaftet.

Die Bezieher der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* werden, wenn sie keinen anderen Willen äußern, mit dem Beginn des Abonnements Mitglieder der Landsmannschaft Ostpreußen e. V. und ihrer Untergliederungen. Die Aufnahme der Bezieher in die Heimatkreise oder Landesgruppen erfolgt durch schriftliche Beitrittserklärung. Diese kann zusammen mit dem Antrag auf Lieferung der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* erklärt werden. Der Mitgliedsbeitrag in Höhe von einem Drittel des Brutto-Inlandsbezugspreises der *Preußischen Allgemeinen Zeitung* wird zusammen mit dem jeweils gültigen Abonnementpreis in einer Summe erhoben und dient der Unterstützung der Arbeit der Landsmannschaft Ostpreußen e. V.

Telefon	**(040) 4140 08-0**
Telefon Redaktion	(040) 4140 08-32
Fax Redaktion	(040) 4140 08-50
Telefon Anzeigen	(040) 4140 08-41
Telefon Vertrieb	(040) 4140 08-42
Fax Anz./Vertrieb	(040) 4140 08-51

Internet:
www.preussische-allgemeine.de

E-Mail:
redaktion@preussische-allgemeine.de
anzeigen@preussische-allgemeine.de
vertrieb@preussische-allgemeine.de

Landsmannschaft Ostpreußen:
www.ostpreussen.de
Bundesgeschäftsstelle:
lo@ostpreussen.de

www.preussische-allgemeine.de
Benutzername/User-ID: **paz**
Kennwort/PIN: **1673**

Poker nicht nur um Hartz IV

SPD und Grüne profitieren davon, dass in Vergessenheit geraten ist, dass ihr Pfusch Ursache für die Reform ist

Ausgerechnet zu Beginn des Superwahljahres 2011 hat die SPD mit der Reform der Sozialhilfe ein Mittel in die Hand bekommen, sich publikumswirksam als die Partei der „sozialen Gerechtigkeit“ aufzuspielen. Die Union will unbedingt eine Einigung bis zur Bundesratssitzung am 11. Februar.

Zur Erinnerung: Im Februar 2010 hat das Bundesverfassungsgericht (BVerfG) geurteilt, die bisherige, von Rot-Grün zu verantwortende Berechnungsmethode des Kindersatzes von Hartz IV sei verfassungswidrig. Bis Ende 2010 sollte das transparent geregelt werden. Da sich die Bundesregierung zu der Zeit aber noch in der von Kanzlerin Angela Merkel verordneten Winterstarre vor der Landtagswahl in NRW im Mai befand,

Schwarz-Gelb hat Chancen verspielt

verpassten sie es, den Bereich neu zu ordnen, so lang sie noch die Mehrheit im Bundesrat hatte. Erst im Herbst kam Bundesarbeitsministerin Ursula von der Leyen (CDU) mit einem erstmals transparent durchgerechneten Hartz-IV-Regelsatz und einem Bildungspaket für Kinder in den Bundestag. Durch diese Schlafmützigkeit spielte Schwarz-Gelb der SPD eine Trumpfkarte in die Hand: die Möglichkeit der Blockade im Bundesrat, die prompt im Dezember 2010 erfolgte. Und diese Karte soll nach dem Willen der SPD nun stechen, zu Beginn des Jahres 2011 mit mindestens sieben Landtagswahlen.

Manuela Schwesig, Sozialministerin im kleinen Mecklenburg-Vorpommern und bereits mit 36 Jahren SPD-Vize, inszeniert sich bei den Verhandlungen mit der Union über die Neuregelung der Sozialhilfe sehr geschickt als die wahre Gralshüterin des Umverteilungsstaates. Der von der Regierung ermittelten Bedarfssumme von Hartz-IV-Empfängern, nach der sich laut BVerfG die Höhe des Regelsatzes zu bemessen hat, unterstellt sie – sachlich nicht weiter begründet – Intransparenz. Das Ziel der SPD ist, die Sozialhilfesätze um deutlich mehr als die von der Regierung ermittelten fünf Euro anzuheben. Dazu ist die SPD schon deswegen verpflichtet, weil sie selbst im Herbst die von der linken Presse willig weitergetragene Parole lancierte, fünf Euro Anhebung seien lächerlich. Stimmt sie nun einer solchen maßvollen Anhebung zu, treibt sie das „Stimmvieh“ der Millionen Transferempfänger der Linkspartei zu.

Diese wiederum kann es sich leicht machen, indem sie sich einfach jedem Kompromiss verweigert – immerhin kann man immer noch mehr Umverteilung fordern. Die Grünen wiederum sind lediglich als Koalitionspartner der SPD in den Ländern involviert. Sie stimmen zwar in den Chor der Umverteiler mit ein, aber nur mit gebremstem Schaum, da sich die grüne Klientel weniger aus Transferempfängern, denn aus gutbetuchten Gutmenschen und wohlbestallten Wutbürgern rekrutiert.

Um eine Einigung zu verhindern und öffentlichen Aufruhr von Gewerkschaften und Sozialverbänden zu provozieren – so zumindest die Deutung der „FAZ“ –, verknüpfte die SPD die Verhandlungen im Vermittlungsausschuss mit zwei Bereichen, die eine Einigung weiter erschweren, aber überhaupt nichts mit der Frage der Sozialhilfe zu tun haben: den Mindestlöhnen in der Zeitarbeit und der Forderung nach einer neuen Heerschar Sozialarbeiter an Schulen (die natürlich ihrerseits wieder zur Kernklientel von Rot-Grün gehören).

Die Union will das Thema so schnell wie möglich vom Tisch haben, möglichst vor der nächsten Bundesratssitzung am 11. Februar. Bereits an diesem Sonntag soll weiterverhandelt werden. Beim Bildungspaket für Kinder ist man sich bereits einig, und zwar durch die Nachgiebigkeit der Koalition, die der SPD weit entgegengekommen ist. So sollen nun zusätzlich die Kinder von Wohngeldempfängern das Paket bekommen. Die Verwaltung soll den Kommunen obliegen, denen der Bund die vollen „Ist-Kosten“ einschließlich Verwaltungsaufwand ersetzt. Um das zu ermöglichen, müsste wohl das Grundgesetz geändert werden, das direkte Finanzbeziehungen des Bundes mit den Kommunen untersagt. So wird der Föderalismus wieder ein Stückchen ausgehöhlt.

CSU-Chef Horst Seehofer, der als gelernter Sozialpolitiker selbst an den Verhandlungen teilnimmt, signalisiert Kompromissbereitschaft in Sachen Mindestlohn und Sozialarbeitern. Leiharbeiter sollen nach

Mindestlöhne und mehr Sozialarbeiter

einer Einarbeitungsphase dasselbe verdienen wie die bei der ausleihenden Firma angestellten Kollegen. Der Disput dreht sich hier um einen, drei oder sechs Monate Einarbeitungszeit. Die Schul-Sozialarbeiter sollen auch nach dem Willen der Union aufgestockt werden, aber nicht so stark, wie die SPD das will.

„Hart bleiben“ wollen Seehofer und die Union aber bei der Höhe des Regelsatzes. Neben dem Kostenargument – die Ausgaben für Arbeit, Soziales und Gesundheit machen bereits heute 54 Prozent des Bundesetats aus und verhindern so wichtige Zukunftsinvestitionen – zählt hier das Lohnabstandsgebot: Einer, der arbeitet, muss grundsätzlich mehr verdienen als einer, der nicht arbeitet. Das ist bereits heute bei einigen schlecht bezahlten Berufen nicht mehr der Fall. Viele Kellner, Postboten oder Pflegekräfte etwa hätten netto mehr in der Tasche, wenn sie sich zur Ruhe setzten und nur von Hartz IV und den diversen Zuschlägen wie Wohngeld lebten. *Anton Heinrich*



Gut gegen Böse? Manuela Schwesig (SPD) mimt die Gralshüterin der Umverteilung. Doch Ursula von der Leyen (CDU) hält noch dagegen. Bild: pa

MELDUNGEN

Friedrich II. zurück in Berlin

Berlin – Der diesjährige Kurmärker-Ball am 29. Januar im Hotel Ritz Carlton in Berlin war wieder hervorragend besucht und viel beachtet. Der Ball wird vorrangig von der grundbesitzenden Klasse besucht, früher auch von Menschen aus Ostpreußen, Pommern und Ostbrandenburg. Traditionell besuchen viele neben dem Ball auch die Messe „Grüne Woche“, weshalb der Ball immer während dieser Messe stattfindet. Zu einer kurzen Stippvisite erschien der Alte Fritz in Uniform auf dem Ball. Unter großem Beifall erklärte er, viele Berliner kämen an sein Denkmal, das ja „Unter den Linden“ stehe und forderten ihn auf, herabzusteigen (vom Pferd) und Preußen wieder zu regieren. In diesen schweren Zeiten wäre es besser, wenn er regieren und „Angela“ und „Guido“ reiten würden. Das sei nun leider nicht möglich. Mit einem verbalen Seitenhieb auf die Mätressenwirtschaft am Pariser Hof empfahl sich der Philosoph von Sanssouci. *W. v. G.*

Falsches Vorbild für junge Mütter

Berlin – Die Frage des Mutterschutzes von Familienministerin Kristina Schröder (CDU) wirft den Fokus auf den Arbeitsschutz für schwangere Frauen. Die Ministerin bekundete bereits, dass sie auch während des Mutterschutzes – sechs Wochen vor und acht Wochen nach der Entbindung – ihr Amt von zuhause aus weiterführen wolle. Allerdings schreibt Paragraph 6, Abs. 1 des Mutterschutzgesetzes (MuSchG) unmissverständlich ein absolutes Beschäftigungsverbot für die ersten acht Wochen nach der Entbindung vor. Zwar gilt das Gesetz angeblich nicht für Ministerinnen, doch Schröders Arbeitseifer könnte auch als falsches Vorbild für Arbeitgeber und karrierebewusste Mütter dienen. *S. Schmidtke*

Preußisches Kalenderblatt

Der 5. Februar 1813 gilt als Beginn der deutschen Erhebung gegen Napoleon: Während des Rückzuges der geschlagenen französischen Armee aus Russland Ende 1812, bei der sich gezwungenermaßen ein preußisches Hilfskorps unter der Befehlsgewalt des Generals Yorck befand, kam es zur Konvention von Tauroggen.

Eigenmächtig – ohne seinen König zu informieren – schloss Yorck diese Konvention mit dem russischen General Hans Graf von Diebitsch-Sabalkanski, wonach Yorcks Korps als neutral erklärt wurde. Das preußische Hilfskorps schied aus der zurückflutenden französischen Armee aus, und blieb von den Russen unbehelligt.

In einem Brief an seinen König am 3. Januar 1813 aus Tilsit forderte Yorck diesen auf, sich an die Spitze der Erhebung in Deutschland gegen Napoleon zu stellen und dies rasch zu tun.

Am 5. Februar 1813 sprach Yorck vor den Preussischen Ständen in Königsberg. Er forderte die damalige gesellschaftliche Führungsschicht in Ostpreußen auf, durch eine gemeinsame Erhebung die napoleonische Fremdherrschaft abzuschütteln. Yorcks Appell erhielt unter Jubel einhellige Zustimmung. *Wilhelm v. Gottberg*

»Spalten statt Versöhnen«

Anmerkungen zur Johannes-Rau-Gesellschaft

Gern ließ er sich „Bruder Johannes“ nennen, „Versöhnen statt Spalten“ galt als sein Leitmotiv, „soziale Gerechtigkeit“ als sein Markenzeichen – Johannes Rau, geboren am 16. Januar 1931, verstorben am 27. Januar 2006.

Intensiv müht sich die in der Wählergunst schwächelnde SPD, den „Heiligenschein“ ihres Ex-Bundespräsidenten, Ex-Ministerpräsidenten, Ex-Vorsitzenden und Ex-Kanzlerkandidaten weiter aufzupolieren. Rechtzeitig zum nahezu zeitgleichen doppelten Jahrestag gründete sie eine „Johannes-Rau-Gesellschaft“, die mit jährlich 15 000 Euro Doktorarbeiten finanzieren soll. Einzige Bedingung: Die Stipendiaten müssen sich „im ethischen Koordinatensystem von Rau bewegen“, wie Ex-Kultusministerin Gabriele Behler verkündete. Sie qualifizierte sich mit dieser höchst anspruchsvollen Formulierung für den Vorsitz der neuen Gesellschaft.

Doch sollten künftige Rau-Doktoranden das mit dem „ethischen Koordinatensystem“ nicht ganz so genau nehmen. Denn ganz so unbefleckt, wie seine Parteifreunde uns heute weismachen wollen, ist die weiße Weste nicht.

Als 17-Jähriger hatte der gebürtige Wuppertaler die Schule abgebrochen. Nach einer Lehre als Verlagsbuchhändler landete er 1954 beim Jugenddienst-Verlag (heute Peter Hammer Verlag). Der erlangte traurige Berühmtheit unter anderem durch ein sogenanntes Aufklärungsbuch mit dem Titel „Zeig mal!“. Was da gezeigt wurde, nämlich Fotos des Amerikaners Will McBride, war nach

Viele dunkle Flecken auf der weißen Weste

Ansicht vieler Kritiker nicht „erwachende kindliche Sexualität“, sondern knallharte Kinderpornographie und Verharmlosung des sexuellen Missbrauchs.

Allerdings hatte Rau sich, als dieses Machwerk erstmals erschien, bereits der Politik zugewandt. Er trat der von Gustav Heinemann (vormals CDU) gegründeten Gesamtdeutschen Volkspartei bei, wechselte 1957 mit diesem zur SPD, wo er schnell Karriere machte: 1958 Landtagsabgeordneter, 1967 Fraktionschef, 1969 Wuppertaler Oberbürgermeister, 1970 NRW-Wissenschaftsminister, 1978 Ministerpräsident, 1982 Stellvertretender SPD-Vorsitzender, 1987 Kanzlerkandidat, 1993 kommissarischer SPD-Chef, 1999 Bundespräsident.

Seine 20-jährige Amtszeit als Regierungschef in Düsseldorf war geprägt von ausufernder Subventionspolitik. Die heutige finanzielle Schieflage des Landes ist zum Teil auch eine Erblast des „Systems Rau/Neuber“.

Raus „graue Eminenz“ Friedel Neuber, bekannt als „roter Pate“, hatte als Chef der WestLB eine Günstlingswirtschaft aufgebaut, die vom Ministerpräsidenten nicht nur gedeckt, sondern auch genutzt wurde. Hans-Joachim Selenz, der einst als Chef der Preussag AG gefeuert wurde, weil er eine offensichtlich gefälschte Bilanz nicht unterschreiben wollte, listet 50 mehr oder weniger private Freiflüge des Ministerpräsidenten mit dem landesbankeigenen Luxus-Jet auf. Der dort gebotene Bordservice wurde von einem hochrangigen Parteifreund Raus als „Luftnummern“ beschrieben.

In Vertriebenenkreisen fiel Rau unangenehm auf, als er 2003 in der sogenannten Danziger Erklärung formell auf Eigentums- und Heimatrecht verzichtete – was wohl seinem Verständnis von Versöhnen entsprach. Viele verstanden dies eher als Spalten. *H.J.M*

Extras inklusive

Hartz-IV-Pauschale bietet Zusatzleistungen

Fast 47 Milliarden Euro kosteten Hartz-IV-Empfänger 2010 das Land. Doch nur etwa 24 Milliarden Euro davon kamen bei den Betroffenen wirklich an. Allein die Betreuung der Arbeitslosen und ihrer Familien bei der Bundesagentur für Arbeit (BA) und bei den Kommunen verschlang rund fünf Milliarden Euro.

Ein Grund hierfür ist der Umstand, dass die Pauschale, die nach der von Arbeitsministerin Ursula von der Leyen (siehe Artikel oben) geplanten Erhöhung um fünf Euro 364 Euro betragen soll, keineswegs neben Wohngeld und Wohnnebenkosten alles ist, worauf ein Hartz-IV-Empfänger einen Anspruch hat.

Was es nicht gibt, wird eingeklagt

Schon kurz nach Einsetzen der rot-grünen Reform gab es 2005 die ersten Extras. Es begann damit, dass der Staat die Kosten für Wiege und Wickeltisch für Neugeborene übernahm. Es folgte die Übernahme der Reisekosten von Vätern, die ihre getrennt von ihnen lebenden Kinder besuchen wollten. Die Große Koalition führte dann das Schulstarterpaket ein. Einige Bundesländer erlaubten sich Extras. Mehrere Kommunen bieten Hartz-IV-Empfängerinnen sogar die Übernahme der Verhütungskosten an. Seit 2010 wird orthopädisches Schuhwerk gezahlt, was laut Jobcentern zu einem starken Anstieg von Fußkranken geführt haben soll – normales Schuhwerk wird nicht bezahlt. Außerdem klagen findige Hartz-IV-Empfänger allmögliche weitere Zusatzleistungen ein, schließlich übernimmt der Staat die Anwaltskosten. Sogar für das Recht auf einen zweiten Wintermantel soll schon vor Gericht gestritten worden sein.

Die vielen Extras führen dazu, dass die Jobcenter sich kaum mit der Jobsuche für ihre Kunden beschäftigen können. Deswegen hat man bei der BA auch eine lange Liste mit Kürzungsvorschlägen erarbeitet, doch mit der beschäftigt sich die Politik in Berlin gar nicht erst. Stattdessen sollen über das zu beschließende Bildungspaket (siehe Kommentar Seite 8) weitere verwaltungsintensive Leistungen für Hartz-IV-Empfänger freigegeben werden. Zudem verhandeln derzeit im Vermittlungsausschuss Bundes- und Landespolitiker über die zusätzliche Übernahme der Kosten für Waschmaschine und Herd. *Bel*

MELDUNGEN

Lateinamerika für Palästina

Lima – Einmütige Zustimmung für einen selbständigen Staat Palästina kommt zu Beginn des Jahres aus Lateinamerika, sehr zum Missfallen der israelischen Regierung in Tel Aviv: Auf einem Gipfeltreffen am 16. Februar wollen neun südamerikanische und elf arabische Staaten ihr weiteres Vorgehen beraten. Allerdings besteht noch Uneinigkeit über die Grenzen des zukünftigen Staates in Nahost. Während Brasilien, Argentinien, Bolivien und Ecuador für Grenzen wie vor dem Sechstagekrieg von 1967 eintreten, plädiert Chile eher für eine kleinere Lösung, die dem Status quo nahekommt. Die letzten Friedensgespräche scheiterten 2008. Die Erklärungen der Latino-Staaten erhöhen allerdings den internationalen Druck. *J.F.*

Arbeiten bis 67, 70 und 72,4

Kopenhagen – Mehrere europäische Länder erhöhen wegen der Bevölkerungsentwicklung das Renteneintrittsalter. Am weitesten geht Dänemark. Der Rentenbeginn soll dort schon ab 2014 von 65 auf 67 steigen. In den Niederlanden kommt das bis zum Jahr 2025, in Deutschland erst bis 2029. Damit nicht genug: Parallel mit der Lebenserwartung soll das Renteneintrittsalter in Dänemark anschließend weiter steigen, die heute bis 30-Jährigen müssen sich wohl auf die „Rente mit 71" einstellen. In Spanien hat die Regierung nach einer Einigung mit den Gewerkschaften Ende vergangener Woche den Rentenbeginn von 65 auf 67 Jahren beschlossen. Auch in Deutschland fordern Experten bereits die Rente mit 70. Besonders lange wird in Japan und Südkorea gearbeitet. Dort liegt der tatsächliche Renteneintritt im Durchschnitt bei 69,5 beziehungsweise 72,4 Jahren. *K.B.*

»Heiliger Krieg« im Kreml

Anschlag auf Flughafen stellt Medwedew und Putin vor schwere Prüfung – wer hat größere Kompetenz?

Seit dem Terroranschlag auf Moskaus Flughafen „Domodedowo" am 24. Januar wächst die Angst vor neuen Anschlägen. Die Menschen wollen Sicherheit, die das Regierungstandem auf unterschiedliche Weise gewährleisten will. Bei der Terrorbekämpfung hatte Putin bisher die Nase vorn. Ist der Umgang mit den aktuellen Vorkommnissen ein Indiz dafür, wer 2012 Präsident wird?

Moskau hat nach dem Terroranschlag auf seinen größten internationalen Flughafen „Domodedowo" Schwierigkeiten, der Welt zu versichern, man habe die Situation unter Kontrolle. Bereits im vergangenen Jahr hatten Islamisten angekündigt, ihren „Heiligen Krieg" in Russland zu führen. Der Anschlag schadet Russlands Ansehen im Ausland. Er wurde nur wenige Tage vor einem internationalen Wirtschaftsforum in Davos verübt, an dem Präsident Dmitrij Medwedew teilnehmen wollte, um über die Modernisierung seines Landes zu sprechen und für das Projekt „Skolkowo", das russische „Silicon Valley", zu werben. Der Anschlag hat das Vertrauen ausländischer Firmen in Russland aufs Neue erschüttert.

In Moskau wird Kritik am Geheimdienst laut. Unmittelbar nach den Ereignissen versprach Medwedew, es würden Köpfe rollen und zwar bei Polizei und Geheimdienst FSB. Viele fragen sich, wie viel der FSB wusste und warum er keine Vorsorge traf. Gerüchten zufolge wusste der FSB eine Woche vor der Bombenexplosion von einem geplanten Attentat. Dennoch führte die Polizei am Flughafen nur stichprobenartige Kontrollen durch. Anfang Februar schrieben russische Zeitungen über einen geplanten Bombenanschlag am Neujahrstag auf dem Manegeplatz vor dem Kreml, der nur durch Zufall verhindert wurde. Eine schwarze Witwe, die einer wahhabitischen Gruppe aus dem Gebiet Stawropol zugeordnet wurde, wollte sich in die Luft sprengen. Der Zünder ging aber zu früh los und die Frau starb in einer Mietwohnung. Die Domodedowo-Attentäter werden derselben Gruppe zurechnet. Im „Kommersant" wird der Verdacht geäußert, dass es Mittäter bei der Polizei und dem privaten Flughafensicherheitsdienst gegeben habe. Die Metalldetektoren an Ein- und Ausgängen des Flughafens waren abgeschaltet, so dass die Täter ungehindert in den Ankunftsbereich gelangen konnten. Außer Zweifel steht, dass Kompetenzgerangel zwischen privaten Sicherheitsdiensten, Verkehrspolizei und FSB dazu geführt hat, dass „alle, also keiner" für den Flughafenbereich, in dem der Anschlag verübt wurde, verantwortlich war.

Das Innenministerium gibt dem Geheimdienst die Hauptschuld, weil der für die Terrorbekämpfung ausgebildet ist. Der FSB kontert, der Präsident sei für die Auflösung der Spezialabteilung verantwortlich. 2008 hatte Medwedew dem FSB die Aufgaben zur Bekämpfung der organisierten Kriminalität und des Terrors entzogen und der Polizei übertragen.

Dass Extremisten ein Terroranschlag in Moskau gelungen ist, wirft nicht nur ein negatives Licht auf die Sicherheits-, sondern auch auf die Kaukasuspolitik Russlands. Hier tritt die unterschiedliche Herangehensweise des Regierungstandems besonders deutlich zutage. Medwedew setzt im Kampf gegen Korruption und Terror vor allem auf Wirtschaftsmaßnahmen, Putin installierte mit Ramsan Kadyrow einen starken Mann in Tschetschenien. Vor einem Jahr gründete Russland einen nordkaukasischen Föderationsbezirk, in dem sieben überwiegend muslimische Regionen – unter anderem Dagestan und Tschetschenien – zusammengefasst wurden. Als Gouverneur setzte Medwedew den Unternehmer Alexander Chloponin ein in der Hoffnung, dass Wirtschaftsfördermaßnahmen Extremisten den Wind aus den Segeln nehmen würden. Diese Rechnung ging nicht auf, denn hinter den jüngsten Anschlägen steckt Doku Umarow, der ein islamisches Emirat im Kaukasus anstrebt.



Kremlpalast: Auch hier sollte eine Bombe explodieren. Bild: imago

Putin bereitet eine härtere Gangart vor. Er schwor den Terroristen Rache und blieb damit seiner Tradition treu. Unterstützung erhielt er von Ramsan Kadyrow, der Ende Januar im Fernsehen sagte, in Russland gebe es nur einen „leader, der alles nur Mögliche, aber auch das Unmögliche macht: Wladimir Putin". Es ist Putin, der sich unters Volk mischt, um zu beruhigen. Dafür lieben ihn die Menschen. Seit Dezember kommt es verstärkt zu Konflikten mit pogromartigen Auswüchsen zwischen russischen Nationalisten und „Schwarzen", wie in Russland Kaukasier abfällig genannt werden. Die Angst vor Überfremdung ist bei den Russen groß, wie die zahlreichen Proteste gegen Moscheebauten in Wohngebieten beweisen. Eine vom Institut Levada durchgeführte Umfrage im Januar ergab, dass für 56 Prozent der Befragten Sicherheit und Ordnung wichtiger sind als Demokratie. Als Garant für Sicherheit und Wohlstand gilt immer noch Putin. Der tritt in letzter Zeit wieder verstärkt im Fernsehen und in der Öffentlichkeit in Erscheinung. Bei einer Übertragung des Weihnachtsgottesdienstes aus der Christi-Erlöser-Kathedrale in Moskau schalteten alle staatlichen Sender plötzlich nach Twer um, weil Putin in der Taufkirche seiner Mutter am Gottesdienst teilnahm. Statt der Messe folgten Großaufnahmen von Putin und ein Bericht über sein Leben.

Wird in Russland allmählich die Rückkehr des Systems Putin vorbereitet? Die Analogie zum Jahr 2000 ist unverkennbar. Damals brachte eine große Medienkampagne und der zweite Tschetschenienkrieg Putin an die Macht. Im Verlauf seiner achtjährigen Amtszeit erlangte Russland wirtschaftlichen Wohlstand und innere Sicherheit. Während in den Medien über Putins Rückkehr spekuliert wird, hält das Regierungstandem sich bedeckt. Möglicherweise wird auch keiner der beiden kandidieren. Für Überraschungen ist Russland immer gut. *Manuela Rosenthal-Kappi*

Stalinist bleibt frei

Slowakei: Freispruch für Chefideologen Bilak

„Hochverrat" betrifft Taten gegen Sicherheit und Bestand eines Staates – wie ihn 1968 fünf Spitzenpolitiker in Prag begingen, als sie die Sowjets um „Hilfe" gegen Alexander Dubceks Reformprogramm baten. Am 21. August überfielen 500 000 Soldaten des Warschauer Pakts die Tschechoslowakei und machten Dubceks „Prager Frühling" ein jähes Ende. Von den fünf Verrätern lebt heute noch Vasil Bilak, damals „Chefideologe" des stalinistischen Parteiflügels. Stalinist ist er immer noch, hat zudem „viele Komplizen in Justiz und Polizei", wie slowakische Medien böse Bilaks Freispruch Ende Januar kommentierten.

Bilak wurde 1917 in einer ruthenischen Familie aus der Ostslowakei geboren. Früh verwaist, erlernte er das Schneiderhandwerk – „nicht an Sakkos lassen, die kann er nicht", soll auf seinem Gesellenbrief gestanden haben, wie ein Witz behauptete. 1944 nahm er am Slowakischen Nationalaufstand teil, dessen Prestige später die Kommunisten „stahlen". Bei denen machte Bilak Karriere, 1968 wurde er slowakischer Parteichef, als sein slowakischer Landsmann Dubcek in die Prager Parteiführung wechselte.

Dubceks Reformkurs wurde von der Masse der Tschechen und Slowaken begrüßt, von Walter Ulbricht und anderen Stalinisten aber angefeindet, denen die Prager Verschwörer, von Dubcek bald als „sowjetische Agenten" erkannt, zuarbeiteten, eben mit dem brieflichen „Hilferuf", der die Soldateska in Marsch setzte. Bilak kontrollierte fortan weiter als Chefideologe bis Dezember 1988 das Land. Dann fegte die „samtene Revolution" ihn hinweg, 1991 begann ein Verfahren gegen ihn. Die Akten zählten 2000 bereits 23 000 Blätter, aber es fehlte das Original des Hilferufs von 1968, was dem Gericht eine graphologische Prüfung von Bilaks Unterschrift verwehrte und diesem nun den Freispruch verschaffte.

> Das eigene Volk an Moskau verraten

Bilak hat Gorbatschow als „Verräter" beschimpft und nach 1989 bedauert, dass Prags „samtene Revolution" nicht mit Waffen niedergeschlagen wurde. Dafür applaudierten ihm DDR-Betonköpfe wie Klaus Kukuk, 1968 Botschafter in Prag, und Ralph Hartmann, Botschafter in Jugoslawien. Sie haben Bilaks Bücher auf Deutsch herausgebracht und mit treffenden Titeln versehen: Aus „Meilensteine eines Lebens" wurde „Wir riefen Moskau zu Hilfe". *Wolf Oschlies*

Erdogan setzt auf Konfrontation

Schleppende Aussöhnung zwischen Türken und Armeniern: Kulturkampf um ein Denkmal

Im Oktober 2009 hatten die Außenminister der Türkei und Armeniens in Zürich unter großem internationalen Beifall Protokolle zur Aufnahme diplomatischer Beziehungen unterzeichnet, die von den Parlamenten beider Länder ratifiziert werden sollten. Mit den Protokollen wollten die beiden Länder außerdem die seit 16 Jahren geschlossene Grenze wieder öffnen und die Massaker an den christlichen Armeniern im Osmanischen Reich während des Ersten Weltkriegs durch eine Expertenkommission untersuchen lassen. Passiert ist jedoch seitdem nichts: Die Grenze bleibt weiter geschlossen. In beiden Ländern stießen die Protokolle auf massiven internen Widerstand von Nationalisten, der in Armenien von der sehr starken armenischen Diaspora ausging. Das mit der Türkei verbündete Nachbarland Aserbaidschan hat nachträglich verlangt, dass zunächst der Streit über die von Armenien und Aserbaidschan beanspruchte Region Berg-Karabach gelöst werden müsse. Das Gebiet steht seit einem Krieg in den 90er Jahren unter armenischer Kontrolle, gehört aber völkerrechtlich zu Aserbaidschan.

Im April 2010 hat zunächst der armenische Präsident Sargssjan das Ratifizierungsverfahren ausgesetzt und später auch die Türkei. Sargssjan ließ bekannt geben, dass das Verfahren erst wieder aufgenommen werde, wenn die Türkei keine neuen Bedingungen mehr stelle. Eriwan hatte dem türkischen Ministerpräsidenten Recep Tayyip Erdogan auch politische Brandstiftung vorgeworfen, weil dieser 100 000 illegal in der Türkei lebenden Armeniern mit Ausweisung gedroht hatte. Erdogan hatte damit auf Resolutionen in den USA und in Schweden reagiert, nach denen der Mord an Hunderttausenden Armeniern im Ersten Weltkrieg als Genozid einzustufen sei.

Bereits 2004 hatte Naif Alibeyoglu, der damalige Bürgermeister von Kars in Nordostanatolien, einer Grenzstadt an der türkisch-armenischen Grenze, entschieden, ein „Denkmal der Menschlichkeit" in Auftrag zu geben, das der Opfer der „Geschehnisse" zwischen Türken und Armeniern gedenken sollte. Die einstige Hauptstadt des armenischen Bagratidengeschlechts Ghars, die seit 1514 Bestandteil des Osmanischen Reiches war, war 1828 unter russische Vorherrschaft gekommen. 1921 musste die Sowjetunion zugunsten der Türkei verzichten.



Foto: dapd / Mehmet Aksoy

Versöhnungsdenkmal: Erdogan will Abriss

Das „Denkmal für die Menschlichkeit" sollte per Laser beleuchtet werden und auch von armenischem Territorium aus gut sichtbar sein und den Willen der Türken nach Versöhnung dokumentieren. „In unserer Region, die sehr viel unter Hass, Krieg und Inhumanität gelitten hat, soll ein Licht der Versöhnung aufgehen", sagte der Bürgermeister damals. Die Bauarbeiten zu dem Denkmal wurden aber bereits 2008 gestoppt. Laut dem Kultur- und Naturschutzamt der Provinz Erzurum seien auf dem Gelände des Denkmals „Kulturschätze" gefunden worden. Die Opposition gegen dieses Denkmal überwog von vornherein. Von Anfang an wurde das Monument vom nationalistischen Lager der Türkei als „Kapitulation" vor den Armeniern interpretiert.

Am 8. Januar bezeichnete der türkische Ministerpräsident Erdogan bei einem Besuch in Kars das Werk als „Monstrum" und empfahl, es abreißen zu lassen. Dem neuen Bürgermeister – Altbürgermeister Alibeyoglu hatte sein Amt aus Enttäuschung abgegeben – riet er Medienberichten zufolge, stattdessen einen „schönen Park" zu errichten. Die türkische Opposition kritisierte den Regierungschef und warnte vor dem Abriss. Doch an der Stelle des Denkmals soll nun tatsächlich ein Park entstehen. Aksoys Skulptur hat aber nicht nur ihre – durchaus diskutable – ästhetische Seite, sondern eine politische Botschaft: eine Mahnung zu Frieden und Aussöhnung zwischen der Türkei und Armenien. Das „Denkmal der Menschlichkeit" durch einen „schönen Park" ersetzen zu lassen, wie Erdogan es anregte, ist bezeichnend für die Versöhnungsbereitschaft der türkischen Regierung mit den Armeniern. Ein fast fertiges Denkmal in einem Augenblick abzureißen, in dem ein Ausgleich mit Armenien greifbar nahe ist, käme einem symbolischen Desaster gleich.

Viele Kommentatoren glauben, dass Erdogan mit diesem Schritt andere Ziele verfolgt. Im Sommer finden in der Türkei Parlamentswahlen statt. Erdogan möchte mit dieser Aktion bei der nationalistischen Wählerschaft Punkte sammeln. *Bodo Bost*

Experten befürchten »Idioten-Rallye«

Während institutionelle Anleger sich aus dem wackelnden Anleihemarkt zurückziehen, steigen Kleinanleger ein

Der Kunde ist König! Zwar haben die letzten Jahre gezeigt, dass das bei vielen Banken nicht das erste Unternehmensziel war: Davon zeugen zahlreiche Klagen falsch beratener Kunden und Medienberichte über Kreditinstitute, die bei der Beratung vor allem die eigene Rendite im Blick hatten. Doch derzeit machen es die Kunden den Spezialisten auch schwer, denn sie bestehen auf vermeintlich sichere Anleihen.

„Die Deutschen sind stolze Mitarbeiter von Unternehmen und begeisterte Autokäufer, kaufen aber seltsamerweise nicht die Aktien der Unternehmen, von deren Produkten sie überzeugt sind“, wundert sich Friedrich von Metzler, Chef des traditionsreichen Bankhauses Metzler. Er und seine Kollegen verstehen nicht, warum sich immer mehr deutsche Privatanleger von Aktien allgemein, aber auch von denen deutscher Unternehmen, verabschieden. Während sich im vergangenen Jahr der Deutsche Aktien Index (Dax) von den Folgen der Weltwirtschaftskrise erholt hat, verabschiedeten sich laut Umfrage des Deutschen Aktieninstituts (DAI) fast eine halbe Million privater Aktionäre von dieser Anlageform. Rechnet man die Zahl der Einzelaktionäre und Fondsbesitzer zusammen, investieren derzeit nur noch etwa 8,2 Millionen Deutsche an der Börse, 2001 waren es 13 Millionen.

Natürlich lässt sich die Flucht der Anleger aus Aktien mit ihren schlechten Erfahrungen der Vergangenheit erklären. Erst die geplatzte Dotcom-Blase am Neuen Markt 2001, die Anlegern, die zum Teil gerade erst die Aktien als Anlageform entdeckt hatten, extreme Verluste beibrachte, und nun die Banken-, Finanz- und Wirtschaftskrise der nahen Vergangenheit. Die ungenügende Beratung vieler Banken tat ein Übriges, um die Freude an Aktien zu verhageln.

Doch nun tun sie etwas, was ein seriöser Finanzberater nicht zulassen darf: Sie wollen Anleihen. Am liebsten Staatsanleihen. Es gehen aber auch Fonds, die in Anleihen investieren, zu denen auch Unternehmensanleihen zählen können. In Anleihefonds für Privatanleger seien von Januar bis Oktober 2010 mehr als zwölf Milliarden Euro – doppelt so viel, wie in Aktienfonds – geflossen, berichtet der Branchenverband BVI.

Ausländische Investoren freut das Verhalten der Deutschen, die ihre Aktien verkaufen, denn der Dax stieg allein 2010 um über 1000 Punkte und soll 2011 weiter steigen. Daher kaufen sie die von privaten deutschen Anlegern zum Verkauf angebotenen Aktien auf. Vor zehn Jahren hielten ausländische Anleger ein Drittel der Dax-Aktien, heute ist es mehr als die Hälfte. Bei Bayer, Merck oder Deutscher Börse AG sind es sogar jeweils rund 80 Prozent.

Doch Anlage-Experten betrachten das Verhalten der deutschen Kleinanleger mit Sorge. Für sie ist es ein Zeichen dafür, dass die sogenannte „Idioten-Rallye“ begonnen hat. Denn während institutionelle Investoren wie Fonds und Versicherungen sich aus dem Jahre lang attraktiven Anleihemarkt verabschieden, steigen die Privatinvestoren ein. Ähnliches gab es schon bei der Dotcom-Blase und im kleineren Ausmaß sogar bei der Bankenkrise. Echte Experten sehen die sich anbahnenden Gefahren der Zukunft und steigen rechtzeitig aus, private Sparer sehen sich stattdessen vorwiegend die Renditen der Vergangenheit an und da waren Staatsanleihen ein sicheres, attraktives Geschäft. Mit Aktien wurde hingegen weitgehend Minus gemacht.

Trotz Euro-Krise setzen private Anleger auf Staatsanleihen



Gute Rendite der Vergangenheit als Verkaufsargument: Schlechte Erfahrungen bei Aktien schrecken ab. Bild: pa

Hier trifft auch wieder die einfachen Bankberater eine Mitschuld, denn sie sind es ja, die den Kunden die Hochglanzprospekte zeigen, in denen die guten Renditen der Vergangenheit als Hauptverkaufsargument angeführt werden. Doch die Vergangenheit gibt wenig Aufschluss über die zukünftige Entwicklung.

Schon die Euro-Krise hält noch viele Überraschungen parat, die sich direkt auf die Rendite und auf die Sicherheit von Staatsanleihen auswirken werden. Offiziell heißt es natürlich, dass alles gut wird, doch selbst die überzeugtesten Europa-Politiker geben zu, dass Griechenland aufgrund seiner hohen Verschuldung von 140 Prozent vom Bruttoinlandsprodukt (BIP) massive Probleme bekommen wird, seine Staatsanleihen zu bedienen. Deswegen soll im März über die Idee beraten werden, dass Griechenland seine derzeit mit einem Kurs von rund 70 Prozent gehandelten Staatsanleihen, die das Land aber bei Fälligkeit mit 100 Prozent des Nennwertes zurückzahlen muss, vor Fälligkeit mit Abschlägen aufkauft. Das Geld hierfür soll Athen vom Euro-Rettungsschirm erhalten, der niedrigere Zinsen von Griechenland verlangt, als es der Markt jetzt tut. Mit einem Schlag wäre Griechenland also einen Teil seiner Schulden los und müsste weniger Zinsen zahlen.

Das Problem ist nur, dass das Interesse der Besitzer von griechischen Staatsanleihen gering sein dürfte, dafür, dass sie einen Teil ihres investierten Geldes sofort wiederbekommen, Verluste von 25 bis 30 Prozent der Ursprungssumme hinzunehmen. Abgesehen davon, dass die jährliche Verzinsung von um die sechs Prozent angesichts des derzeitigen Zinsniveaus attraktiv ist, haben vor allem Banken kein Interesse, durch die Annahme des Angebotes Verluste zu realisieren: Davon hatten sie in den letzten Jahren genug zu verkraften. Da die meisten Banken ihre kritischen Staatsanleihen in ihrer Bilanz im Anlagebuch haben, besteht auch kein Druck. Denn während Werte im Handelsbuch mit ihrem aktuellen Kurswert angegeben werden müssen, dürfen festverzinsliche Wertpapiere wie Staatsanleihen im Anlagebuch, da sie ja bis Fälligkeit gehalten werden sollen, mit 100 Prozent angegeben werden. Würde das Angebot aus Athen angenommen, müssten sofort die Abschläge als Verlust ausgewiesen werden.

Doch wenn die Griechen nicht auch auf diesem Weg ihre Schulden reduzieren können, bleibt irgendwann nur die Insolvenz. Und die wird institutionelle wie private Anleger hart treffen. Und es ist nicht von der Hand zu weisen, dass der Sturz Griechenlands das sein kann, was der Sturz der EM-TV-Aktie 2000 und die Pleite der Lehman-Bank 2008 waren: der Startschuss für eine neue Krise.

Rebecca Bellano

KURZ NOTIERT

Warnung vor neuer Bankenkrise: Neil Barofsky, der Hüter des staatlichen US-Bankenrettungsfonds, kritisiert die Zusicherung der US-Regierung, die Großbanken nicht fallen zu lassen. Washington habe die Wallstreet damit ermutigt, auch künftig hohe Risiken einzugehen. Zudem würde die Staatsgarantie den Großbanken Wettbewerbsvorteile verschaffen, da sie durch ein so erlangtes besseres Rating günstigere Refinanzierungsmöglichkeiten hätten. *Bel*

Opel in Sorge: Während der Krise beim Mutterkonzern General Motors (GM) hatte der deutsche Autobauer Opel gehofft, sich von GM lösen zu können. Doch erst fehlte der Investor, dann ging es GM wieder besser und die Verkaufspläne für Opel wurden ad acta gelegt. Doch nun leidet Opel am Desinteresse aus Detroit. Geld für moderne oder neue Modelle würde nur ungenügend bereitgestellt und somit die Zukunft verspielt, befürchten die Opelaner. *Bel*

Sinnlose Kanäle: Bundesverkehrsminister Peter Ramsauer (CSU) will Infrastrukturprojekte auf ihre Notwendigkeit hin überprüfen. Bisher flossen Gelder unter regionalpolitischen Aspekten, was zu vielen kaum genutzten Straßen, Schienen und Wasserwegen in den neuen Bundesländern geführt hat, während an anderer Stelle dringend in den Ausbau von Straßen und vor allem Schienen investiert werden müsste. *Bel*

Schweinepest statt Dioxin: Russland verhängt ein Importverbot für deutsche Schlachtschweine, weil die deutsche Veterinäraufsicht „ineffektiv“ arbeite, wie der „Dioxin-Skandal“ zeige, so Sergej Dankwert, Russlands oberster Veterinär. Landwirtschaftsministerin Elena Skrynnik sekundierte: Der Importverlust von 140000 Tonnen würde kompensiert durch Steigerungen der „vaterländischen Produktion“. Dahinter steckt Putins „Kampf gegen den Import“. Doch: In Russlands Schweinezuchtgebieten wütet die Afrikanische Schweinepest und dem Land droht eine Nahrungskrise, wenn das Verbot greift, denn 40 Prozent der Fleischprodukte kommen aus Deutschland. *W. O.*

Investieren in die Pleite

Spanien sucht private Geldgeber für angeschlagene Sparkassen

Spanien hat lange für sich in Anspruch genommen, dass die Banken des Landes besser als ihre Konkurrenz aus den USA und dem übrigen Europa durch die Finanzkrise gekommen seien. Für die beiden Schwergewichte, Banco Santander und Banco Bilbao Vizcaya Argentaria (BBVA), trifft dies auch zu. Sie haben rechtzeitig eine ausreichende Risikovorsorge betrieben und an einem traditionellen Geschäftsmodell festgehalten. Die Achillesferse des spanischen Bankenmarktes sind aber die „Cajas de Ahorros“, die spanischen Sparkassen.

Selbst bei dem ziemlich wohlwollend durchgeführten europäischen Bankenstresstest im Jahr 2010 waren fünf spanische Sparkassen durchgefallen. Die „Cajas“, die traditionell stark im Hypothekengeschäft engagierten sind, sitzen auf einem Berg von Problemkrediten. Nach Angaben der spanischen Zentralbank betrugen 2010 die Kredite spanischer Banken und Sparkassen an den Immobiliensektor 325 Milliarden Euro. Geschätzt wird, dass die Hälfte davon auf die kapitalschwachen Sparkassen entfällt. Während die Großbanken ab 2006 angesichts der Preisblase auf dem Immobilienmarkt vorsichtiger agierten, hielten die „Cajas“ unverändert an ihrem Engagement fest. Unklar ist, wie aussagekräftig die Bilanzen der Kassen überhaupt sind – ein Großteil der Finanzierungen steht nach wie vor mit altem Wert aus der Zeit vor der Krise in den Bankbilanzen. Die Immobilien waren häufig schon bei der Kreditvergabe per Gutachten überbewertet. Mittlerweile beträgt die Zahl nicht vermieteter Wohnungen 1,5 Millionen.

Ungewiss, ob Bedarf bei 20, 78 oder 120 Milliarden Euro liegt

Dieses Überangebot trifft auf eine sinkende Nachfrage durch zunehmende Arbeitslosigkeit – derzeit 20,3 Prozent. Mit einer Radikalkur will die spanische Regierung nun verhindern, dass die Schieflage der „Cajas“ die Bonität des Landes weiter verschlechtert. Der von Wirtschaftsministerin Elena Salgado vorgestellte Plan sieht vor, dass die Sparkassen zu normalen Banken umgewandelt werden und sich für private Investoren öffnen. Das Eigenkapital soll bis zum September dieses Jahres von bisher sechs auf acht Prozent erhöht werden. Für die Problemfälle, denen es nicht gelingt, Kapital am Markt aufzunehmen, ist vorgesehen, dass Anteile durch den staatlichen Rettungsschirm FROB übernommen werden – de facto eine Teilverstaatlichung. Nach fünf Jahren ist der Verkauf der staatlichen Anteile an Investoren vorgesehen.

Salgado geht davon aus, dass 20 Milliarden Euro zusätzliches Eigenkapital erforderlich sind. Barclays Capital geht hingegen davon aus, dass die Sparkassen einen zusätzlichen Finanzbedarf von bis zu 78 Milliarden Euro haben. Andere Analysen halten 120 Milliarden Euro für notwendig. Mohamed El-Erian, Chef der Allianz-Tochter Pimco, ist skeptisch, ob der Plan der spanischen Regierung erfolgreich sein wird: „Es wird sehr schwierig werden, privates Kapital für die Cajas zu finden. Es ist wahrscheinlicher, dass es staatliches Kapital sein wird.“ Angesichts der Risiken auf dem spanischen Immobilienmarkt wird die Rettung der „Cajas“ ohne Garantien und Hilfen des spanischen Staates oder Beteiligung anderer Staaten nicht möglich sein. *Norman Hanert*

Die Schatztruhen Neptuns

Knappe Ressourcen kurbeln Bergbau unter Wasser an

Das seltsame Gefährt im chinesischen Olympiahafen Tsingtau (Qingdao) heisst „Jialong“. Seine Jungfernfahrt bis 3500 Meter Tiefe hat das bemannte Tauchboot der Chinesen im Pazifischen Ozean absolviert. Die maximale Tauchtiefe soll bei 7000 Meter liegen. Damit hängt das 60 Millionen Euro teure Boot das japanische „Shinkai“ (6500 Meter) und die französische „Nautile“ sowie die russische „Mir“ (beide 6000 Meter) ab.

„Jialong“ ist keine militärische Superwaffe, sondern ein reines Forschungsschiff. Und es soll dem Reich der Mitte die Schatztruhen Neptuns öffnen: Die auf dem Grund der Weltmeere lagernden Vorräte Seltener Erden ebenso wie die Vorkommen an Mangan, Gold, Kupfer, Neodym und Iridium sind unverzichtbare Rohstoffe für die elektronische Industrie. Die weltweite Verknappung der Elemente zwingt die Industrienationen zum für die Umwelt gefährlichen Balanceakt, auch in großen Wassertiefen Bergbau zu betreiben. Und hier hat nicht nur bei Ölbohrungen in Tausenden von Metern Tiefe die Zukunft längst begonnen.

Bei dem Wettrennen unter Wasser will diesmal Deutschland mitmischen. Denn bislang bezieht die deutsche Industrie etwa die Seltenen Erden fast nur aus der Volksrepublik, die diese indes für ihre wachsende Industrieproduktion selbst braucht. Die Folge: Verknappung und eine ungeheure Verteuerung. Deutschland ist einer der größten „Rohstofffresser“ weltweit. Jeder Bürger verbraucht im Lauf seines Lebens mehr als 1000 Tonnen Rohstoffe, fast zwei Drittel davon mineralischer Natur.

Deutsche haben sich einen Claim nahe Hawaii gesichert

Im östlichen Pazifik an der sogenannten „Clarion Fracture Zone“, 520 Kilometer südlich von Hawaii, hat sich die deutsche Bundesanstalt für Geowissenschaften und Rohstoffe deshalb bereits 2006 die Rechte zum Abbau gesichert. Die Internationale Meeresbodenbehörde mit Sitz auf Jamaika hat bislang acht solcher Lizenzgebiete vergeben. Der deutsche Claim umfasst zwei Gebiete von jeweils 75000 Quadratkilometern. Das entspricht ungefähr der doppelten Fläche Irlands. Lizenzgebühr: 250000 Dollar für die nächsten 15 Jahre.

Waren Schürfpläne aufgrund des enormen Wasserdrucks in großen Tiefen in den 1970er Jahren Zukunftsmusik, so hat sich inzwischen die Technik der autonomen Unterwasserfahrzeuge mit Greifarmen soweit entwickelt, dass der Einsatz nahe ist. Der Transport zum Mutterschiff könnte mit einem mit Unterdruck arbeitenden Aufzug erfolgen. Die Technik funktioniert bis 5000 Meter Tiefe. Das deutsche Forschungskonsortium ISUP hat inzwischen auch für die Ölförderung aus großen Tiefen ein System entwickelt. Da der technische Aufwand für herkömmliche Inseln so hoch wird, dass sich die Förderung nicht mehr lohnt, soll in Zukunft ein ferngesteuertes Raupenfahrzeug unbemannte Förderplattformen direkt auf dem Meeresgrund aufstellen.

Die Lagerstätten befinden sich rund um die „Schwarzen Raucher“ in der Tiefsee. Diese Kaminschlote aus dem heißen Schoß der Erde stoßen „Rauchwolken“ gelösten Materials aus, sind aber auch Lebensraum für seltene Wesen. Umweltschützer befürchten Störungen des natürlichen Gleichgewichts. *Joachim Feyerabend*

Axt an der Wurzel

Von Jan Heitmann

Ein politisches System, das seinen eigenen Prinzipien untreu wird, kann schnell in Auflösung enden. Das belegen allein aus den vergangenen drei Jahrhunderten viele historische Beispiele. Unser Grundgesetz gibt jedem Deutschen das Recht, „sich ohne Anmeldung und Erlaubnis friedlich und ohne Waffen zu versammeln“ sowie „Vereine und Gesellschaften zu bilden“. Die in den Artikeln 4 und 5 garantierte Freiheit des weltanschaulichen Bekenntnisses und die Meinungsfreiheit gehören zu den wichtigsten Errungenschaften unseres freiheitlich-demokratischen Rechtsstaates. Wer einem Berliner Kneipenwirt den Pachtvertrag kündigen will, weil er der Partei „Die Freiheit“ des CDU-Abweichlers René Stadtkewitz seinen Saal zur Verfügung stellt, legt die Axt an die Wurzeln unserer Demokratie. Dann ist der Schritt zur Gesinnungsdiktatur nicht mehr weit, die Verfolgung politischer Gegner wäre wohl der nächste. Meinungsfreiheit, Versammlungs- und Koalitionsfreiheit – bald Fehlanzeige? Andere Länder beneiden uns um unsere hohen demokratischen Standards. Lassen wir es zu, dass sie aufgeweicht werden, wäre es bald mit aller Freiheit und mit der Demokratie in Deutschland vorbei.

Falscher Ansatz

Von Rebecca Bellano

Kommt sie jetzt also doch, die Frauenquote? Für leistungswillige Frauen ist das keine gute Perspektive, denn wer möchte schon mit dem Stigma versehen sein, eine „Quotenfrau“ zu sein. Selbst wenn sie die nötigen Leistungen für den Karrieresprung erbracht haben, werden Neider dies künftig immer behaupten.

Und wieso mischt sich der Staat in die Vertragsfreiheit von Unternehmen ein, wenn er noch nicht einmal sagen kann, was die Ursachen für das unbestreitbare Faktum sind, dass in Deutschland extrem wenig Frauen in Führungspositionen vordringen, obwohl sie qualifiziert wären?

Ein Grund, bei dem die Quote bedingt Abhilfe schaffen könnte, dürfte zwar die sogenannte „gläserne Decke“ in den von Männern dominierten Führungsetagen sein, doch das allein wäre als Begründung viel zu kurz gegriffen. Hinzu kommen auch die unterschiedlichen Lebensentwürfe von Männern und Frauen, der Wunsch und die damit verbundenen Schwierigkeiten, Beruf und Familie zu vereinen. Hiergegen hilft keine Quote.

Und dann sind Frauen nunmal anders als Männer. Sie denken mehr im Team, haben en gros eher die Aufgabe als die Karriere im Blick – und wollen über alles reden. Das haben sie auch so in der Schule gelernt, wo zeitgeistkonforme Lehrer vor allem die natürliche weibliche Stärke gefördert haben, den Ausgleich über Kommunikation zu finden. Doch genau diese Neigung kann für die Karriere hinderlich sein, wenn Konkurrenten strategisch denken und vor allem ihr eigenes Fortkommen im Blick haben. Ja, es ist Klischee, aber wohl nicht ganz unwahr, dass Männer die gewiefteren Einzelkämpfer sind.

Wo das Geld verschwindet

Von Hans Heckel

Die Idee war bestechend, und sie hat für sich genommen kaum an Reiz verloren: Statt einfach mehr Geld auszuschütten an Hartz-IV-Familien soll per „Bildungspaket“ in Form eines Gutscheinsystems dafür gesorgt werden, dass die Mittel auch wirklich der Bildung und Erziehung der rund 2,5 Millionen betroffenen Kinder zugute kommen.

Dem liegt die Erkenntnis zugrunde, dass soziale Missstände nie mit Geld allein zu beheben sind. Arme Familien, die trotz ihrer schwierigen Lage alles in ihrer Macht stehende tun, um ihre Kinder so gut es geht zu fördern, würden die zusätzlichen Mittel ohnehin so einsetzen, wie es das „Bildungspaket“ vorsieht. Doch gibt es auch Fälle, wo die Eltern weniger fürsorglich mit ihrem Nachwuchs umgehen. Dass diese daran gehindert werden, das Plus in der Kasse zu verprassen – umso besser.

Am Beispiel des Bildungspakets konnten die Deutschen jedoch schmerzlich beobachten, was aus einer guten Idee werden kann, wenn sich die Ministerialbürokratie und Kompromissrunden von Parteien und Interessenverbänden darüber hermachen. Zunächst sollten die Arbeitsagenturen das Geld verteilen. Um etwa die Bezuschussung von Mitgliedschaften in Vereinen zu organisieren, sollten die Agenturen eine „Markterkundung“ unter den mehr als eine halbe Millionen Vereinen in Deutschland durchführen – was auch immer „Markterkundung“ bei gemeinnützigen Vereinen bedeuten mag. Hernach sollte eine „Leistungsvereinbarung“ mit den Vereinen geschlossen werden, wo „Inhalt, Umfang und Qualität der Leistungen“ genau geregelt werden. Welcher kleine Sportclub sollte sich diesem Verwaltungsgetöse aussetzen?

Bildungspaket: Was aus einer guten Idee werden kann

Es drohte eine bürokratische Totgeburt. Also wurde dieser Plan modifiziert. Nun sollen die Kommunen die Vereinbarungen mit den Vereinen regeln. Sicher ein Fortschritt, doch wer hoffte, dass damit auch die horrenden Verwaltungskosten gesenkt würden, wurde enttäuscht: Die Vertreter der Kommunen machten als erstes ihren Anspruch auf Verwaltungskostenzuschuss in der gleichen Höhe geltend, wie er für die umständliche Regelung durch die Arbeitsagenturen fällig gewesen wäre: 135 Millionen Euro, das entspricht 17 Prozent des 790-Millionen-Gesamtpakets. 17 Prozent! Selbst die Krankenkassen kommen mit 5,5 Prozent Verwaltungsaufwand aus, die Gesetzliche Rentenversicherung gar mit fünf!

Vor Jahren ergab eine internationale Studie, dass Deutschland unter den entwickelten Wohlfahrtstaaten pro Steuerzahler am meisten Geld für Soziales ausgibt, damit aber von allen am wenigsten erreicht. Das Schicksal des „Bildungspakets“ gibt Aufschluss darüber, wie es zu dieser Schieflage kommen konnte.



Ist das Kicken im Verein auch für Kinder von Hartz-IV-Empfängern bald finanziell geregelt? Die vielen Kompromisse am „Bildungspaket“ haben die gute Idee zu einem teuren, bürokratischen Monster verkommen lassen.

Bild: Thomas Lohnes/dapd

Schlachtruf eines Fleischessers

Moment mal!



Von Klaus Rainer Röhl

Unmittelbar nach dem Krieg, fern meiner Heimatstadt Danzig, arbeitete ich während der Hungerzeit gegen Kost und Logis bei einem Bauern. Die Kost bestand aus Haferflocken morgens, Suppe aus Pökelfleisch mittags und Bratkartoffeln abends. Ein Jahr lang. Immer das Gleiche, aber satt. Glück gehabt. Brot gab es aber nicht, weil die Bauern keine Lebensmittelkarten bekamen, also nur das hatten, was sie selber auf dem Hof, einem schmalen Moorgrundstück, erzeugten, Eier, Speck und Milch. Eigentlich auch Fleisch, aber das Schlachten war verboten, im Krieg sowieso, auch danach von der Militärregierung. Schwarzschlachten hieß das. Ein Schwein wurde abgeliefert, eins heimlich gemästet und geschlachtet. Schlachttag, Freudentag. Einmal im Jahr. Türen abgeriegelt, einen Nachbarn geholt, der schlachten konnte, alle zum Schweigen vergattert. Die redeten da, in der Gegend von Engelschoff bei Himmelpforten, sowieso kaum. Alle waren aufgeregt, besonders wir Flüchtlinge aus der Stadt, meine Mutter und meine kleinen Geschwister. Schlachttag. Eine Tortur für die Sau. Als ob sie etwas von ihrem Tod hätte ahnen können, quiekte sie wie verrückt, als sie festgebunden wurde. Quiekte zum Gotterbarmen. Mehr um Ruhe bei der Arbeit zu haben als aus humanitären Gründen gab es eins mit dem Hammer gegen den Dötz, einmal oder auch zweimal, dazu gehört Erfahrung, Bolzenschussgeräte gab es da nicht, dann stach der Nachbar zu, das Blut spritzte im hohen Bogen, der Bauer fing den Strahl, so gut es ging, in einen Eimer auf. Das Blut war ganz warm, die Sau röchelte noch, zuckte wohl noch kurz, das Blut strömte lange, einen Eimer und noch einen Eimer voll und wurde von der Bauersfrau sofort gerührt, daraus wird ja die Blutwurst gemacht. Der Nachbar und unser Bauer begannen, das Schwein an einem Haken aufzuhängen und sogleich zu zerteilen. Die Innereien würden auch in den nächsten Tagen gegessen werden, während alles andere gepökelt (also eingesalzen) wurde, die einzige Methode, die wir hatten, das Fleisch zu konservieren.

Dann geschah das, was schon jedes Kind erlebt hat, dessen Kaninchen, Lämmchen oder Hühnchen geschlachtet wurde: „Nie werde ich das essen!“ Meine Mutter und meine Geschwister schworen, keinen Bissen von dem Schwein herunterzubringen.

Und das Ende vom Lied: Das hat geschmeckt. Und wie das geschmeckt hat! Erst mir und dann allen anderen ausgehungerten Flüchtlingen. Die Bauersleute hatten sich schon wochenlang auf den Schlachttag gefreut. Noch eine Woche lang aßen wir Blutsuppe, Wurst und Gebratenes.

Fleischloses Leben ist vor allem etwas für intellektuelle Wohlstandsbürger

Aber heute? Essen Sie noch „Tiere“? Dann haben sie den letzten „Spiegel“, den „Stern“, das Fernsehen, das Internet und die vielen Interviews während der „Grünen Woche“ in Berlin nicht gesehen.

Da stieß der Besucher gleich am Eingang auf eine Vielzahl von Demonstranten gegen die deutschen Bauern. Schon vor dem Eingang zur Messehalle drückte uns ein freundlicher junger Mann eine Broschüre zu einer geplanten „Demo“ in die Hand. Titel: „Wir haben es satt!“ Gegen Massentierhaltung, Tierfabriken und Gentechnik. Möglichst alle 403 000 Besucher sollten das Interview mit dem amerikanischen Autor Jonathan Safran Foer zur Kenntnis nehmen, der mit seinem Buch „Tiere essen“ die Welt flächendeckend mit Horror-Visionen über die Massentierhaltung und die gequälten Tiere überzieht und uns den Appetit auf Fleisch gründlich verderben will. Mit Unterstützung aller guten Menschen im „Stern“, „Spiegel“ und allen ihnen nachplappernden Medien.

Das stand in der Broschüre der Müsli-Esser: „Wir haben es satt!“ Ich würde eher sagen: Sie sind satt. Sie haben schon gegessen, und zwar meistens ihr Leben lang, und nun – das ist ziemlich offenkundig – rümpfen sie die Nase über die kleinen Leute, die auch mal ein gutes Stück Fleisch billig einkaufen und essen. Wer sind sie, die Jonathan Safran Foer vertritt? Es sind die Bewohner der reichen Metropolen Europas und der USA, die Bessergestellten. Bestsellerautor Foer empfiehlt ihnen, wenn es unbedingt sein muss, dann nur „gutes“ Fleisch zu essen, bei dem man genau weiß, wo es herkommt. Woher? Sie haben es erraten! Vom Biobauern. Merke: Das Fleisch muss schön teuer sein. Ich übersetze diese Mahnung der ziemlich unverfrorenen Massenverachtung ins Deutsche: Überlasst das Fleisch doch lieber den höheren Einkommensschichten. Die elitäre Anmaßung hat eine lange Geschichte: „Contenti estote – begnügt euch mit dem Komissbrote!“ sagt der Kapuzinerprediger in Schillers „Wallenstein“. Und schon im alten Rom (des beginnenden Verfalls) gab es für die Prolls zwar Brot und Spiele: Spiele mit echten Toten (wie heute Todessprünge bei Gummibärchen-Thomas) und Getreide. Fleisch war schon damals für die Bessergestellten reserviert.

Die bessergestellten guten Deutschen kaufen nicht bei „Netto“ um die Ecke. Sie haben auch Zeit, sich zu bilden. Sie wissen darum, wie viel Regenwald abgeholzt und wie viel CO_2 in die Luft geblasen werden muss, damit ein einziges Schwein gemästet werden kann – oder gar ein Rind. Jonathan Safran Foer ist nur die feine, sichtbare Spitze des Eisbergs. Die Welt ist voller Spinner.

Die Ideologie des Vegetarismus verbreitet sich immer mehr

Das Tier, so lehren uns die Vegetarier, ist auch eine Art Mensch und dürfe daher nicht gegessen werden, die Veganer ernähren sich nur von Pflanzen, und die ganz fanatischen „Frutarier“ essen nur, was vom Baum fällt, was also ihr Freund, der Baum, freiwillig hergibt. Weil die Pflanzen auch Geschöpfe Gottes sind, und die tötet man ja, wenn man sie isst. War der Mensch von Natur aus Pflanzenfresser? Unser Gebiss mit seinen stabilen Eckzähnen beweist es: Wir waren zuerst Fleischfresser. Aber warum so weit in die Vergangenheit zurückschweifen? Bei uns in Europa aß man Fleisch, wann immer man es konnte, man konnte es nur selten. Heinrich IV. versuchte sich bei seinen französischen Untertanen anzubiedern, indem er ihnen jeden Sonntag ein Huhn im Topf wünschte. Er selbst hatte, wie fast alle reichen Leute, schon früh die Gicht, eine Krankheit, die von übermäßigem Fleischgenuss herrührt. Die kleinen Leute hatten nie Gicht. Die hatten nur ewig Hunger. In den zwei Kriegs- und Nachkriegszeiten erst recht. Heute aber kann jeder Europäer sich einen Braten leisten. Gut so. Aber nun kommt das Problem: Rund eineinhalb Milliarden Chinesen, von der Ming-Dynastie bis Mao hauptsächlich von Reis und Gemüse lebend, wollen auch an die Fleischtöpfe. Die anderen Völker werden folgen, während die Vegetarier Tofu-Ente essen und die Frutarier Äpfel aufsammeln, die ihr Freund, der Baum, freiwillig hergibt. Fallobst. Und jede Menge Vitamine und Nahrungsergänzungspillen in der Apotheke kaufen, ohne die sie gar nicht lange leben könnten. Zu deren Herstellung – wie viele Regenwälder abgeholzt werden müssen?

Merke dies ostpreußische Sprichwort: „Der Mensch lebt nicht vom Brot allein. Es muss auch was jeschmurjelt sein!“

Und der „Spiegel“ macht selbst nach Nennung aller Vorteile der fleischlosen Ernährung in einem anderem Beitrag zu diesem Thema eine interessante Anmerkung: „Bei Vegetarismus scheint es ähnlich zu laufen wie beim Sozialismus: Er ist nur eine Vorstufe, eine Etappe. Der Sozialismus sollte in den Kommunismus führen, irgendwann, in ein Leben ohne Staat und Lohnarbeit. Der Vegetarismus soll in den Veganismus führen, irgendwann. In ein Leben ohne Fleisch, Milch und Eier.“

Mehr über Klaus Rainer Röhl unter www.klausrainerroehl.de.

Hommage an die »Königin der Meere«

In Washington und Karlsruhe widmen sich Ausstellungen Venedig aus der Sicht verschiedener Künstler

Die besondere Lage der Lagunenstadt, die Pracht der Paläste, Gondeln und Kanäle sowie nicht zuletzt das besondere Licht zogen viele Künstler nach Venedig. Gleich zwei Ausstellungen beschäftigen sich mit diesem Thema, die eine ist in Washington, die andere in Karlsruhe zu sehen.

Der aus Venedig stammende Giovanni Antonio Canal (1697–1768), genannt Canaletto, war ein italienischer Veduten- und Landschaftsmaler. Ihm und seinen Zeitgenossen ist vom 20. Februar bis 30. Mai eine Ausstellung in der National Gallery of Art in Washington gewidmet. Zu sehen sind 50 venezianische Stadtansichten, darunter auch solche von Bernardo Belotto, einem Neffen Canalettos, der selbst später diesen Namen übernahm. Die fast fotorealistisch genaue und detailreiche Darstellung erreichte Antonio Canal durch eine Camera obscura, die er als Hilfsmittel benutzte. Einer der Mäzene und Auftraggeber Canalettos war der englische Konsul in Venedig Joseph Smith. Er ließ Kupferstiche nach dessen Gemälden anfertigen und trug mit dazu bei, dass die Werke unter den bildungsreisenden, englischen Adligen verbreitet wurden.

Fasziniert von der unvergleichlichen Lage der Stadt

Die Ausstellung „Venedig-Bilder in der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts“ in Karlsruhe, die im Anschluss auch in Paderborn zu sehen sein wird, zeigt mehr als 150 Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen und historische Fotografien von Malern, Zeichnern und Fotografen aus dem deutschsprachigen Raum. Sie alle waren fasziniert von der unvergleichlichen Lage der einstigen „Königin der Meere“ und ihren reichen Kunstschätzen. Viele Künstler verbrachten längere Zeit in Venedig und mieteten sich Ateliers. Andere kehrten immer wieder in die Stadt der Gondeln, Brücken und Kanäle zurück und blieben dort bis zum Lebensende.

Werke von Louis Kolitz aus Tilsit (1845–1914) oder des Breslauers Paul von Ravenstein (1854–1938) sind ebenso zu finden wie solche bekannterer Maler wie Carl Spitzweg, Anselm Feuerbach und Anton von Werner, dem späteren Direktor der Berliner Kunstakademie und Vorsitzenden des Vereins Berliner Künstler, der mit seiner starren, wilhelminisch geprägten Kunstauffassung in Kontrast zu Max Liebermann und anderen Künstlern der Zeit stand. Werners Ausstellungspolitik führte schließlich zur Gründung der Berliner Secession.

Auch den Berliner Max Liebermann führte der Weg nach Italien. 1878 hielt sich Liebermann für mehrere Wochen in Venedig auf, wo er den Münchner Malerfürsten Franz von Lenbach (1836–1904) traf. Der riet ihm, doch nach München, in die damalige Kunsthauptstadt überzusiedeln. Ein Rat, dem Liebermann noch im Dezember desselben Jahres folgte.

In Venedig wandte sich der Maler unspektakulären Motiven zu. So sind in Karlsruhe Aquarelle einer schmalen Gasse zu sehen, die Liebermann aus verschiedenen Perspektiven festhielt. In der alten sephardischen Synagoge der spanisch stämmigen Juden fertigte er zahlreiche Skizzen vom Innenraum an, „tief berührt von der eigentümlichen, weltabgewandten und vergeistigten Atmosphäre“



Max Liebermann: Gasse in Venedig (Aquarell, 1878) Bild: Irrgang

(Frauke Berchtig). Diese Skizzen waren Grundlage für Liebermanns umstrittensten Bilder: „Der zwölfjährige Jesus im Tempel“. Als das Bild 1879 auf der 3. Internationalen Kunstausstellung in München gezeigt wurde, provozierte es einen handfesten Skandal. Man entrüstete sich über die ungewohnt naturalistische Darstellung des Jesusknaben. Wie konnte er als jüdischer Maler es wagen, das christliche Thema zu malen? Die öffentliche Empörung war so groß, dass sich sogar der Bayerische Landtag damit beschäftigte. Anerkennung dagegen fand er in der Haltung des Prinzregenten Luitpold aus dem Hause Wittelsbach, der den Maler in seinem Münchner Atelier besuchte. Kurz nach der Eröffnung der Ausstellung bat er um einige Erläuterungen zur Kunstbetrachtung. Liebermanns Kollegen hätten das Bild so hoch gepriesen, dass er dessen künstlerische Besonderheiten kennenlernen wolle.

Es waren nicht nur Maler, die sich zu Venedig hingezogen fühlten. Auch der Komponist Richard Wagner hatte sein Herz an die Lagunenstadt verloren. „In einer schlaflosen Nacht, wo es mich gegen drei Uhr des Morgens auf den Balkon meiner Wohnung hinaustrieb, hörte ich denn auch zum ersten Male den altberühmten Naturgesang der Gondolieri“, erinnert sich Richard Wagner in seiner Autobiografie „Mein Leben“ über seinen ersten Aufenthalt in Venedig 1858. Es folgten viele Besuche. Der prachtvolle Palazzo Vendramin-Calergi, direkt am Canale Grande gelegen, bildet den Schlusspunkt in der langen Lebensreise dieses unruhigen Geistes. Am 14. September 1882 war er mit seiner Familie nach Venedig gegangen, um dort den Winter zu verbringen. Dort starb Richard Wagner nach einem heftigen Streit mit seiner Frau Cosima am 13. Februar 1883 an einem Herzanfall.

Silke Osman

Die Ausstellung „Venedig-Bilder in der deutschen Kunst des 19. Jahrhunderts“ in der Städtischen Galerie Karlsruhe ist bis zum 6. März mittwochs bis freitags von 10 bis 18 Uhr und am Wochenende von 11 bis 18 Uhr geöffnet, Katalog (Michael Imhof Verlag, Petersberg, 216 Seiten, 146 Farbabbildungen, gebunden) 29,95 Euro. Vom 2. April bis 3. Juli ist die Ausstellung in der Städtischen Galerie in der Reithalle Paderborn zu sehen.

IN KÜRZE

Seelenmeyer in Lüneburg

Das Ostpreußische Landesmuseum in Lüneburg lädt zu einer neuen Ausstellung ein. Zu sehen sind Plastiken, Gemälde und Grafik von Klaus Seelenmeyer (1918–2010). Der in Elbing Geborene verschaffte sich durch die intensive Ausdrucksweise seiner Kunst besondere Aufmerksamkeit. Nach schwerer Kriegsverwundung studierte Seelenmeyer Bildhauerei an der Königsberger Kunstakademie bei Hans Wissel. Doch Malerei und Grafik spielten in seinem Leben später eine zunehmende Rolle. Nach der Flucht kam der Ostpreuße über Umwege nach Lüneburg. Dort wirkte er als Dozent in der neu errichteten ostdeutschen Akademie und lehrte als Kunstpädagoge am Gymnasium Johanneum. Die Inhalte seiner Werke sprechen von seiner tiefen Religiosität und einer Weltsicht, die den Menschen im Mittelpunkt hatte. Darin sah Seelenmeyer sich etwa mit Albert Schweitzer verbunden, mit dem er lange in Briefwechsel stand. *OL*

Klaus Seelenmeyer: Madonnenkopf (Kupfer, 1945) Bild: OL

Die Ausstellung im Ostpreußischen Landesmuseum, Ritterstraße 10, Lüneburg, ist dienstags bis sonntags von 10 bis 18 Uhr zu sehen, Eintritt 4 / 3 Euro.

Die »Kölsche Mona Lisa« lädt zum Jubeljahr

Das Kölner Wallraf-Richartz-Museum wird 150 Jahre alt – Sonderausstellungen mit exquisiten Werken geplant

Etwa 400 Jahre war die von Stefan Lochner gemalte „Muttergottes in der Rosenlaube“ bereits alt, als sie das am 1. Juli 1861 eröffnete Kölner Wallraf-Richartz-Museum bezog. Die Einheimischen bezeichnen sie liebevoll als „Kölsche Mona Lisa“. Seit 150 Jahren ist sie nun die unbestrittene Königin der Kunstgalerie, die als eine der bedeutendsten Europas gilt.

Das Museum glänzt mit der weltweit umfangreichsten Sammlung mittelalterlicher Malerei. Insbesondere die aus Köln ist reich vertreten. Zu verdanken ist das dem Kölner Priester und Universitätsrektor Ferdinand Franz Wallraf (1748–1824). Nachdem die Franzosen die Domstadt besetzt hatten, verstaatlichten sie das Kirchengut und versteigerten es. Eifriger Käufer war Wallraf. Mit seiner Sammlung wuchsen seine Schulden. Um trotzdem einen sorgenfreien Lebensabend verbringen zu können, vermachte er gegen eine Rente 1818 seinen gesamten Besitz der Stadt Köln.

Priester als Sammler und Kunstkenner

Doch erst als der Kölner Kaufmann und Wildhäutehändler Johann Heinrich Richartz (1795–1861) die nötigen Gelder bereitstellte, fand 1855 in Anwesenheit des preußischen Königs Friedrich Wilhelm IV. die feierliche Grundsteinlegung zu einem der ersten Bürgerengagement zu verdankenden Museen Deutschlands statt. Der vor 150 Jahren eröffnete ursprüngliche Bau wurde im Zweiten Weltkrieg zerstört. Seit zehn Jahren residiert das Museum in einem von Oswald Mathias Ungers entworfenen Neubau mitten in der Altstadt. Nur einen Steinwurf vom Gelände entfernt, auf dem Stefan Lochner seine Malerwerkstatt betrieb.

Neben der altkölner Malerei weist das Museum zwei weitere Attraktionen auf. Zum einen die niederländischen Gemälde der Barockzeit. Der Flame Peter Paul Rubens etwa trumpft mit „Juno und Argus“ (um 1610) auf, einem mythologischen Ölbild voller blutrünstiger Dramatik und anmutiger Erotik. Der Holländer Rembrandt van Rijn hingegen beeindruckt mit dem kurz vor seinem Tod geschaffenen Selbstbildnis (um 1668). Der gebeugte alte Meister starrt aus dem Bild und lacht: über sich, über uns, über die Welt?

Dritte Attraktion der Sammlung sind Gemälde des 19. Jahrhunderts bis zur beginnenden Moderne. Caspar David Friedrichs „Flussufer im Nebel“ (um 1820/25) wirkt still und etwas melancholisch. Eine dramatische Stimmung zeichnet hingegen Adolph Menzels „Gewitter am Tempelhofer Berg“ (1846) aus. Und die „Rasenbleiche“ (1882) gilt wegen ihrer reich abgetönten Farbigkeit als eines der Meisterwerke des deutschen Impressionisten Max Liebermann. Auch der französische Impressionismus ist mit Auguste Renoirs „Paar“ (um 1868) oder Edouard Manets „Spargelstillleben“ (1880) hervorragend vertreten. Ein weiterer Publikumsliebling ist Vincent van Goghs Gemälde „Die Zugbrücke“ (1888). Bedeutenden Zuwachs hat die Sammlung des Impressionismus und Pointillismus vor zehn Jahren durch die Dauerleihgaben des Schweizer Sammlers Gérard Corboud erhalten.



Stefan Lochner: Die Muttergottes in der Rosenlaube (Öl, 1440–1442, im Besitz des Wallraf-Richartz-Museums) Bild: Museum

Im Jubiläumsjahr wartet das Wallraf-Richartz-Museum mit einer bunten Palette von Sonderausstellungen auf. Den Anfang macht vom 4. Februar bis 15. Mai die von Museumsdirektor Andreas Blühm kuratierte Schau über den französischen Salonmaler Alexandre Cabanel (1823–1889). Der begehrte Porträtist der eleganten Pariser Damenwelt war Hofmaler von Kaiser Napoleon III., der sich auf einem Bildnis von 1865 ziemlich aufgeblasen gibt. Cabanels besondere Spezialität waren frivole Nuditäten mit literarischem oder mythologischem Hintergrund. Als sein Hauptwerk gilt „Die Geburt der Venus“ (1863), die aus Paris anreisen wird.

»Alte Schinken« oder Schätze?

Die weiteren Sonderausstellungen beziehen sich auf die Sammlung. In der Dauerschau wird nur ein Drittel der Schätze gezeigt. Der Rest der rund 1500 Gemälde ruht im Depot. Ab Oktober wird unter dem Titel „Panoptikum“ ein Einblick gewährt (21. Oktober bis 22. Januar 2012). Die spannende Frage wird sein, wie das Publikum auf die „alten Schinken“ reagiert. Pressesprecher Stefan Swertz berichtet: „In unserem Depot sind vor allem zahlreiche Werke aus dem 19. Jahrhundert, die wegen ihrer Größe zu viel Platz in der Sammlung beanspruchen würden und aufgrund des inzwischen stark gewandelten Geschmacks auch nur noch von wenigen Liebhabern gemocht werden.“ Mit der Schau „Vasari 500“ (19. August bis 13. November) hingegen dürfte das Museum auf der sicheren Seite sein. Anlässlich des 500. Geburtstags des italienischen Malers und Historikers Giorgio Vasari, der als Begründer der modernen Kunstgeschichtsschreibung gilt, werden ab August Meisterzeichnungen der Renaissance gezeigt, die zum Beispiel von Leonardo da Vinci, Raffael und Andrea del Sarto geschaffen wurden. Bereits am 1. Juli (bis 25. September) startet unter dem Titel „Tat Ort Museum“ eine Schau in eigener Sache. „Spannend“, wie Direktor Andreas Blühm ankündigt, werden nämlich die verschiedenen Facetten der Museumsarbeit aufgedeckt. Das Sammeln, Forschen, Bewahren und Vermitteln, aber auch die Entlarvung von Fälschungen, die Zuschreibung bislang anonymer Werke an einen bestimmten Künstler sowie die Rekrutierung von Förderern und die Vermarktung der Museumsarbeit stehen im Blickpunkt.

Veit-Mario Thiede

Das Wallraf-Richartz-Museum, Obenmarspforten, Köln, ist dienstags, mittwochs und freitags von 10 bis 18 Uhr, donnerstags bis 21 Uhr geöffnet, am Wochenende von 11 bis 18 Uhr, Eintritt 9,50 / 7,50 Euro.

Schule unter Segeln – warum?

In der Diskussion über die Zukunft der »Gorch Fock« wird wie vor 60 Jahren argumentiert

Macht die Ausbildung zukünftiger Marineoffiziere an Bord eines Segelschiffes noch Sinn? Die Diskussion, die jetzt nach den Vorfällen auf der „Gorch Fock“ hohe Wellen schlägt, ist nicht neu. Sie wurde bereits geführt, nachdem am 26. Juli 1932 die „Niobe“, das Segelschulschiff der Reichsmarine, im Fehmarnbelt in einer Gewitterböe gekentert und innerhalb von Minuten gesunken war. 69 Seeleute ertranken.

Die Diskussion wurde abermals vor 60 Jahren geführt, als die deutsche Schifffahrt nach dem Zweiten Weltkrieg allmählich wieder Wasser unter den Kiel bekam. 1950 verfasste der Kapitän Helmut Grubbe eine private Denkschrift, mit der er eine Diskussion um die künftige seemännische Ausbildung anstieß. Nicht wenige erklärten Grubbe für verrückt und hoffnungslos rückständig, als er im Zeitalter der Dampfer eine Ausbildung unter Segeln forderte.

Im Jahre 1932 kenterte die »Niobe« der Reichsmarine

Gemeinsam mit dem Reeder Heinz Schliewen entwickelte Grubbe den Gedanken, diese Segelschiffe als frachttragende Schulschiffe einzusetzen, jeder Warentransport sollte zugleich Ausbildungsfahrt sein. Aber der Wind hatte sich gedreht. Grubbe und Schliewen brauchten viel Überzeugungskraft, um Mitstreiter zu finden.

In der Zeit nach dem Ersten Weltkrieg war das noch anders gewesen. Obwohl der Untergang der „Niobe“ und der Tod der 69 Seeleute und Kadetten in der Bevölkerung tiefe Betroffenheit auslöste, wurde die Ausbildung unter Segeln nicht grundsätzlich infrage gestellt. Im Gegenteil, um einen Neubau zu ermöglichen, wurde zu einer „Volksspende“ aufgerufen. Mit Erfolg, mehr als 200 000 Mark wurden gesammelt. Bei Blohm & Voss lief der Neubau 1933 vom Stapel, getauft auf den Namen „Gorch Fock“. Bis zum Beginn des Krieges fuhr die „Gorch Fock“ als Ausbildungsschiff, am 1. Mai 1945 wurde sie von der eigenen Besatzung vor Stralsund versenkt. Zwei Jahre später hoben die Sowjets das Schiff und nutzten es als Schulschiff bis zum Ende der Sowjetunion unter dem Namen „Towarischtsch“. Danach begann eine abenteuerliche Irrfahrt, die 2003 in Stralsund endete. Dort wurde das Schiff erneut getauft – auf den Namen „Gorch Fock I“. Das 1958 in Dienst gestellte Segelschulschiff „Gorch Fock“ ist übrigens nahezu baugleich mit der 1933 gebauten namensgleichen Bark.



Bild: J. Koehler/dapd

Auf der „Gorch Fock“: Die Besatzung entrollt als Teil der Ausbildung in lichter Höhe die Segel.

Als das Schulschiff der Bundesmarine auf Kiel gelegt wurde, war die von Kapitän Grubbe angestoßene Diskussion über die Ausbildung unter Segeln vorläufig abgeschlossen. Kapitän Grubbe hatte in seiner Denkschrift argumentiert: „Tatsächlich besteht nur in wenigen Ländern der Welt keine Pflicht der Segelschiffsausbildung für Schiffsoffiziere und Kapitäne. ... Aber unabhängig davon wird in allen Ländern die Segelschiffsausbildung höher gewertet als die Dampferfahrzeit. Auch in England, der großen seefahrttreibenden Nation, erhält jeder Fahrensmann eine Vergünstigung von sechs Monaten für die auf Segelschiffen abgeleistete Fahrzeit.“

Von einer Ausbildung auf einem Dampfer hielt Grubbe hingegen wenig: „Die Erfahrungen mit der Dampferausbildung haben gezeigt, dass nicht alles so ist, wie man es gern haben möchte. Jedenfalls haben die Klagen seitens der Schiffsführung, dass keine Zeit und kein Personal für die Ausbildung vorhanden ist, seitens der Eltern, dass die Jungen sich mehr oder weniger selbst überlassen bleiben und nichts lernen, außer der Handhabung von Lukendeckeln und Farbewaschen ...“

Bei altgedienten Kap-Hoorniers rannte Grubbe mit dieser Klage offene Türen ein, aber Landratten hatten Probleme, wenn Grubbe feststellte:

„Was der Seemann auf jeden Fall auf dem Segelschiff lernt, ist sein Handwerk, der Umgang mit Booten, Tauwerk, Draht ... Und etwas anderes, sehr Wesentliches lernt man beinahe unbewußt auf dem Segler: Die Beobachtung von Wetter und See. Die erste Frage nach dem Wecken war doch immer: Was liegt an?, was macht das Wetter?, und wenn auch nur aus der Befürchtung heraus, müssen Manöver gemacht werden, Segel fest und dergleichen? Das erzog unbewußt zur ständigen Beobachtung der weiteren Umgebung ...

Ein weiterer, nicht zu unterschätzender Faktor war zweifellos die Erziehung zur Sparsamkeit, die Notwendigkeit, mit den einfachsten Mitteln durch Kopf und Hand den größten Erfolg zu erzielen.“

Als Kapitän Grubbe dies niederschrieb, da dachte er an die „Schulschiff Deutschland“.

Der 1927 In Dienst gestellte Dreimaster der Handelsschifffahrt lag vertäut als Jugendherberge an der Pier. Grubbe hoffte, das Schiff wieder flott zu machen. Das gelang zwar nicht, aber immerhin wurde „Schulschiff Deutschland“ zur stationären Ausbildungsstätte für Seemannsschüler in Bremen.

Auf der Suche nach einer Alternative stießen Grubbe und der Reeder Heinz Schliewen auf die ehemaligen P-Liner „Pamir“ und „Passat“. Die lagen in Antwerpen auf einer Abwrackwerft.

Schliewen kaufte die Schwesterschiffe für einen Spottpreis und ließ sie im Sinne Grubbes auf der Kieler Howaldtswerft geradezu luxuriös umbauen. Die Seekadetten sollten in Zukunft komfortabler reisen. Doch der Reeder hatte sich verkalkuliert. 1952 musste er Konkurs anmelden.

Die Auseinandersetzung um das Schicksal der beiden Schiffe und die Schulung des Offiziersnachwuchses tobte weiter heftig zwischen zwei Lagern. Auf der einen Seite standen Reedereien und traditionsbewusste Fahrensleute, die der Meinung waren, ein echter Seemann und zuverlässiger Kamerad würde man nur auf einem Segelschiff, nur dort könne man das Gespür für Wind und Wogen bekommen. Die Gegenposition nahmen die Gewerkschaften ein. Taue spleißen und Segelsetzen in 40 Meter Höhe würden in der modernen Schifffahrt nicht mehr gebraucht, befanden sie.

Die Logbücher der Segler lieferten ihnen die Argumente: Dass die Arbeit auf einem Großsegler besonders unfallträchtig war, galt in der Branche als selbstverständlich. Stürze aus der Takelage mit schweren Verletzungen oder tödlichem Ausgang gehörten quasi zum Alltag an Bord und wurden in Logbüchern nur mit einem knappen Eintrag vermerkt. Die „Leichenfänger“ genannten Sicherungsnetze konnten nicht immer verhindern, dass bei Orkan ein Besatzungsmitglied, meist ein unerfahrener Kadett, über Bord ging.

Fast noch mehr als Stürme fürchteten Schiffsjungen die Äquatortaufe, auf den Viermastern ein Brauch mit sadistischen Zügen. Beim Überqueren der magischen Linie mussten die „Novizen“ gemeine Quälereien erdulden. Mancher, der mit Begeisterung angeheuert hatte, machte sich schon im nächsten Hafen frustriert auf und davon. Am 11. Dezember 1912 verzeichnet das Logbuch der „Passat“: „Valparaiso/Chile: Die Matrosen F. Möller und H. Wilken desertieren.“

Trotz allen Gegenwinds hielten die deutschen Reeder mit ihren Wortführern Hapag und Norddeutscher Lloyd an der seemännischen Ausbildung auf Großseglern fest. 40 Reedereien gründeten die „Stiftung Pamir und Passat“, die die Mittel zum kostspieligen Unterhalt der Schiffe aufbringen sollte. „Pamir“ und „Passat“ segelten wieder von Hamburg nach Südamerika, nur die Umrundung Kap Hoorns wurde gestrichen.

Der Untergang der „Pamir“ 1957 bei einem Orkan in Höhe der Azoren bedeutete zwar nicht das Ende der Schule unter Segeln, brachte aber das Aus für die „Passat“.

Als Nachfolger lief 1933 die erste »Gorch Fock« vom Stapel

Ein Jahr nach diesem Schlusspunkt setzte das Schulschiff der Bundesmarine, die „Gorch Fock“, erstmals die Segel.

Jetzt stellt Verteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg die Frage, „inwieweit die ‚Gorch Fock‘ als Ausbildungsschiff und Botschafterin Deutschlands auf den Weltmeeren Zukunft hat“. Die Diskussion wird wieder geführt – mit den gleichen Argumenten wie vor 60 Jahren.

Der Schiffarzt, der auf der letzten Reise der „Passat“ an Bord war, notierte damals: „Mit dem Wegfall der Segelschiffausbildung droht den jungen Menschen die Seefahrt zur reinen Erwerbstätigkeit abzusinken, bar jener tiefen inneren Bindung, die diesem besonderen Ruf seit jeher eigentümlich war. Die ausschlaggebende Rolle wird hierbei der Kameradschaft zuzuschreiben sein. Das ist das Geheimnis des Segelschiffs: Selbst Brücke vom Menschen zur Natur, baut es auch Brücken unter den Menschen.“ *Klaus J. Groth*

»Segelschiffausbildung vermittelt elementarste Seemannschaft und formt die Persönlichkeit«

Michael Koch (50) ist aktiver Marineoffizier und wurde vor 30 Jahren auf der „Gorch Fock“ ausgebildet. In seiner Freizeit fährt der Inhaber eines zivilen Kapitänspatents für Traditionssegelschiffe als Steuermann auf der Brigg „Roald Amundsen“. Das Interview führte Jan Heitmann.

PAZ: *Welche Erinnerung haben Sie an Ihre Zeit auf der „Gorch Fock“?*

Michael Koch: Auf diesem Schiff sind mir meine Seebeine gewachsen. Nach zwei Wochen Vorausbildung sind wir von Kiel über Lissabon nach Vigo in Spanien und zurück gefahren. Die Reise war eine große Herausforderung und ein riesiges Abenteuer. Alles war ungewohnt und beim ersten Aufentern hatte ich schlichtweg Angst. Aber wir wurden dann Schritt für Schritt an alles Weitere herangeführt. Es war eine Mischung aus fordernder Offiziersausbildung und Seefahrerromantik mit harter Arbeit und wenig Schlaf. Muskeln und Hornhaut mussten mir erst wachsen. Ich habe sehr gute Kameradschaft und einen hervorragenden Crewgeist erlebt und tiefen Respekt bis hin zur Demut vor den Elementen gelernt. Ich habe das Schiff geliebt und als die Fahrt zu Ende war, war ich traurig.

PAZ: *Wird nur der ein guter Schiffsoffizier, dem die Seebeine auf einem Segler gewachsen sind?*

Koch: Eine Segelschiffausbildung halte ich nicht für zwingend erforderlich, aber für wünschenswert. Ausbildungsziel ist ja seemännisches Geschick und nautisches Grundverständnis. Auf einem Segelschiff lernt man traditionelle Seemannschaft auf elementarste Weise. Man arbeitet mit Leinen und Tampen, ist Wind und Wetter und den Launen der See ausgesetzt. Nur hier lernt man wirklich, sich nicht auf Technik zu verlassen, sondern Furcht zu überwinden und seinen eigenen und den Fähigkeiten der anderen zu vertrauen. Die Zeit auf einem Segler ist wie ein Blick in den Spiegel. Man lernt viel über sich selbst und entdeckt eigene Fähigkeiten, die man vorher nicht einmal erahnt hat. Dieses Erlebnis formt die eigene Persönlichkeit ungeheuer. Deshalb fahren Menschen aus allen Berufsgruppen als sogenannte Trainees auf der „Roald Amundsen“.

PAZ: *Was unterscheidet die Ausbildung auf einem Schulschiff der Marine von der auf einem zivilen Großsegler?*

Koch: Die Kadetten auf einem Marineschulschiff sind Soldaten und daher durch ein besonderes Rechtsverhältnis an den Betreiber des Schiffes gebunden. Hier geht es neben dem seemännischen Ausbildungsziel auch um militärische Inhalte und nicht zuletzt um Disziplin im Sinne von Befehl und Gehorsam. Unabhängig vom Status des Schiffes und den Auszubildenden ist die Einordnung des Individuums ganz wichtig, damit es Teil eines Ganzen wird.


Michael Koch Bild: privat

PAZ: *Ist der Ton auf einem Segelschulschiff zwangsläufig rauer?*

Koch: Überhaupt nicht. Der Ton, den ein Ausbilder anschlägt, hat weniger mit dem Ort als mit dem Charakter zu tun. Eine empathische und die Auszubildenden wertschätzende Persönlichkeit braucht keinen rauen Ton, um respektiert zu werden, zu Leistungen anzuspornen und so eine gute Crew zu formen. Weisungen müssen natürlich unbedingt befolgt werden. Das gilt auf jedem Schiff der Welt. Kommandos müssen klar und eindeutig sein. Deshalb werden sie auf einem Segler immer laut gegeben, damit sie auch im Sturm verständlich sind.

PAZ: *Kommt es auch auf zivilen Großseglern regelmäßig zu Unfällen?*

Koch: Natürlich. Unfälle gehören leider zur Seefahrt. Sie lassen sich trotz aller Sicherheitsvorkehrungen nie ganz ausschließen. Technik kann versagen und auch Menschen können versagen. Entscheidend ist, dass alles zur Unfallverhütung getan wird. Für die „Roald Amundsen“ beispielsweise gelten ganz hohe nationale und internationale Sicherheitsstandards. Hier hat die Sicherheitsausbildung einen hohen Stellenwert, und Sicherheit geht immer vor Schnelligkeit. Unsere Trainees werden schrittweise an ihre Aufgaben herangeführt und haben dabei immer einen Ausbilder an ihrer Seite. Sie müssen alle Ausbildungsnachweise mehrfach erbringen, bevor sie in die Stammcrew übernommen werden und dort in der Hierarchie aufsteigen können.

PAZ: *Welchen Sinn hat eine Äquatortaufe?*

Koch: Sie ist ein überliefertes Ritual und hängt mit dem Aberglauben der Seeleute zusammen. Sie stammt noch aus der Zeit der großen Entdeckungsreisen, als man glaubte, eine Reise in die südliche Hemisphäre müsse unweigerlich tödlich verlaufen. Durch die Taufprozedur beweist der Seemann seinen Mut und seine Gläubigkeit und wird dafür von einem als Neptun verkleideten Seemann „gereinigt“. Heute hat die Taufe keinen tieferen Sinn mehr. Sie dient nur noch der Unterhaltung und gehört einfach dazu. Jeder lässt sie über sich ergehen, auch wenn sie freiwillig und nicht immer angenehm ist.

PAZ: *Warum stellen sich Menschen heute den Entbehrungen und Härten der Segelschiffausbildung?*

Koch: Für die einen ist sie Teil ihrer Berufsausbildung und damit obligatorisch. Unsere Trainees dagegen kommen freiwillig, um traditionelle Seemannschaft zu erlernen, handwerkliche und soziale Kompetenz zu erwerben und natürlich um Spaß zu haben. Seefahrt auf einem Segler ist immer noch sinnvoll, ein großes Abenteuer und Vergnügen.

Das Ende des preußischen Nachtwächterstaates

Bergarbeiterstreik an der Ruhr – Wilhelm II. wollte als sozialer Monarch Arbeitgeber zu höheren Löhnen zwingen

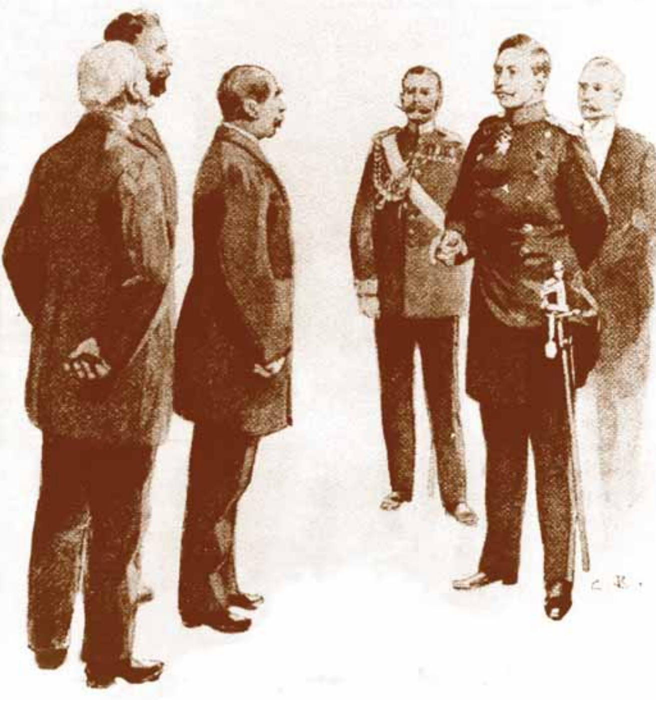
Aufgrund der gut laufenden Konjunktur werden 2011 nach Jahren der Lohnzurückhaltung in vielen Branchen Arbeitnehmervertreter Gehaltserhöhungen fordern. Zu Beginn seiner Regierungszeit war Kaiser Wilhelm II. im Bergbau an der Ruhr mit einer in mancher Hinsicht vergleichbaren Situation konfrontiert.

„Der Stein ist ins Rollen gebracht, auf einigen Zechen hiesiger Gegend, wo seit mehreren Tagen ein teilweiser Streik versucht war, ist es heute zum Aufruhr gekommen. Soeben treffen per Extrazug von Münster zwei verstärkte Kompanien des 13. Regimenes hierselbst ein, um die Ruhe und Ordnung auf den umliegenden Zechen aufrecht zu erhalten“, vermeldete am 5. Mai 1889 eine Zeitung in Wanne.

Die streikenden Bergleute wollten nach Jahren, in denen die Löhne wegen konjunktureller Schwächephasen gesunken waren, vom einsetzenden wirtschaftlichen Aufschwung mit profitieren. Die aufmerksamen unter ihnen hatten mitbekommen, dass die an der Essener Börse notierten Anteile an Bergwerken (Kuxe), die vor 1888 mit 50 bis 60 Mark notiert hatten, im Frühjahr 1889 auf 1300 bis 1400 Mark hochschnellten. Diese enorme Wertsteigerung spiegelte die günstige ökonomische Lage wider. Die Wirtschaft wuchs, die Industrie brauchte wieder mehr Kohle und die Bergwerke wegen der steigenden Nachfrage mehr Arbeitskräfte.

Doch obwohl viele Zechen wieder in die Gewinnzone kamen, waren ihre Besitzer nicht bereit, alten wie neuen Arbeitern die Löhne zu erhöhen, so dass sie zumindest das Niveau von vor der Krise erreichten. Gleichzeitig wurde der Wohnraum knapp, da der Bergbau Arbeitskräfte vor allem aus dem deutschen Osten und auch aus Polen anzog. So wurden im Ruhrgebiet von 1885 bis 1890 27 000 Zuwanderer aus den preußischen Ostgebieten als Bergarbeiter eingestellt, wobei der prozentuale Anteil der Zuwanderer an der Belegschaft von Zeche zu Zeche unterschiedlich ausfiel. Im Gelsenkirchener und Essener Raum belief sich ihr Anteil auf rund ein Drittel.

Aus der so begründeten Unzufriedenheit resultierten Forderungen: 15 Prozent mehr Lohn, Acht-Stunden-Schichten, Reduzierung der Arbeitszeit durch Wegfall von Überschichten, Verbesserung beim Arbeitsschutz, Transparenz beim Straf- und Lohnsystem. Allerdings ignorierten die Zechenbesitzer die Forderungen ihrer Arbeiter und widersetzten sich jedem Gesprächsangebot.



Wilhelm II: Der Kaiser empfängt die Delegation der streikenden Bergarbeiter. Bild: Ullstein

Das führte dazu, dass am 25. April und 1. Mai 1889 in einigen Zechen vornehmlich jugendliche, zugewanderte und besitzlose Schlepper, Pferdejungen und Bergleute spontan und planlos die Arbeit nieder legten, um so ihre Direktion unter Druck zu setzen. Am 9. Mai streikten bereits 70 000 Arbeiter im Ruhrgebiet. Vor allem dort, wo viele junge, ungelernte Kräfte beschäftigt waren, eskalierten die Proteste zu Krawallen, die schließlich Polizei und Militär einschreiten ließen.

Wenn auch die Armee bis zum 7. Mai bereits drei aufständische Bergleute erschossen hatte, so stellten sich doch die Spitzen der örtlichen Behörden auf die Seite der Arbeitnehmer. Trotzdem zeigte sich die Arbeitgeberseite aber immer noch nicht gesprächsbereit. Vielmehr forderte sie Einschränkungen im Versammlungsrecht und zusätzliches Militär.

Vor diesem Hintergrund entschieden sich die Bergleute, eine Deputation zum Kaiser zu schicken. Dieser gewährte die Audienz sofort, wusste er doch, dass die traditionsbewussten Bergleute ihn als ihren „obersten Bergherren“ ansahen, dies sogar zu Beginn ihrer Versammlungen durch Hochrufe auf den Landesherren kundtaten. Bereits am 14. Mai empfing der Kaiser, der sich als sozialer Monarch verstand, die Deputation. Zwar maßregelte Wilhelm II. seine Gäste für die Arbeitsniederlegung, versprach aber, ihre Forderungen zu prüfen. Eigentlich hatte er mehr versprechen wollen, doch zwei Tage vorher hatte das Kabinett seinem Wunsch nach einem stärkeren Eingreifen des Staates in das Bergwesen widersprochen. Zwar anerkannte man in der Regierung, dass die Anliegen der Bergleute berechtigt waren, aber der arbeitgeberfreundliche Reichskanzler Otto von Bismarck hatte seinen Einfluss geltend gemacht und in wirtschaftsliberaler Manier darauf verwiesen, dass die streitenden Parteien ihre Probleme selber lösen sollten. Und so sorgte das Kabinett dafür, dass in der Ansprache des Kaisers an die Bergleute der von diesem gewünschte Befehl, die Löhne zu erhöhen, nicht enthalten war.

Am 16. Mai empfing Wilhelm II. dann mit dem Bergbaulichen Verein die Arbeitgeberseite, der er deutlich die Schuld am Streik vorwarf und die er, mit Billigung des Kabinetts, an den Verhandlungstisch mit den Bergleuten zwang. Letztere reduzierten sofort ihre Forderungen und beschlossen, den Streik zu beenden.

Als sich jedoch die Zechenleitungen nicht an die Vereinbarungen des sogenannten Berliner Protokolls hielten, kam es erneut zu spontanen Arbeitsniederlegungen. Diesen folgten Solidaritätsstreiks in Nieder- und Oberschlesien. Wie an der Ruhr kam es auch in Schlesien zu Tumulten, worauf die Behörden wieder mit dem Einsatz von Militär und Polizei reagierten.

Ende Mai gingen den meisten Streikenden die Ersparnisse aus. Streikkassen gab es noch nicht, so dass nur noch Spenden aus der Bevölkerung das täglich Brot der während des Streiks nicht entlohnten Bergarbeiter sichern konnten. Die Bergwerkbesitzer hatten den längeren Atem und ließen auch noch nach der Wiederaufnahme der Arbeit die Streikführer aussperren, klagten sie erfolgreich wegen Landfriedensbruch an.

Zur Untersuchung der Vorfälle setzte Wilhelm II. eine Untersuchungskommission ein. Nach der Befragung von Arbeitern wie Arbeitgebern kam sie zu dem Schluss, dass den Arbeitgebern so gut wie keine Verstöße gegen die seit 1865 geltende Bergordnung vorzuwerfen seien. Das lag weniger daran, dass die Kommission voreingenommen gewesen wäre, als daran, dass die Bergordnung den Interessen der Arbeitnehmer kaum Rechnung trug.

Diese Erkenntnis führte zur Novelle des Bergrechts. Das Allgemeinen Berggesetz von 1892 bot dem 1890 gegründeten neuen „Deutschen Bergarbeiterverband“ eine rechtliche Basis für künftige Interessenvertretung. Das neue Gesetz schrieb Arbeitsordnungen vor, schränkte betriebliche Strafen und willkürliche Nichtanrechnung von Förderleistungen ein. Der Kündigungsschutz wurde insoweit erweitert, als Vergehen von Arbeitnehmern nur innerhalb von einer Woche nach Bekanntwerden zur Kündigung führen durften. Damit gab der Staat Arbeitgebern und Arbeitnehmern einen Rahmen, in dem sie sich zu bewegen hatten. Deshalb wird hieran das Ende der liberalen Phase preußischer Wirtschaftsordnung festgemacht. *Rebecca Bellano*

Königs-Erzieher

Ahnherr des Hauses Schlobitten

Einfachheit, Sparsamkeit, Pflichttreue und Selbstdisziplin – diese religiös verankerten preußischen Grundsätze des „Soldatenkönigs“ waren mit sein Werk, denn Alexander Burggraf und Graf zu Dohna-Schlobitten war nicht nur Ahnherr des Hauses Schlobitten, sondern auch neun Jahre Erzieher des späteren Friedrich Wilhem I. Der vor 350 Jahren auf Schloss Coppet am Genfer See geborene Spross eines Gouverneurs des Fürstentums Orange trat nach größeren Bildungsreisen 1679 in die Dienste des Großen Kurfürsten. Nachdem er sich dort als Soldat wie Diplomat bewährt hatte, wurde er 1695 als Oberhofmeister des Kronprinzen mit dessen Erziehung betraut.

Dohna-Schlobitten Bild: Archiv

Nachdem Dohnas Gegner Johann Kasimir Kolbe im Krönungsjahr Friedrichs III./I. zum Premierminister ernannt worden war, wurde dieser korrupte Politiker 1704 auf Fürsprache des Königs durch den Kaiser in den Rang eines Reichsgrafen von Wartenberg erhoben. Im selben Jahr zog der bisherige Lehrer Friedrich Wilhelms sich vom Berliner Hof auf den Stammsitz seiner Familie im preußischen Schlobitten zurück. Dort betrieb er erfolgreich Landwirtschaft und baute das Schloss zu einer repräsentativen barocken Residenz aus.

Als Kolbe 1711 gestürzt wurde, übernahm Dohna umgehend eine führende Rolle beim sogenannten Retablissement, sprich Wiederaufbau Preußens nach der Pestepedemie. Dabei lag ihm besonders die sogenannte Repeuplierung, die Ansiedlung neuer Bewohner, am Herzen. 1712 übernahm er den Vorsitz in der Königsberger Regierung, den er bis zu seinem Tode behielt. Mit natürlicher und Amtsautorität setzte er in Preußen den seinerzeit fortschrittlichen Absolutismus gegen den Widerstand der Stände durch, wandte sich aber auch gegen vermeintliche Übertreibungen seines königlichen Ex-Zöglings. Am 25. Februar 1728 starb Dohna-Schlobitten in Königsberg. *Manuel Ruoff*

Gefühle als Herrschaftsmittel

Vortrag zum Regierungsstil Friedrichs des Großen anlässlich seines 299. Geburtstags

Mit Überlegungen zu den Gefühlen eines Königs wollte man an diesem Abend ausprobieren, so die Referentin, was bei gewichtigeren Anlässen nicht satisfaktionsfähig wäre. Dann nämlich seien eher die großen Fragen nach der Außenpolitik und der Philosophie vordergründig.

Anlässlich des 299. Geburtstages Friedrich des Großen am 24. Januar 1712 luden die Stiftung Preußische Schlösser und Gärten Berlin-Brandenburg, das Haus der Brandenburgisch-Preußischen Geschichte, die Musikfestspiele Sanssouci und die Nikolaisaal Potsdam gGmbH für vorletzten Montag in den Potsdamer Nikolaisaal zum Festvortrag „Die Gefühle eines Königs“. Gehalten wurde der Vortrag von der Historikerin und Sozialwissenschaftlerin Ute Frevert. Die Direktorin des Max-Planck-Instituts für Bildungsforschung in Berlin beschäftigt sich in ihrem Forschungsbereich seit 2008 mit der „Geschichte der Gefühle“.

Dass der Monarch, der für viele die Inkarnation nicht überall geschätzter preußischer Tugenden sei, damit eine emotionale Ehrenrettung bekomme, sei zeitgemäß, meinte die Vortragende. Passe es doch in unsere Zeit, in welcher der Wunsch nach einer Vermenschlichung der politischen Bühne Hochkonjunktur habe. Wir bekämen somit einen „Friedrich zum Anfassen“. Doch täuschten wir uns anzunehmen, es sich hier um ein Gegenwartsproblem handele. Ähnliche Tendenzen habe es bereits im 18. Jahrhundert gegeben, als Zeitgenossen des Königs ihre Ära als „weinendes Säkulum“ bezeichnet hätten.

So habe sich Empfindsamkeit nicht nur in der Literatur widergespiegelt, beispielsweise in Johann Wolfgang von Goethes Werk „Die Leiden des jungen Werthers“, sondern auch in Merksätzen der Philosophen, so Herder mit seinem antidescartisch anmutenden: „Ich fühle mich! Ich bin!“ Das Mitleid sei als wichtige menschliche Eigenschaft des Citoyen betrachtet worden.

Friedrich der Große Bild: Archiv

In welcher Art und Weise Friedrich II. Gefühle als Herrschaftsmittel einzusetzen vermochte, wollte Frevert in ihrem Vortrag erkunden. Herrschaft bedürfe, nach der Theorie des Soziologen Max Weber, der Zustimmung der Beherrschten, ihres Glaubens an die Legitimität der Herrschaft. Gefühle wie Liebe, Hingabe, Vertrauen, Dankbarkeit und Treue nährten den Glauben, entstünden jedoch nicht von selbst, sondern müssten erweckt und gepflegt werden.

Nachdem Friedrich in jungen Jahren Francois Fénelons Abenteuer-, Reise- und Bildungsroman „Les Aventures de Télémaque, fils d'Ulysse“ („Die seltsamen Begebenheiten des Telemach“) gelesen hatte, waren für ihn gute Regenten die, die den Untertanen mitfühlend und barmherzig gegenüber traten. Härte und Unerbittlichkeit zählten zu den schlimmsten Lasten. Ein gut regiertes Königreich musste wie eine Familie sein, mit dem Fürsten als Vater und dem Volk als dessen Kinder. Wobei Glück und Unglück von beiden Seiten geteilt werden sollten. In seinem 1739 verfassten Werk „Anti-Machiavel, oder Versuch einer Kritik über Nic. Machiavels Regierungskunst eines Fürsten“ erklärte Friedrich, dass ein König, dessen ganze Staatskunst darauf hinauslaufe, dass man sich vor ihm fürchtete, ein Herr über Sklaven sei. Der wollte er sicher nicht sein. Denn große Leistungen dürfe man sich dann von seinem Volk nicht erwarten. Er wollte bei seinem Amtsantritt 1740 jeden Untertanen vergnügt und glücklich sehen.

Nur spärliche Quellen verkünden von der Stimme des Volkes zum Thema. Vieles spreche aber dafür, dass sich um den Monarchen eine emotionale Aura bildete, die weithin wirkte. So schilderte die Referentin eine Szene im Hause Goethes, in der als Ergebnis eines Streites um ein politisches Thema am Ende die Aussage stand: „Was geht uns Preußen an? Es ist die Persönlichkeit des großen Königs, die auf alle Gemüter wirkt.“

Ute Frevert meint, im aufgeklärten Absolutismus Friedrichs des Großen in der Kommunikation zwischen König und Untertanen eine neue Sprache der Liebe, des Vertrauens, der Treue und des Mitgefühls wahrnehmen zu können, in der beide Seiten einander Zuneigung und Wohlwollen versicherten. Dabei rückte das Bild des menschlichen und menschenfreundlichen Königs in den Vordergrund. Auf freiwilligen Gehorsam kam es also an, nicht auf knechtischen.

Von patriotischen Bestrebungen konnte jedoch noch keine Rede sein. Der Übergang von der väterlichen zur vaterländischen Regierung, wie sie Immanuel Kant 1793 annahmte, war einer späteren Zeit vorbehalten. *Silvia Friedrich*

CDU treibt Wähler zur SPD

Zu: „Die Risse werden tiefer“ (Nr. 3)

Die *PAZ* offenbart die CDU in erschreckender Deutlichkeit als Wackelpeter ohne überzeugende Grundlinie. Der Flirt mit den „Grünen“ ist auf Länderebene nicht zu übersehen. Für die Bundeskanzlerin ist nach der Mainzer Klausur eine schwarz-gelbe Koalition nicht mehr alternativlos, wie kurz zuvor noch versichert.

Selbstvertrauen, Mut zur Selbstkritik und einem offensiv vertretenen Kontrastprogramm gegenüber allen, auch den grünverpackten, kommunistischen Wiederbelebungsversuchen, vermittelt die CDU nicht. Kann es da überraschen, wenn in Hamburgs Wählerschaft so mancher Bürgerliche ernsthaft erwägt, SPD zu wählen, um Olaf Scholz zur absoluten Mehrheit zu verhelfen?

Lienhard Schmidt, Hamburg

Ideologische Beliebigkeit der CDU kennt keine Grenzen

Zu: „Die Risse werden tiefer“ (Nr. 3)

Die CDU ist längst zur weltanschauungslosen Amtspatronage-Partei verkommen, die skrupellos alles tut, was dem Machterhalt dient.

Nach dem Motto „rechts blinken und links abbiegen“ handelt sie schon seit Jahren. Sie ist keinen Deut von der einmal beschlossenen Grundsatzentscheidung abgewichen, das Wählerreservoir links der Mitte anzuzapfen und alte, sprich konservative, Zöpfe abzuschneiden. Man ist offenbar der Ansicht, dass letztere Wählergruppe durch den selbst verursachten demographischen Wandel und die Überfremdung bald ohnehin keine Bedeutung mehr haben wird.

Die ideologische Beliebigkeit zeigt sich darin, dass die CDU nicht einmal mehr davor zurückschreckt, mit den linksextremen Grünen zu koalieren.

Noch werden die Konservativen als nützliche Idioten beziehungsweise Mehrheitsbeschaffer gebraucht, deswegen spielt man Theater, während man gleichzeitig längst ganz links angekommen ist, denn die CDU unterstützt: – den „Kampf gegen Rechts“ auch durch Linksextremisten, – die Lüge vom Fachkräftemangel und dadurch forcierte Masseneinwanderung mit all ihren katastrophalen Folgen, – die schleichende Abschaffung der Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt durch autoritäre, restriktive Gesetzgebungen (zum Beispiel durch die Verschärfung des Volksverhetzungsparagraphen), – die Klimalüge, die den Steuerzahler und die Wirtschaft Milliarden kostet, – die langfristige wirtschaftliche und finanzielle Ausblutung Deutschlands durch den Moloch EU und letztendlich die Auflösung Deutschlands in die undemokratische, sozialistisch-autoritäre EUdssr.

Roland Wolf, Köln

Missbraucht

Zu: „Vive le Waldsterben“ (Nr. 51)

Waldsterben gab es immer. In dieser Zeit gab es weder Atomkraft, zu viele Autoabgase, Richtfunk oder Radarwellen. Die „weisen“ Ökologen glaubten mit ihrer neuen Wortprägung einen Beweis für ihre industrie- und wirtschaftsfeindliche Ideologie gefunden zu haben. Pech gehabt!

Horst Loosen, Köln

Leserbriefe geben die Meinung der Verfasser wieder, die sich nicht mit der der Redaktion decken muss. Von den an uns gerichteten Briefen können wir nicht alle, und viele nur in Auszügen, veröffentlichen. Alle abgedruckten Leserbriefe werden auch ins Internet gestellt.



Ade Ahlhaus: Der Hamburger Bürgermeister aus Sicht eines ddp-Fotografen Bild: Philipp Guelland/dapd

Dank für die Standhaftigkeit

Zu: „Die Singularität in Zweifel gezogen“ (Nr. 1)

Gute Gesundheit und ein langes Leben wünsche ich Herrn Professor Dr. Nolte! Es ist wichtig, dass er auch weiterhin mit Mut und Standhaftigkeit die Ergebnisse seiner Forschung verteidigt.

Es ist dagegen beklagenswert, dass die sachliche Auseinandersetzung mit wissenschaftlichen Forschungsergebnissen ersetzt wird durch die Diffamierung der Forschenden. Ebenso wie Nolte werden auch die Herren Ulfkotte, Hamann, Professor Kirchhoff, Professor Löw, Sarrazin und andere seit Jahren durch Hetzjagden verfolgt. In nahezu allen Medien versucht man, sie mundtot zu machen. Es finden also dieselben totalitären Maßnahmen seitens Politik und Presse statt, gegen die sich auch schon unsere Eltern von 1933 bis 1945 wehren mussten. Den oben genannten Herren Dank für ihren Mut und ihre Standhaftigkeit. Sie machen auch mir Mut, dem täglichen Meinungsdiktat zu widersprechen. Die *PAZ* und ihre Leser haben mir schon viele Informationen und Argumente geliefert. Danke auch für die Berichte über Bürger, die die Wahrheit über die Menschlichkeit der Mehrheit unserer deutschen Landsleute verbreiten! Sie alle kämpfen für unser Ansehen und unsere Meinungsfreiheit!

Helga Schüttert, Schwerte

Eupen und St. Vith gehören zu Deutschland

Zu: „Naht das Ende von Belgien?“ (Nr. 51)

Karl-Heinz Lambertz, „Ministerpräsident“ der zirka 74 000 deutschsprachigen Ostbelgier von Eupen und St. Vith, soll nach Informationen „aus dem Umfeld der EU-Kommission“ regelmäßig nach Luxemburg reisen, um dort einen möglichen Anschluss seiner Region an das Großherzogtum zu diskutieren. Da ein Finis Belgiae langsam realistische Züge annimmt, verdienen derartige Meldungen große Beachtung.

Väterlicherseits ein Nachfahre preußisch-rheinländischer, also deutscher Eupener, mütterlicherseits Wurzeln in Ost- und Westpreußen, interessiert mich sehr, woher Herr Lambertz sein Mandat zu diesen einseitigen Sondierungen bezieht. Hat die von ihm vertretene deutschsprachige Gemeinschaft Belgiens darüber abgestimmt? Naheliegender wäre es doch, dass ethnische und kulturelle Deutsche sich um einem Beitritt zum deutschen Nationalstaat bemühen und die Bundesrepublik Deutschland den Beitritt ausdrücklich anbietet und für ihn nach Kräften wirbt. Fühlen sich beide Seiten durch das auch hierzulande gepflegte negative Deutschlandbild mit seinen unsinnigen Kollektiv- und Alleinschuldzuweisungen daran gehindert?

Durch den Versailler Vertrag 1920 vom Reich abgetrennt und zunächst kommissarisch von Belgien verwaltet, haben die Deutschen von Eupen und St. Vith entgegen den Versailler Bestimmungen nie die Gelegenheit zu einer offenen Aussprache und anschließenden freien, geheimen Völkerrechtskonformen Abstimmung bekommen. Dieses schlimme Versäumnis gilt es zu korrigieren!

Dr. jur. Björn Schumacher, Saarbrücken

Kritische Prüfung ist stets angebracht

Zu: „Falsche Moralapostel beherrschen die Szene“ (Nr. 52)

Wer in der Bundesrepublik Deutschland öffentlich (auch angebliche) NS-Verbrechen leugnet oder sie auch nur verharmlost, dem sitzt gar bald der Staatsanwalt im Nacken. Als Angehöriger des Geburtsjahrganges 1914 kann ich über selbst erlebte Vorgänge im Dritten Reich, die man heute unter die Kategorie „NS-Verbrechen“ einstuft, aber nur so berichten, wie sie sich in der Realität auch wirklich zugetragen haben. Alles andere wäre völlig absurd.

Deshalb begrüße ich den Vorstoß der Außenminister Litauens, Lettlands, Ungarns, Rumäniens, Bulgariens und der Tschechischen Republik, in der Bewertung aller Verbrechen gegen die Menschlichkeit doch mit gleicher Zunge zu sprechen. Wer das nicht tut, der ist ein Lügner.

Zum Beispiel hat Hitler 1936 den schwarzen Ausnahmeathleten Jesse Owens, entgegen allen anderslautenden Behauptungen, für seine einmaligen großartigen Erfolge bei den Olympischen Sommerspielen in Berlin zur Seite genommen und ihm kräftig die Hand geschüttelt. Das Bild dieses Vorganges hielt Owen in seiner Brieftasche behutsam bereit, um es Lügen verbreitenden Feinden der Völker bei Bedarf jederzeit unter die Nase halten zu können.

Wie die plötzlichen Offenbarer dieses Geheimnisses nun heute behaupten, soll damals die Verdammnis der Deutschen vorrangiges Ziel der siegreichen Völkergemeinschaft gewesen sein. Deshalb ist jeder bestens beraten, wenn er Dinge, die Deutschlands Vergangenheit betreffen, einer kritischen Prüfung unterzieht.

Friedrich Kurreck, Heidenheim

Niedergang der USA: Deutschland kann es ganz ähnlich ergehen

Zu: „Niedergang“ (Nr. 2)

Ihr Kommentar über Amerika und das immer noch falsche Idol vieler Menschen in Deutschland hat mir gefallen. Dasselbe kann mit Deutschland genau so passieren und wird vielleicht auch so kommen, nur der Großteil der Bevölkerung und auch der Politiker will dies jedoch nicht für wahr halten. Zu den USA ist noch zu sagen, dass meine Tochter ein Jahr als Aupairmädchen dort war, weil sie die Sprachkenntnisse für ihr Studium benötigte, nie wieder dort hinmöchte, weil sie so viel Schlechtes gesehen hat. Sie sagte mir: „Ich habe das wahre Amerika gesehen, das in Wirklichkeit nicht so ist, wie es uns über die Medien und vor allem von den hirnverbrannten Politikern vermittelt wird.“ Leider wird noch viel zu oft dieses Amerika von Politikern hochgehalten. Die Ausrottung eines Großteils der Ureinwohner ist Amerikas größte Schande. Deutschland hat für mich in Amerika ein falsches Vorbild gefunden.

Eddi Göller, Malsfeld

Nicht nur Deutschlands Gold liegt in den USA, auch 60 andere Länder lagern dort ihre Edelmetall

Zu: „Vertrauen ist gut ...“ (Nr. 1)

Die folgende E-Mail ging mir auf meine Anfrage bezüglich der deutschen Goldreserven an das Bundesfinanzministerium zu. Ich hatte meine Informationen aus Ihrer Zeitung: „Sehr geehrter Frau Schmidt, es ist gängige Praxis, dass Notenbanken einen Teil ihrer Goldreserven im Ausland halten. Neben der Deutschen Bundesbank haben weitere Notenbanken und offizielle Stellen Gold bei ausländischen Zentralbanken gelagert. Laut eigenen Angaben verwahrt die Federal Reserve of New York Goldbestände von nahezu 60 verschiedenen Notenbanken beziehungsweise staatlichen Stellen. Über die bei den ausländischen Notenbanken verwahrten Goldbestände kann von der Bundesbank zu jeder Zeit verfügt werden. Das Gold der Deutschen Bundesbank wird in Form von einzeln identifizierbaren Barren verwahrt. Die Goldbestände werden im Rahmen der regulären Revisionstätigkeit überprüft.

Bei der Verwaltung der Währungsreserven im Allgemeinen, wie auch der Goldbestände im Besonderen (und hier insbesondere der Lagerortfrage) lässt sich die Bundesbank von den Grundsätzen der Sicherheit, Kosteneffizienz und Liquidität leiten. Die Lagerung im Ausland ist betriebswirtschaftlich sinnvoll, solange sie kostengünstiger ist als der Transport nach Deutschland und der Bau zusätzlicher Tresoranlagen. Zu weiteren grundsätzlichen Erwägungen bei der Lagerung von Gold gehört die Diversifizierung der Lagerstellen. Zur Durchführung von Goldaktivitäten (wie zum Beispiel der Goldleihe) ist es zudem erforderlich, an den Handelsplätzen Goldbestände vorzuhalten.

Ergänzend weise ich darauf hin, dass die Verwaltung der offiziellen Währungsreserven zu den grundlegenden Aufgaben des Europäischen Systems der Zentralbanken und damit auch der Deutschen Bundesbank gehört. Hierbei ist die Deutsche Bundesbank unabhängig. Das Bundesministerium der Finanzen muss deshalb auch bei Fragen zur Goldverwahrung diese Unabhängigkeit der Bundesbank berücksichtigen. Aus diesem Grunde bitte ich Sie, weitergehende Fragen direkt an die Deutsche Bundesbank zu richten. Mit freundlichen Grüßen Michael Leisinger, Leitungsstab, Bundesministerium der Finanzen, Referat für Bürgerangelegenheiten.“

Waltraut Schmidt, Henstedt-Ulzburg

Heimatvertriebene: Ob SPD oder CDU, Versprechen wurden nicht eingehalten

Zu Leserbrief „Vertriebene können auf CDU und CSU bauen“ (Nr. 51)

Der Leserbriefschreiber zeigt auf, was die CDU/CSU alles für die Vertriebenen getan hat. So gebe es sogar Arbeitsgemeinschaften der beiden Parteien, die sich „Ost- u. Mitteldeutsche Vereinigung“ (OMV) und „Union der Vertriebenen“ (UdV) nennen. Die Arbeitsgemeinschaften sind aber allgemein unbekannt, weil sie für das ursächliche Anliegen der Vertriebenen keine Arbeit geleistet haben. Und das war die Rückgabe der Vertreibungsgebiete mit Garantien für das Heimatrecht auf der Grundlage der Siegermächteabsicht zur Einhaltung der allgemeinen Menschenrechte und die offenen Fragen mit Deutschland in einem Friedensvertrag zu regeln.

Die nicht eingehaltenen Versprechungen zur Zeit Adenauers (CDU) und Schumachers (SPD), alles zu tun, damit die Heimatvertriebenen wieder in ihrer Heimat leben können, wurden von allen Parteien in Gerede über „Versöhnung“ und Bereitstellung von Geldern für kulturelle Anliegen verwandelt. Die jetzige Möglichkeit, offene Eigentumsfragen mit den Vertreiberstaaten zu regeln, wird mit Nachdruck von der gegenwärtigen CDU-Regierungsmehrheit verhindert.

Nachdem der SPD-Politiker Egon Bahr bei „Arte“ („Egon Bahrs Geheimpakt mit dem Teufel“ vom 31. August 2009) bestätigte, ihm seien 1972 im Auftrage Breschnews durch einen sowjetischen Agenten eine Millionen Dollar angeboten worden, um die damalige Stimmenunterzahl der SPD-Regierung mit dem Kauf von CDU-Abgeordneten in eine Mehrheit umzuwandeln, wird das politisch schmutzige Geschäft auch mit den Vertriebenen immer deutlicher. Bahr, Brandt und auch CDU-Politikern wird von einigen Bürgern unterstellt, sie waren Gehilfen der damaligen Sowjetunion. Bei Egon Bahr ist der Verdacht anklagereif, denn warum informierte er nicht die deutsche Polizei, um Sowjetagenten mit ihren Bestechungsgeldern enttarnen zu können. Stattdessen duldete er die Bestechung von seinen Kollegen mit Millionendollars aus sowjetischen Betrügerkassen, was heute beweisen ist, aber immer noch nicht zur Anklage führte.

Willi Brandt (richtiger Name, Herbert Frahm) und seine Berater haben schließlich, überraschend für die Vertreiberstaaten, ohne Bedingungen oder Ausgleichsmöglichkeiten per Unterschrift und ohne rechtliche Kompetenz die Vertreibungsgebiete verschenkt. In der CDU/CSU gab es einen Aufschrei der Empörung. Aber der spätere CDU-Kanzler Kohl hat schließlich kleinlaut nach den Zwei-plus-vier-Verhandlungen das Geschenk der SPD an die Sowjetunion anerkannt. Hinzu kam seine Lüge als höchster Repräsentant der CDU im Umgang mit unrechtmäßigen Enteignungen in Mitteldeutschland, das alle Parteienpolitiker gleichgeschaltet jetzt Ostdeutschland nennen.

Der Leserbriefschreiber sollte seinen offensichtlich guten Zugang zur CDU/CSU und deren Arbeitsgemeinschaften für seinen Einfluss geltend machen, um die Nachfolgeregierungen der Vertreiberstaaten Sowjetunion, Polen und Tschechoslowakei darauf hinzuweisen, Vertriebene und Menschenrecht achtende Deutsche erwarten wenigstens eine Entschuldigung für die gewaltsamen Vertreibungen und vielen damit verbundenen Verbrechen gegen die Menschlichkeit.

Siegfried Neckritz, Osnabrück

Nicht wählbar!

Zu: Leserbrief „Absurder Aufstieg der Grünen“ (Nr. 1)

Dem oben genannten Leserbrief kann ich bis auf einen Punkt zustimmen: Alle im Bundestag vertretenen Parteien einschließlich der „Linken“ sind nicht wählbar. Auch die „Linke“ ist nicht gegen noch mehr Masseneinwanderung, im Gegenteil geht diesen unser großzügiges Asylrecht noch immer nicht weit genug. Zudem hat deren Vorgängerpartei SED genug Verbrechen begangen und die heutigen „Linken“ zehren noch immer von den verschwundenen Parteigeldern, die aus dem Vermögen der DDR stammen.

Roland Krein, Homberg

Das Ostpreußenblatt

Nr. 5 – 5. Februar 2011

MELDUNGEN

Konzert zur Eröffnung

Allenstein – Nach gerade 19 Monaten intensiver Bauarbeiten wird in Allenstein das neue Gebäude der Philharmonie eröffnet. Die feierliche Eröffnung ist für den 19. März geplant. Der Kultusminister hat seine Teilnahme bestätigt, weitere Einladungen sind an die Kanzleien des Staatspräsidenten und des Ministerpräsidenten versandt worden. Beim Eröffnungskonzert werden der Chor und das Orchester der Ermländisch-Masurischen Philharmonie auftreten, die zusammen Werke, die eigens für die Eröffnungsfeier komponiert wurden, und die IX. Symphonie von Ludwig van Beethoven (die „Europa-Hymne“) aufführen. Die Kosten der gesamten Investition betragen 14 Millionen Euro. Im Gebäude werden zur Zeit die Abschlussarbeiten durchgeführt und die Inneneinrichtung des neuen Konzertsaals eingebaut. *PAZ*

Kanal mit Denkmalstatus

Allenstein/Warschau – Der Oberländische Kanal wird ein Denkmal der Geschichte, dies hat Staatspräsident Bronislaw Komorowski anlässlich des 151. Jahrestages dieses Wasserweges verfügt. Der Kanal nennt sich „Wunder des hydrotechnischen Gedankens des 19. Jahrhunderts“ und ist heute der einzige Vertreter dieser Art weltweit. Die Höhendifferenz auf dem Abschnitt Osterode–Elbing beträgt mehr als 100 Meter. Die Schifffahrt auf dem Kanal ist durch Schleusen und schiefe Ebenen, auf denen die Schiffe über Gras gezogen werden, möglich. Heute ist der Kanal eine der wichtigsten touristischen Attraktionen im südlichen Ostpreußen. *PAZ*

Neue Fregatte auf Kiel gelegt

Königsberg – Auf der Jantar-Werft in Königsberg ist eine Fregatte des Typs 11356 für die russische Schwarzmeerflotte auf Kiel gelegt worden. In den kommenden vier Jahren sollen insgesamt drei Schiffe dieser Klasse gebaut werden. Die Fregatten haben 180 Mann Besatzung und können mit voller Beladung bis zu 5000 Seemeilen ohne Zwischenstopp zurücklegen. Außer Raketen gegen Schiffe, U-Boote und Flugzeuge sind die Kriegsschiffe mit einer 100-Millimeter-Kanone und einem Kamow-Hubschrauber vom Typ Ka-28 oder Ka-31 ausgestattet. Außer für die eigene Kriegsmarine baut die ehemalige Schichau-Werft den Schiffstyp auch für den Export. So sind auf der Werft derzeit drei Einheiten dieser Baureihe für Indien im Bau. Das Auftragsvolumen wird auf umgerechnet 1,1 Milliarden Euro geschätzt. Das ist ungefähr das Zwölffache der deutschen Entwicklungshilfe 2010 für das asiatische Schwellenland. *PAZ*

Hoher Besuch in Königsberg

Regierungspartei »Einiges Russland« schickt ihren Vorsitzenden auf Wahlkampftournee

Im März finden in zwölf russischen Regionen Parlamentswahlen statt. Weil auch im Königsberger Gebiet gewählt wird, stattete der Dumasprecher und Vorsitzende der Partei „Einiges Russland“, Boris Gryslow aus Moskau, der Exklave einen Besuch ab.



Wahlkampf in Königsberg: Gouverneur Nikolaj Zukanow (links) begrüßt den Parteivorsitzenden Boris Gryslow. Bild: J.T.

Die Wahlkampfvorbereitungen laufen schon seit einiger Zeit auf Hochtouren. Die Kandidatenlisten sind erstellt, die Unterschriftensammlungen zur Unterstützung der Kandidaten, die nicht offiziell von ihrer Partei aufgestellt wurden, liegen der zuständigen Wahlbehörde vor.

In der vergangenen Woche erhielt das Königsberger Gebiet hohen Besuch aus Moskau. Boris Gryslow, der Vorsitzende der Staatsduma und der Regierungspartei „Einiges Russland“, ist zur Zeit auf Wahlkampftournee in den Regionen. Das Interesse für das Königsberger Gebiet ist wohl nicht zuletzt wegen der Protestbewegung des vergangenen Januar groß, als 12 000 Demonstranten in Königsberg auf die Straße gingen, um gegen die Gebietsregierung zu demonstrieren. Dies hatte der Regierung in Moskau einige Kopfschmerzen bereitet. Umfragen zufolge genießt die Regierungspartei in der Königsberger Exklave auch heute weniger Unterstützung als in Russland. Mit dem Besuch des Parteivorsitzenden will die Partei verlorene Wählergunst zurückgewinnen.

Das Programm der eintägigen Visite war prall gefüllt und beschränkte sich nicht auf die Gebietshauptstadt. Gryslow besuchte zuerst das Ostseebad Rauschen, um der Eröffnung eines Sportkomplexes beizuwohnen, ein Prestigeobjekt, mit dem „Einiges Russland“ sich schmückt, da Politiker aus ihren Reihen den Bau in Auftrag gaben. Da „Einiges Russland“ die Mehrheit im Parlament hat, hat die Partei keine Probleme, solche Projekte durchzusetzen.

Gryslow wurde während seines Besuchs mit Fragen über die Fußballweltmeisterschaft bombardiert. Es ist eines der Themen, welche die Menschen im Gebiet zur Zeit am meisten beschäftigen. So wollten sie unbedingt von Gryslow in Erfahrung bringen, ob 2018 einige Spiele der Weltmeisterschaft in Königsberg ausgetragen werden. Obwohl niemand ernsthaft damit gerechnet hatte, dass der Dumasprecher darauf überhaupt antworten würde, sagte Gryslow, die Entscheidung hinge allein von der Regionalmannschaft „Baltika“ ab. Schaffe sie es, in die Nationalliga aufzusteigen, sei Königsberg es wert, Austragungsort von Meisterschaftsspielen zu sein. Boris Gryslow ermunterte die Königsberger, ihre Mannschaft „Baltika“ zu Höchstleistungen anzufeuern.

> WM-Spiele in Königsberg? Die Antwort hängt davon ab, ob der Regionalfussballverein »Baltika« in die Nationalliga aufsteigt

In seiner Rede ging Gryslow auch auf die zukünftigen Aufgaben des ehemaligen Gouverneurs Georgij Boos ein. Er lobte dessen Verdienste in vielen Bereichen und stellte in Aussicht, dass Boos eine Aufgabe auf föderaler Ebene erhält. Welche das sein könnte, verriet er jedoch nicht. Vier Monate nach dem Ausscheiden von Boos aus dem Gouverneursamt ist nur bekannt, dass er eine Weltreise auf einer Yacht vorhat. Zu Nachfolger Nikolaj Zukanow sagte er, dass der neue Gouverneur auf den Grundlagen, die Boos geschaffen habe, aufbauen könne.

Am Ende seiner Visiste traf Gryslow sich in der Kant-Universität mit Studenten und Professoren zu einer einstündigen Diskussionsrunde, an der auch andere Politiker teilnahmen. Gegenstand der Diskussion waren aktuelle Probleme der Bildungspolitik. Viel Aufmerksamkeit widmeten die Diskussionsteilnehmer der Modernisierung des Bildungssystems insgesamt, vor allem aber des höheren Bildungswesens.

Jurij Tschernyschew

Welle des Mitgefühls

Unter den Schwerverletzten ist ein Bewohner Königsbergs

Zwei Tage nach dem Bombenanschlag auf den Moskauer Flughafen „Domodedowo“, bei dem 35 Menschen getötet und über 200 verletzt worden waren, wurde in Russland Staatstrauer ausgerufen. Auch in Königsberg gedachte man der Opfer. Zuerst sollten am Denkmal „Mutter Russland“ Blumen niedergelegt werden, doch dann entschied man sich für die Treppe vor der Christi-Erlöser-Kathedrale auf dem Hansaplatz. Zur verabredeten Zeit kamen nach und nach Trauernde zur Kathedrale, um Blumen niederzulegen. Viele brachten Kerzen mit. Aus 35 von ihnen – für jeden Toten eine – bildeten sie das Wort „Schmerz“. Außerdem stellten sie ein Trauerplakat mit den Namen der bei dem Terroranschlag Getöteten auf. Zu dieser Aktion hatten zuvor Blogger über soziale Netze im Internet aufgerufen.

Staatstrauer: Menschen zünden Kerzen an. Bild: J.T.

Unter den Verletzten befand sich auch der Königsberger Jewgenij Soldatow, dessen Leben nach einer komplizierten Operation gerettet werden konnte. Sein Zustand ist jedoch immer noch kritisch. *J.T.*

Visafreiheit

Vorreiterrolle des Königsberger Gebiets

Nikolaj Zukanow, der seit kurzem amtierende Gouverneur des Königsberger Gebietes, hat eine Visafreiheit für EU-Bürger in Aussicht gestellt, wenn denn im Gegenzug die Europäische Union auch Russen Visafreiheit gewährt.

Nach einem Besuch in Polen als Mitglied einer russischen Regierungsdelegation erklärte er in einer Pressekonferenz:

> Zukanow möchte mit einem weichen Übergang beginnen

„Ich glaube, dass man mit einem ‚weichen Übergang‘ beginnen könnte.

Der visafreie Grenzverkehr könnte beispielsweise auf das ganze Gebiet und ein gleich großes Territorium Polens ausgedehnt werden. Wir haben den Vorschlag unserem Außenministerium unterbreitet und hoffen, dass er dort Gehör findet.

Ein erster Schritt könnte die Ausstellung von Dauervisa ohne vorherige Einladung sein. Die Visa könnten zumindest so lange gültig sein, bis die Gültigkeitsfrist des jeweiligen Reisepasses abgelaufen ist.

Der nächste Schritt könnte dann in der Ermöglichung einer visafreien Einreise von Bürgern der Europäischen Union ins Kaliningrader Gebiet bestehen.

Das Gebiet ist bestens geeignet, die Möglichkeit eines visafreien Reiseverkehrs zwischen Russland und der Europäischen Union zu testen. Ich glaube, allein die Tatsache, dass Präsident Dmitrij Medwedew die Probleme unseres Gebietes heraussondert, lässt auf eine baldige Lösung hoffen.“ *PAZ*

Lewe Landslied, liebe Familienfreunde,

Heimat kann man schmecken – so hatte ich kürzlich geschrieben, als ich auf unsere ostpreußischen Gebäckspezialitäten zu sprechen kam, weil eine Leserin nach einem Bild der väterlichen Konditorei in Königsberg suchte. Und prompt kam die Anfrage nach einem Rezept, die ich leider nicht erfüllen kann. Auslöser waren allerdings für Frau **Irene Sanden** aus Bergheim nicht die erwähnten „Liebesknochen“, sondern das Buch „Zwei Wege aus Ostpreußen“ und darin der Satz „Opa kochte gerne mal seine Spezialität, ein ‚Judenmus‘.“

Das war ein Eintopfgericht aus Kartoffeln, Fleisch und anderen Zutaten, sicher mit Zwiebeln. Frau Sanden wollte gerne das Rezept haben, denn ihre verstorbene Urgroßmutter, **Wilhelmine Lecsinski**, hatte, wenn sie aus ihrer ostpreußischen Heimat erzählte, auch dieses Gericht erwähnt. Nur war Frau Sanden ja damals noch ein Kind und hatte nicht nachgefragt. Deshalb schrieb sie an den Autor des Buches und bat um das Rezept, aber er wusste es leider auch nicht. „Kennt vielleicht eine Leserin oder ein Leser das Rezept?“, fragt Frau Sanden nun unsere Familie. Ich muss leider passen, denn zwar habe ich den Namen dieses Gerichts schon gehört, aber meine Mutter hat es nie auf den Tisch gebracht, und ich habe es auch nirgendwo gegessen. Meine Kochbücher verweigern die Auskunft, aber im guten, alten „Ploetz für Ermländer“ fand ich die Erklärung: „Kartoffelsuppe mit Mehlklunkern und Bauchsstück“ Wie dieses kräftige und sicher sehr sättigende Gericht zu seinem Namen kam – der durchaus nicht diskriminierend ist – und wie das echte Rezept lautet, dürfen wir wohl bald aus unserem Leserkreis erfahren. Wahrscheinlich war es wohl in Masuren beliebt, denn Frau Irene Sanden geborene **Karpowski** stammt aus Neidenburg. Über einen Anruf würde sie sich sehr freuen. (Irene Sanden, Höhenweg 22 in 50129 Bergheim, Telefon/Fax 02238/450005.)

Heimat kann man aber auch weben und sticken – so möchte ich jetzt den Faden weiterspinnen, und den Anlass dazu bildet ein Bild, das uns Frau **Hildegard Bartkowiak** aus Chemnitz übersandte. Es zeigt einen Wandbehang, den die ebenfalls in dieser sächsischen Stadt lebende Ostpreußin **Brigitte Schmiedel** geborene **Kohnert** angefertigt hat. Motiv: „Omas Bauernhof“, und der existierte tatsächlich und lag in Schönwiese – nur hat ihn Frau Schmiedel nie gesehen, denn sie war erst zwei Jahre alt, als die Familie des Wehlauer Lehrers Kohnert auf die Flucht ging. Wie es zu dieser schönen Handarbeit kam und welche Hoffnung sie damit verbindet – darüber berichtete Frau Schmiedel bereits auf einem Treffen am „Tag der Heimat 2010“. Auch diese Ausführungen sandte uns Frau Bartkowiak zu, und sie erklären besser, als ich es könnte, was Frau Schmiedel mit dieser Arbeit bezweckte;

„Liebe Landsleute, ich möchte Ihnen heute etwas ganz Persönliches zum Thema Heimat erzählen. Als Jüngstes von vier Geschwistern habe ich keine Erinnerung mehr an das Zuhause meiner Familie. Ich fühlte mich schon immer als Sachse mit ostpreußischen Wurzeln, auf die ich stolz bin. Diese Wurzeln väterlicherseits kommen von einem Bauernhof in Schönwiese. Meine älteste Schwester, 1930 geboren, und die mittlere Schwester erinnern sich an schöne Ferientage bei Oma auf einem Bauernhof. Ich habe mal, handarbeitsverrückt wie ich bin, einen Wandbehang gemacht, der meiner großen Schwester gefiel, und sie bat mich deshalb: Sollte ich meinen 80. Geburtstag erleben, wünsche ich mir von dir in dieser Art Omas Bauernhof. Aber ich hatte diesen doch nie gesehen, außer auf einem Foto, wo kaum etwas zu erkennen war. Doch was schenkt man sonst einer 80-Jährigen? So nahmen die Gedanken Gestalt an. Viele Abende, ein halbes Jahr lang, war ich eingetaucht in die mir fremde Heimat. Habe telefoniert, gefragt, erzählt, erinnert … Der Boden war sandig, der Weg hell wie eben an der Ostsee. Die Erde karg, keine üppigen Ernten. Der Entenpfuhl mit Schilf bewachsen. Wie konnten die Dächer ausgesehen haben? Mit der Lupe erkannte ich auf dem Foto Dachziegel. Als ich sie fertig hatte, las ich in Vaters Aufzeichnungen: „Schon von weitem grüßte mich das mit Stroh gedeckte, hohe Dach des Wohnhauses! Puh! Mein Dach war gerade rot gedeckt! Aber ich hoffe, meine Schwester übersieht das großzügig. Der Lieblingsplatz meiner mittleren Schwester war hinter dem Wohnhaus, wo keine Fenster waren – bei mir sind welche! – oder auch im Hühnerstall und zeitweise in der Hundehütte, die gutmütige alte Cora hat das Pummelchen wohl geduldet. Vieles habe ich erfahren. Wenn die Mädchen sie bedrängten, sprach Oma auch mal Platt. Ich habe sie noch kennen gelernt, aber die Trauer um zwei Söhne und die Ungewissheit um die verschleppte Tochter hatten sie sicher verändert.“


Bild: privat
„Omas Bauernhof“: Wandbehang mit einem Motiv aus Schönwiese, Kreis Heilsberg

Soweit Brigitte Schmiedels Erklärungen zu dem Wandbehang, dessen leuchtende Farben das Bild der Heimat bestimmen, das sie durch diese Arbeit gewonnen hat. Denn auch wenn der Gobelin ihrer Schwester gehört – ihr Gewinn ist noch größer: „Ich musste über meine Wurzeln nachdenken und war in Gedanken oft dort, wo die Heimat meiner Familie ist.“ Und immer noch – oder jetzt erst recht – bleiben Fragen offen. Wo lag das Nachbarhaus, aus dem ihre Mutter stammt, denn ihre Eltern waren Nachbarskinder? Wer kannte die Familie des Lehrers Kohnert in Wehlau? Wer kann noch mehr über diesen engeren Heimatkreis der Familie berichten, zu dem Brigitte Schmiedel jetzt Zugang gefunden hat? Frau Bartkowiak, die den Wunsch dieses Mitglieds ihrer Kreisgruppe übermittelt, hofft auf unsere Ostpreußische Familie. Zu Recht, denn wir haben auch Frau Bartkowiak schon einmal sehr geholfen, über die Vergangenheit ihrer Familie und die Wurzeln ihrer Eltern viel zu erfahren. Und wir freuen uns über dieses farbenfrohe Bild, das so viel Wärme, Ruhe, Geborgenheit ausstrahlt und die Weite ahnen lässt, in der dieser Hof lag. (Brigitte Schmiedel, Liddy-Ebersberger Straße 31 in 09127 Chemnitz.)

Unsere „Ostpreußische Familie“ steht nun – man lese und staune! – ausgeschnitten aus der *PAZ* und eingerahmt auf dem Flügel eines texanischen Hauses in Dallas, jedenfalls jene Ausgabe, in der ich von dem Besuch der gebürtigen Cranzerin **Irmgard Pomper-Gilliland** in ihrer deutschen Heimat berichtete. So sehr hat sie sich über die Veröffentlichung gefreut, dass sie diese Seite auch ihrem Cranzer und Königsberger Reiseleiter, **Oleg Popov**, zusandte, der ihn wiederum an **Ludmilla** und **Wladimir**, die heutigen Bewohner des Cranzer Hauses am Wasserturm, in dem die Familie Pomper gelebt hatte, weiterleitete. Und das wird Frau **Laugalies** interessieren, die nach der Stelle suchte, an der an der Schlossmauer die Kanttafel hing. Das ist ja nun hinreichend geklärt, aber der von Frau Laugalies übersandte Grundriss vom Königsberger Schloss steht nun ebenfalls eingerahmt auf dem Flügel in Dallas.

So macht unsere Zeitung die Runde, und da ist es kein Wunder, dass wir immer mehr Anfragen von Personen bekommen, die unsere Ostpreußische Familie bisher nicht gekannt haben. Unsere Leserinnen und Leser sind eben gute Mittler, wie die nächste Suchfrage beweist.

Frau **Waltraut Siebert** aus Gnust stammt aus Hinterpommern, liest aber mit großem Interesse unsere Ostpreußische Familie und hat nun einen Bekannten auf uns aufmerksam gemacht, der eine Suchfrage hat. Dieser, Herr **Hans Detlef Rönnau** aus Kiel, möchte die Wurzeln seiner mütterlichen Linie erforschen, und die liegen im ehemaligen Warthegau. Wenn die Frage auch nicht Ost- oder Westpreußen betrifft, will ich sie gerne veröffentlichen, denn wir haben in den letzten Jahren mit Fragen, die sich auf andere deutsche Ostgebiete beziehen, gute Erfolge erzielt. Die Mutter des Suchenden, Frau **Ida** Rönnau geborene Franzmann, *1. Dezember 1924, stammt aus Löwenstadt (Brzeziny). Ihre Eltern **Johann Reinhard**, *15. November 1897, und **Olga Franzmann** geborene **Omenzetter**, *14. September 1902, hatten in Löwenstadt einen landwirtschaftlichen Betrieb mit Getränkehandlung. Ida hatte noch einen jüngeren Bruder, **Otto**, *7. April 1926. Die Familie Franzmann flüchtete im Januar 1945 nach Rothfeld bei Lützen. Der Wunsch von Herrn Siebert ist es nun, mit ehemaligen Bewohnern von Löwenstadt in Verbindung zu treten, um mehr über den Heimatort seiner Mutter zu erfahren. Vielleicht gibt es auch noch Bekannte oder Kunden der Familie Franzmann, auch Mitschüler/innen der Kinder, die sich an sie erinnern. Besonders gelegen ist Herrn Rönnau an Abbildungen von Löwenstadt. Zuschriften und Anrufe bitte an Frau Hilde Rönnau, Kieler Weg 130, 24145 Kiel-Meimersdorf, Telefon (0431) 711239.

Die ostpreußische Familie

Ruth Geede Bild: Pawlik

Auch in der Frage von Herrn **Klaus-Dieter Becker** aus L'Isle Adam in Frankreich kommen wir so peu a peu weiter. Er sucht den ostpreußischen Geburtsort seines Vaters **Heinz Czylwick**, den er mit Zarmovken – Zarnothen – Zarnowski angab. Der im Kreis Lötzen gelegene Ort hieß, wie es sich herausstellte, früher Czarnowken, heute Grundensee. Da Herr Becker in die Heimat seines verstorbenen Vaters reisen will, sind für ihn diese Angaben sehr wichtig. Aus unserem Leserkreis kamen gute Informationen, die ihm weiterhelfen und über die er sich freuen wird. Darunter zwei Kopien von Auszügen aus Lötzener Heimatbüchern mit Angaben über die Gemeinde Czarnowken/Grundensee, durch die Herr Becker viel Wissenswertes erfahren wird. Einen herzlichen Dank für dieses informative Material an unsere treuen Mithelfer, die Herren Schneidewind und **Schwittay**. Sie bemühen sich auch weiterhin und sind auf guten Kurs, wie mir **Frank Schneidewind** mitteilt. Er bat eine Bekannte, Frau **Klara Bittlingmeyer** geborene **Jonseck**, um Mithilfe. Die 91-jährige, geistig sehr rege Masurin stammt aus dem Nachbarort Nussberg, ihre Kusine wohnte in Czarnowken. Frau Bittlingmeyer telefonierte mit Bekannten aus der Heimat und brachte in Erfahrung, dass eine Familie Czylwick (Czylwik) auf dem zu dieser Gemeinde gehörenden Gut Scheuba gewohnt und wohl dort gearbeitet habe. Damit nicht genug: Herr Schneidewind schrieb nach Allenstein an eine dort wohnende Ostpreußin und bat um Erkundung vor Ort. Die Allensteinerin will nun ihren deutschsprachigen Sohn bitten, beim Pfarramt Widminnen beziehungsweise beim Gemeindeamt Czarnowken nachzufragen, ob eine Tauf- oder Geburtseintragung des Kindes Heinz Czylwick aus dem Jahr 1927 vorliegt. Vielleicht sind diese Register noch vorhanden – so hofft Herr Schneidewind, der nun auf eine Antwort wartet. Herr Becker wird solch eine intensive Mithilfe wohl nicht erwartet haben, aber das ist eben unsere Ostpreußische Familie: Aus vielen kleinen Steinchen entsteht das ersehnte Mosaik! Frau Bittlingmayer erfüllen wir als Dank für ihre Mithilfe gerne ihren Wunsch: Die heute in Eichhagen bei Olpe wohnende Ostpreußin lässt alle Bekannten aus ihrem Heimatort Nussberg herzlich grüßen.

Eure

Ruth Geede

Ruth Geede

Alle in der »Ostpreußischen Familie« abgedruckten Namen und Daten werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Breite Kritik

Staatsanwaltschaft Groß Strehlitz gerügt

Auf breites Unverständnis ist die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Groß Strehlitz gestoßen, die NS-Schmierereien auf einem Wahlplakat eines Angehörigen der deutschen Volksgruppe nicht zu verfolgen. „Ermangelung eines kriminellen Tatbestandes“ lautete ihre offizielle Begründung. Dabei hatten der oder die Täter vor der letzten Parlamentswahl ein in Himmelwitz aufgestelltes Plakat des damaligen Vizemarschalls Oppelns, Józef Kotys, mit einem Hakenkreuz beschmiert und das Konterfei des Politikers mit einem Adolf-Hitler-Bärtchen versehen.

„Das ist schockierend“, kommentierte Kotys das Verhalten der staatlichen Stelle. „Mich wundert natürlich nicht, dass der Täter nicht gefunden werden kann. Das ist in der Tat sehr schwierig ... Was mich wundert, ist die Begründung, weshalb man nicht weiter ermittelt. Wie es scheint, darf man in diesem Land ungestraft nazistische oder sonstige ehrenrührige Embleme hinmalen. Solche Verhaltensweisen dürfen keinesfalls geduldet werden.“

Machtwort aus Oppeln

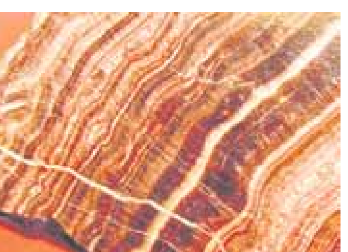
Die Entscheidung der Staatsanwaltschaft Groß Strehlitz und deren Begründung stößt auch bei der übergeordneten Stelle in der Woiwodschaftshauptstadt Oppeln auf Kritik. Deren Sprecherin, Lidia Sierradzka, gab bekannt, dass die Staatsanwaltschaft Groß Strehlitz mittlerweile angewiesen worden sei, den Fall nochmals zu untersuchen und die bisherige strafrechtliche Beurteilung des Vorgehens zu überprüfen. *PAZ*

Selbst Goethe war begeistert

Sudetendeutsches Haus würdigt Karlsbader Sprudelstein

Die Schreibtischgarnituren, Devotionalien, Schmuckkästchen, Broschüren und Mineralien in der Vitrine im Münchner Sudetendeutschen Haus stammten aus dem Karlsbader Archiv und Museum in Wiesbaden. Der Verband der ehemaligen Karlsbader hatte sie dort ausgestellt aus Anlass eines Vortrages des Braunschweiger Physikers und emeritierten Professors Ludwig J. Weigert mit dem Thema „Der Karlsbader Sprudelstein“. Am Ende des mit Bildern angereicherten Referats im Rahmen der „Sudetendeutschen Akademie der Wissenschaften und Künste“ verriet der Wissenschaftler, warum es ihm der Karlsbader Sprudelstein angetan hat: Weigert ist Karlsbader und sein Großvater Franz Weigert war dort Steinschneider, stellte also aus dem harten und teilweise bunten Stein Schmuck her, der von den Kurgästen gern gekauft wurde.

Die Karlsbader Thermen schütten pro Minute bis zu 2000 Liter heißes und mineralstoffreiches Wasser aus. Beim Austreten des Quellwassers bildet sich überwiegend Aragonit, eine feine Kalkablagerung. Dies ist der Sprudelstein, dessen genaue chemische Zusammensetzung bis heute nicht ganz erforscht ist.


Sprudelstein aus Karlsbad Bild: Archiv

Spätestens im 17. Jahrhundert begann man, den Sprudelstein zu verarbeiten, bekannt ist der Steinschneider und „fanatische“ Mineraliensammler Joseph Müller. Er gewann das Interesse von Johann Wolfgang Goethe, der wiederholt in Karlsbad war und sich noch bis wenige Wochen vor seinem Tode mit dem in der ganzen Welt einzigartigen Sprudelstein beschäftigte. In einer von Weigert im Prager Strahow Kloster eingesehenen Schrift aus dem Jahre 1776 beschreibt Müller 109 verschiedene Gesteinsarten. Goethe, der mit Müller in und um Karlsbad viel gewandert ist, verfasste 1807 die Schrift: „Sammlung zur Kenntnis der Gebirge rund um Karlsbad“, in der er rund 100 Gesteinsarten vorstellte. Im Jahre 1982 wurde das Heft vom Museum in Wiesbaden neu aufgelegt. Nach Müllers Tod pflegte Goethe engen Kontakt mit dem Mineralienhändler David Knoll, der sich 1820 an „Seine Excellenz“ mit der Bitte wandte, ihm bei der Ordnung der Gesteine zu helfen. Sieben Briefe schrieb Goethe an Knoll, von denen vier erhalten sind.

Mit dem Zweiten Weltkrieg erlosch die meist in Heimarbeit betriebene Steinschleiferei. Das Egerland-Museum Marktredwitz zeigt eine Dauerausstellung, und in Aussig ist ein Museum geplant, in dem auch Sprudelsteinerzeugnisse gezeigt werden sollen.

Norbert Matern

Wir gratulieren …

ZUM 101. GEBURTSTAG

Schmidt, Gertrud, geb. **Kerrinnis**, aus Ebenrode, jetzt Waldstraße 5, 67373 Dudenhofen, am 10. Februar

ZUM 100. GEBURTSTAG

Tampenau, Frieda, geb. **Scherello**, aus Tapiau, Altstraße, Kreis Wehlau, jetzt Bischof-Fischer-Straße 49, 73430 Aalen, am 11. Februar

ZUM 99. GEBURTSTAG

Schwetasch, Alwin, aus Passenheim, Kreis Ortelsburg, jetzt Blumenstraße 19, 91489 Wilhelmsdorf, am 7. Februar

ZUM 97. GEBURTSTAG

Ballnus, Hedwig, geb. **Preikschat**, aus Neuginnendorf, Kreis Elchniederung, jetzt Mittelstraße 7, 46485 Wesel, am 7. Februar

ZUM 96. GEBURTSTAG

Oleschkowski, Marie, geb. **Mucha**, aus Paterschobensee, Kreis Ortelsburg, jetzt Grabower Weg 8, 39288 Burg/Reesen, am 8. Februar

Radtke, Hildegard, geb. **Skalweit**, aus Lindendorf, Kreis Wehlau, jetzt Lübecker Chaussee 20, 23858 Reinfeld, am 11. Februar

ZUM 95. GEBURTSTAG

Tillert, Franz, aus Blumental, Kreis Lyck, jetzt Schwanmanweg 3, 21614 Buxtehude, am 8. Februar

ZUM 94. GEBURTSTAG

Dröse, Elfriede, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Bahnhofstraße 68, 27626 Stubben 22, am 7. Februar

Freyer, Siegfried, aus Lyck, Bismarckstraße 38, jetzt Bierbacher Straße 60, 66424 Homburg/Saar, am 11. Februar

ZUM 93. GEBURTSTAG

Mallek, Hans, aus Freidorf, Kreis Neidenburg, jetzt Meisenweg 11, 23843 Bad Oldesloe, am 8. Februar

Mielke, Oskar, aus Tewellen, Kreis Elchniederung, jetzt Heinrichstraße 19, 45470 Mülheim, am 13. Februar

Waschk, Horst, aus Neidenburg, jetzt Mühlheimer Straße 13, 63179 Obertshausen, am 9. Februar

ZUM 92. GEBURTSTAG

Eudrejat, Lina, geb. **Schleffer**, aus Wiekenfeld, Kreis Ebenrode, jetzt Richard-Wagner-Straße 5, 24943 Flensburg, am 7. Februar

Gawrisch, Emmi, geb. **Platzeck**, aus Wachau, Kreis Sensburg, jetzt Auf der Wart 13, 24159 Kiel, am 12. Februar

Kraas, Alfred, aus Groß Engelau, Kreis Wehlau, jetzt Rochusstraße 246, 41179 Mönchengladbach, am 7. Februar

Löwe, Käthe, geb. **Lenkeit**, aus Grünweide, Kreis Ebenrode, jetzt Voßrather Straße 8, 47441 Moers, am 11. Februar

Schöl, Erich, aus Leißienen, Kreis Wehlau, jetzt Lärchenweg 2, 51503 Rösrath, am 7. Februar

Schwarznecker, Erna, geb. **Merten**, aus Kölmersdorf, Kreis Lyck, jetzt Rhinstraße 3, 7/1, 10315 Berlin, am 8. Februar

ZUM 91. GEBURTSTAG

Harnack, Martha, geb. **Dehn**, aus Goythenen, Kreis Samland, jetzt Duntweiler Straße 27, 66914 Waldmohr, am 13. Februar

Jäger, Gertrud, aus Gumbinnen, jetzt Hans-Böckler-Straße 28, 34121 Kassel, am 11. Februar

Peters, Martha, geb. **Kukulies**, aus Tawe, Kreis Elchniederung, jetzt Reesenberg 94, 24145 Kiel, am 8. Februar

Schmidt, Willi, aus Lyck, Morgenstraße 17, jetzt Leonhardtstraße 3, 14057 Berlin, am 7. Februar

Theierl, Hildegard, geb. **Kohlke**, aus Borschimmen, Kreis Lyck, jetzt Buchholzstraße 49, 06618 Naumburg, am 10. Februar

Werner, Erika, geb. **Apfelbaum**, aus Ortelsburg, jetzt Steigziegelhütte 8, 89143 Blaubeuren/Seissen, am 10. Februar

Wittorf, Hedwig, geb. **Chmielewski**, aus Kutzburg, Kreis Ortelsburg, jetzt Echternstraße 21, 31222 Peine, am 11. Februar

ZUM 90. GEBURTSTAG

Babel, Gertrud, geb. **Plaga**, aus Lötzen, jetzt Kutzer Straße 15, 90765 am 12. Februar

Buruff, Alma, geb. **Skowronnek**, aus Stettenbach, Kreis Lyck, jetzt Lisztweg 11, 82538 Geretsried, am 7. Februar

Dill, Elly, geb. **Zobel**, aus Pilgramsaue, Kreis Neidenburg, jetzt Bödekerstraße 48/311, 30161 Hannover, am 8. Februar

Ewert, Hedwig, geb. **Tillert**, aus Lyck, jetzt Wissmannstraße 10, 37431 Bad Lauterberg, am 10. Februar

Friederici, Lucia, geb. **Mikotowitz**, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Baikonurweg 36, 08066 Zwickau, am 13. Februar

Gorinski, Otto, aus Kobilinnen, Kreis Lyck, jetzt Dammfeldstraße 11, App. 22, Wohnpark Sonnenhof, 31275 Lehrte, am 9. Februar

Hensel, Annemarie, geb. **Rosowski**, aus Grünflur, Kreis Ortelsburg, jetzt Schulthaißstraße 5, 78462 Konstanz, am 11. Februar

Janutta, Gerda, geb. **Löper**, aus Tilsit-Ragnit, jetzt Wooker Kamp 65, 24536 Neumünster, am 18. Februar

Kirstein, Emma, geb. **Josun**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Steinstraße 14, 63694 Limeshain, am 1. Februar

Kühling-Schediwy, Ilse, geb. **Blumstein**, aus Gedwangen, Kreis Neidenburg, jetzt Kirchhellener Allee 54, 46282 Dorsten, am 7. Februar

Naglatzki, Herta, aus Willenberg, Kreis Ortelsburg, jetzt Hans-Bredow-Straße 4, 24768 Rendsburg, am 13. Februar

Pelka, Paul, aus Neuhof, Kreis Neidenburg, jetzt Danziger Straße 39, 254747 Ellerbeck, am 8. Februar

Pries, Paul. aus Bürgersdorf, Kreis Wehlau, jetzt Dorfstraße 17, 24326 Stocksee, am 9. Februar

Runge, Erna, geb. **Rogalski**, aus Lötzen, jetzt Pestalozzistraße 8, 76829 Landau / Pfalz, am 10. Februar

Samorey, Marie, geb. **Kajewski**, aus Rummau, Kreis Ortelsburg, jetzt Riedensweg 39, 49134 Wallenhorst, am 12. Februar

Stolz, Erika, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Buer-Gladbecker Straße 31, 45894 Gelsenkirchen, am 11. Februar

ZUM 85. GEBURTSTAG

Baltruschat, Ruth, geb. **Theophil**, aus Heimfelde, Kreis Ebenrode, jetzt Hauptstraße 117, 09573 Leubsdorf, am 11. Februar

Denning, Kurt, aus Prostken, Kreis Lyck, jetzt Schieferkamp 12, 30455 Hannover, am 13. Februar

Dreier, Bruno, aus Kalgendorf, Kreis Lyck, jetzt Pfarrer-Neumeir-Straße 35, 86199 Augsburg, am 13. Februar

Gieseking, Werner, aus Frischenau, Stanillien, Kreis Wehlau, jetzt Laurinweg 6, 30179 Hannover, am 11. Februar

Grünwald, Dr. Gisela, geb. **Giesebrecht**, aus Palmnicken, Kreis Samland, jetzt Dammwiese 12, 38110 Braunschweig, am 12. Februar

Hermsdorf, Irmgard, geb. **Hinz**, aus Frischenau, Stanillien, Kreis Wehlau, jetzt Theodor-Heuß-Straße 5, 25980 Westerland, am 8. Februar

Herrgesell, Dr. Renate, aus Ebenrode, jetzt Arvid-Harnack-Straße 23, 07743 Jena, am 7. Februar

Horstmann, Prof. Dr. W.-G., aus Widminnen, Kreis Lötzen, jetzt Am Hechenberg 15, 55129 Mainz, am 7. Februar

Iwanzik, Edith, geb. **Koyro**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Rinscheweg 5, 48159 Münster, am 7. Februar

Kiwitt, Margarete, aus Retsch und Groß Hasselberg, Kreis Heiligenbeil, jetzt Konrad-Adenauer-Straße 10, 42111 Wuppertal, am 13. Februar

Klein, Rudolf, aus Lyck, jetzt 3218 Cedartree Dr., Mississauga / Ontario L4Y 3G4, Kanada, am 7. Februar

Krahn, Waltraud, geb. **Hempler**, aus Herdenau, Kreis Elchniederung, jetzt Lessingstraße 19, 04758 Oschatz, am 12. Februar

Kundoch, Heinz, aus Königsberg, Schieferberg 18, jetzt Heisenstraße 15, 30167 Hannover, am 13. Februar

Laut, Else, geb. **Kutz**, aus Nußberg, Kreis Lyck, jetzt Platenmeisterstraße 53, 29525 Uelzen, am 8. Februar

Nicksteit, Benno, aus Klein Friedrichsgraben, Kreis Elchniederung, jetzt Schwarze Straße 101, 45326 Essen, am 9. Februar

Osenger, Margot, geb. **Büttgenbach**, aus Millau, Kreis Lyck, jetzt Friedrich-von-der-Schulenburg-Straße 72, 41466 Neuss, am 7. Februar

Platz, Siegfried, aus Allenstein, jetzt Beethovenstraße 23, 53721 Siegburg, am 7. Februar

Redmer, Elfriede, geb. **Hartmann**, aus Wehlau, Memeler Straße, Kreis Wehlau, jetzt Dieststraße 14, 35683 Dillenburg, am 11. Februar

Rossenbach, Luise, geb. **Schön**, aus Eiserwagen, Friederikenruh, Kreis Wehlau, jetzt Römerstraße 7, 51597 Morsbach, am 10. Februar

Schukies, Helene, geb. **Dziedzitz**, aus Giersfelde, Kreis Lyck, jetzt Erlenweg 16, 42489 Wülfrath, am 8. Februar

Springer, Erich, aus Romau, Kreis Wehlau, jetzt Drosselstraße 2, 32602 Vlotho, am 11. Februar

Wettlin, Waltraut, geb. **Rosenbaum**, aus Ostseebad Cranz, Kreis Samland, jetzt Rastenburger Straße 40, 27580 Bremerhaven, am 12. Februar

Wieland, Edeltraut, geb. **Kinder**, aus Neidenburg, jetzt Bodestraße 36, 61231 Bad Nauheim, am 7. Februar

Wilkens, Annemarie, geb. **Grau**, aus Kassuben, Kreis Ebenrode, jetzt Scharnstedter Weg 55, 27637 Nordholz, am 10. Februar

Zimmermann, Irmgard, geb. **Soldat**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Morgenstraße 11E, 39124 Magdeburg, am 2. Februar

ZUM 80. GEBURTSTAG

Augustsson, Gertrud, geb. **Dolenga**, aus Ulrichsfelde, Kreis Lyck, jetzt Pl. 2183 Örseryd, 37010 Bräkne-Hoby, Schweden, am 10. Februar

Averesch, Ursula, geb. **Gazioch**, aus Kleinheidenau, Kreis Ortelsburg, jetzt Hasenkamp 17, 44581 Castrop-Rauxel, am 10. Februar

Bischoff, Ella, geb. **Libuschewski**, aus Dietrichsdorf, Kreis Neidenburg, jetzt Bleckenring 2, 22119 Hamburg, am 12. Februar

Braun, Sylvia, geb. **Ritzkowski**, aus Eydtkau, Kreis Ebenrode, jetzt Zaunkönigweg 25, 58455 Witten, am 1. Februar

Fricke, Erika, geb. **Karlisch**, aus Funken, Kreis Lötzen, jetzt An der Chaussee 28, 25348 Glück-stadt, am 2. Februar

Gahl, Ida, geb. **Keymel**, aus Ebenrode, jetzt Mittelweg 5, 18314 Martenshagen, am 8. Februar

Gayk, Werner, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, jetzt Buddestraße 11, 45896 Gelsenkirchen, am 11. Februar

Gronau, Gertrud, geb. **Blümel**, aus Wehlau, Neustadt, jetzt Wurpweg 22, 26954 Nordenham, am 12. Februar

Grothe, Thea, geb. **Schalwat**, aus Sonnenmoor, Kreis Ebenrode, jetzt Ernst-Thälmann-Straße 19, 39649 Köckte, am 10. Februar

Hafenbach, Helene, geb. **Bumann**, aus Kattenau, Kreis Ebenrode, jetzt Pulvermühlenweg 42, 21217 Seevetal, am 13. Februar

Heberle, Margarete, geb. **Kopka**, aus Wagenfeld, Kreis Ortelsburg, jetzt Kötherberg 11, 38104 Braunschweig, am 7. Februar

Henneberg, Horst, aus Kuckerneese, Kreis Elchniederung, jetzt Westerholzstraße 17, 29690 Buchholz / Aller, am 11. Februar

Hetkamp, Edith, geb. **Wilks**, aus Schwanensee, Kreis Elchniederung, jetzt Dimbeck 33, 45470 Mülheim, am 12. Februar

Hoffmann, Wolfgang, aus Wiersbinnen, Kreis Johannisburg, und Königsberg, Aschmannallee 10, jetzt Heidelust 11, 21244 Buchholz, am 13. Februar

Irrling, Irmgard, geb. **Kollecker**, aus Altenkirch, Kreis Tilsit-Ragnit, jetzt Dossestraße 7, 10247 Berlin, am 12. Februar

Kosakowski, Hildegard, geb. **Pillath**, aus Ortelsburg, jetzt Duisburger Straße 15, 46535 Dinslaken, am 7. Februar

Krings, Rita, geb. **Heppner**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Hüttenmannstraße 20, 44137 Dortmund, am 13. Februar

Kubel, Hannelore, geb. **Doepner**, aus Rhein, Kreis Lötzen, jetzt Rotdornweg 2, 29365 Sprakensehl-Behren, am 8. Februar

Martens, Hildegard, geb. **Wallat**, aus Argental, Kreis Elchniederung, jetzt Alter Postweg 17, 46509 Xanten, am 8. Februar

Mesaros, Emmi, geb. **Kwiatkowski**, aus Mingfen, Kreis Ortelsburg, jetzt Debstedter Weg 28, 27578 Bremerhaven, am 8. Februar

Pawelzik, Heinz, aus Altkirchen, Kreis Ortelsburg, jetzt Bergstraße 8, 42897 Remscheid-Lenne, am 13. Februar

Praetorius, Günther, aus Oswald, Kreis Elchniederung, jetzt Karl-Marx-Straße 2b, 06861 Dessau-Roßlau, am 13. Februar

Puzicha, Dieter, aus Ortelsburg, jetzt Schneiderkamp 29, 25335 Elmshorn, am 9. Februar

Quest, Emma, geb. **Murach**, aus Wallen, Kreis Ortelsburg, jetzt Hoher Weg 53, 88047 Friedrichshafen, am 13. Februar

Rosenberg, Agnes, geb. **Will**, aus Korschen, Kreis Rastenburg, jetzt Weststraße 5, 32602 Vlotho, am 7. Februar

Schneider, Gerhard, aus Königsberg, Steinstraße 7, jetzt Schorf 40, 28357 Bremen, am 13. Februar

Simmat, Gert, aus Lengfriede, Kreis Ebenrode, jetzt Bünte 3, 21075 Hamburg, am 11. Februar

Stengl, Edith, geb. **Krüger**, aus Trammen, Kreis Elchniederung, jetzt Mehrener Straße 2, 57635 Flammersfeld, am 10. Februar

Teller, Günter, aus Wehlau, jetzt Engelsholt 108, 41069 Mönchengladbach, am 12. Februar

Thelen, Ilse, geb. **Balzat**, aus Inse, Kreis Elchniederung, jetzt Eggebrechthang 3, 45357 Essen, am 9. Februar

Thierfelder, Helmut, aus Kalkofen, Kreis Lyck, jetzt Doebelnerstraße 4, 04749 Ostrau bei Doebeln, am 8. Februar

Zander, Heinz, aus Kobbelhude, Kreis Samland, jetzt Pinienweg 16, 46487 Wesel, am 11. Februar



Borkowski, Adalbert, aus Hallenfelde, Kreis Goldap, und Frau Brunhild, geb. **Kuhte**, jetzt Ballenstedter Straße 10, 39218 Schönebeck, am 28. Januar

---

85

Am 15. Februar 2011 feiert

Werner Neumann

geb. am 15. Februar 1926 in Königsberg (Pr.), Am Hochgericht 4

im Kreise der Familie, mit den Kindern Elisabeth Schiemann, geb. Neumann und Heinz-Jürgen Schiemann, sowie den Enkeln „Swenja“ und „Leif“, Freunden und Bekannten im DRK-Seniorenwohnsitz, Wohnung 311, Oberer Ehmschen 53, 25462 Rellingen seinen **85. Geburtstag**.

VERANSTALTUNGSKALENDER DER LO

Jahr 2011

11.–13. März: Arbeitstagung der Kreisvertreter in Bad Pyrmont

11.–13.April: Arbeitstagung der Landesfrauenleiterinnen in Bad Pyrmont

16./17. April: Arbeitstagung Deutsche Vereine in Allenstein

1.–8. Mai: Werkwoche in Ostpreußen in Allenstein

28./29. Mai: Deutschlandtreffen in Erfurt

10.–13. Juni: Ostpreußisches Musikwochenende in Bad Pyrmont

16. Juli: Sommerfest des Dachverbandes in Allenstein

23.–25 September: Geschichtsseminar in Bad Pyrmont

10.–16. Oktober: Werkwoche in Bad Pyrmont

15.–16. Oktober: 4. Deutsch-Russisches Forum in Nürnberg und Ellingen

28.–30. Oktober: Schriftleiterseminar in Bad Pyrmont

5.–6. November: OLV in Bad Pyrmont

7.–11. November: Kulturhistorisches Seminar in Bad Pyrmont

Auskünfte bei der Bundesgeschäftsstelle der Landsmannschaft Ostpreußen, Buchtstraße 4, 22087 Hamburg, Telefon (040) 4140080.

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Landsmannschaftliche Arbeit Landesgruppen



BADEN-WÜRTTEMBERG

Vors.: Uta Lüttich, Feuerbacher Weg 108, 70192 Stuttgart, Telefon und Fax (0711) 854093, Geschäftsstelle: Haus der Heimat, Schloßstraße 92, 70176 Stuttgart, Tel. und Fax (0711) 6336980.

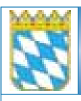
Buchen – Dienstag, 8. Februar, 15 Uhr, fröhlicher Nachmittag unter dem Motto: „Tulpen aus Amsterdam" auf dem Reiterhof in Buchen-Hettingen. – Donnerstag, 24. Februar, Fahrt der Gruppe zur Schokoladen-Manufaktur in Gundelsheim mit bunten Programm nebst Pralinen-Verkostung. Bus-Abfahrtzeiten bei Rosemarie S. Winkler, Telefon (06281) 8137.

Lahr – Sonnabend, 19. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zum Eisbeinessen mit gemütlichen Beisammensein und Tombola im Gasthaus Zum Zarko.

Ludwigsburg – Montag, 21. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung in den „Kronenstuben", Kronenstraße 2. Tagesordnung: Begrüßung und Kaffeestunde, Totenehrung, Rechenschaftsbericht des Ersten Vorsitzenden, Kassenbericht des Kassenwarts, Bericht der Kassenprüfer, Entlastung des Vorstandes, Anträge, Wahlen aller Ämter und Verschiedenes.

Ulm / Neu-Ulm – Donnerstag, 10. Februar, 13 Uhr, Treffen der Frauengruppe zum Fischessen in den „Ulmer-Stuben". Anmeldungen bei Frau Stegmaier. – Sonnabend, 9. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe zum Schabbern in den „Ulmer Stuben".

Weinheim – Mittwoch, 9. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Wolf. Unter dem Motto: „Darf es auch Ostpreußisch sein? – Was ist denn bitte schön ein Pomuchelskopp?" gibt es aus dem Ostpreußischen Wörterbuch Fragen und Antworten von A bis Z sowie Redensarten und lustige Geschichten. Das traditionelle Heringsessen rundet diesen Heimatnachmittag ab.



BAYERN

Vorsitzender: Friedrich-Wilhelm Böld, Telefon (0821) 517826, Fax (0821) 3451425, Heilig-Grab-Gasse 3, 86150 Augsburg, E-Mail: info@low-bayern.de, Internet: www.low-bayern.de.

Bamberg – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Tambosi, Promenade, Bamberg. „Kaliningrad erinnert sich an Königsberg", ein Hörbeitrag.

Hof – Sonnabend, 12. Februar, 14 Uhr, Grützwurstessen der Gruppe im Restaurant am Kuhbogen, Hof.

Kitzingen – Freitag, 18. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im „Deutschen Kaiser" zu einem Faschingsnachmittag.

Ingolstadt – Sonntag, 20. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Gasthaus Bonschab, Münchner Straße 8, Ingolstadt.

München Nord / Süd – Freitag, 11. Februar, 14 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. – Sonnabend, 19. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus des Deutschen Ostens, Am Lilienberg 5, 81669 München. Ein Nachmittag mit der aus Masuren stammenden Uschi Walter und ihrer Drehorgel. Zu Beginn gemeinsame Kaffeetafel.

Nürnberg – Freitag, 11. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Tucherbräu am Opernhaus". Es wird der Film: „Von der Perle der Ostsee, rassigen Pferden und rauschendem Meer" gezeigt.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«



BERLIN

Vorsitzender: Rüdiger Jakesch, Geschäftsstelle: Forckenbeckstraße 1, 14199, Berlin, Telefon (030) 2547345, E-Mail: info@bdv-bln.de, Internet: www.ostpreussen-berlin.de. Geschäftszeit: Donnerstag von 14 Uhr bis 16 Uhr Außerhalb der Geschäftszeit: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Landesgruppe – Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr. Die Gruppe trifft sich in den Johann-Georg-Stuben, Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen bei Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2515995.



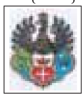
Lyck – Sonnabend, 5. Februar, 15 Uhr, Ratsstuben JFK, Am Rathaus 9, 10825 Berlin. Anfragen: Peter Dziengel, Telefon (030) 8245479.



Tilsit-Stadt – Sonnabend, 5. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Heinz-Günther Meyer, Telefon (030) 2751825.



Tilsit-Ragnit – Sonnabend, 5. Februar, 15 Uhr, Ratskeller Charlottenburg, Rathaus, Otto-Suhr-Allee 102, 10585 Berlin. Anfragen: Hermann Trilus, Telefon (0330) 403881.



Königsberg – Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr, „Johann-Georg-Stuben", Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen: Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2415995.



Labiau – Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr, „Johann-Georg-Stuben", Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen: Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2415995.



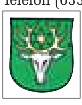
Samland – Sonntag, 6. Februar, 14 Uhr, „Johann-Georg-Stuben", Johann-Georg-Straße 10, 10709 Berlin. Anfragen: Prof. Dr. Wolfgang Schulz, Telefon (030) 2415995.



Frauengruppe der LO – Mittwoch, 9. Februar, 13.30 Uhr, lustiger Nachmittag mit Musik, „Die Wille", Wilhelmstraße 102, 10953 Berlin. Anfragen: Marianne Bekker, Telefon (030) 7712354.



Rastenburg – Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr, Restaurant Stammhaus, Rohrdamm 24b, 13629 Berlin. Anfragen: Martina Sontag, Telefon (033232) 21012.



Wehlau – Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr, „Linden Garten", Alt-Buckow 15a, 12349 Berlin. Anfragen: Lothar Hamann, Telefon (030) 6633245.



Gumbinnen – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin. Anfragen: Joseph Lirche, Telefon (030) 4032681.



Johannisburg – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin.



Lötzen – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin. Anfragen: Gabriele Reiß, Telefon (030) 75635633.



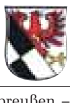
Sensburg – Mittwoch, 16. Februar, 15 Uhr, Oma Brink's Kartoffelhaus, Gardeschützenweg 139, 12203 Berlin. Anfragen: Andreas Maziul, Telefon (030) 5429917.



Angerburg – Donnerstag, 17. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Ostpreußen – was ist das?". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



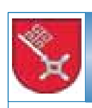
Darkehmen – Donnerstag, 17. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Ostpreußen – was ist das?". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Goldap – Donnerstag, 17. Februar, 14 Uhr, „Oase Amera", Borussiastraße 62, 12103 Berlin, „Ostpreußen – was ist das?". Anfragen: Marianne Becker, Telefon (030) 7712354.



Bartenstein – Sonnabend, 19. Februar, 13 Uhr, Restaurant Heidelbeere, Heidelberger Platz 1, 14197 Berlin, Eisbeinessen. Anfragen: Elfi Fortanger, Telefon (030) 4944404.



BREMEN

Vorsitzender: Helmut Gutzeit, Telefon (0421) 250929, Fax (0421) 250188, Hodenberger Straße 39 b, 28355 Bremen. Geschäftsführer: Günter Högemann, Am Heidberg 32, 28865 Lilienthal Telefon (04298) 3712, Fax (04398) 4682 22, E-Mail: g.hoegemann@online.de

Bremen – Dienstag, 8. Februar, 12 Uhr, Treffen der Wandergruppe zum Kohl- und Pinkelessen, „Hermann Post", Oberneulander Landstraße 165, Haltestelle „Oberneulander Heerstraße". Der Preis für das komplette Gericht zum Sattessen mit Vorsuppe und Nachtisch beträgt 19 Euro. Anmeldung erforderlich bei Frau Kunz, Telefon 471874. – Sonnabend, 12. Februar, 15 Uhr (Einlass 15 Uhr), Treffen zum traditionellen „Bremer West- und Ostpreußentag mit Fleck und Klopsen" im Hotel Airport Bremen, Flughafenallee 26, Bremen. Seit mehr als 50 Jahren ist das sogenannte „Fleckessen" der gesellige Höhepunkt der Vertriebenen. Zur Einwärmung gibt es zunächst Kaffee und ein Stück Kuchen mit Kaffee / Tee / Kakao- Das Zwischenprogramm gestalten die „Bremische-Männer-Chorgemeinschaft". Das Essen beginnt mit dem traditionellen Pillkaller. Hans Rummel kümmert sich in bewährter Weise um die ordnungsgemäße Fleckzubereitung. Eintritt und Essen für Mitglieder 19 Euro, Nichtmitglieder 23 Euro, Eintritt ohne Essen 11 Euro, darin sind auch Kuchen und Pillkaller enthalten. Anmeldungen sind erforderlich und unter Benennung des Speisewunsches (Fleck oder Königsberger Klopse) in der Geschäftsstelle (donnerstags von 14 bis 17.30 Uhr) vorzunehmen. – Die Geschäftsstelle der Gruppe erreichen Sie in der Parkstraße 4, 28209 Bremen, Telefon (0421) 3469718.

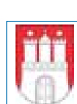
Bremen-Lesum-Vegesack – Bereits feststehende Termine für 2011: Freitag, 11. Februar, Kohl- und Pinkelessen; Mittwoch, 23. März, Jahreshauptversammlung; Sonnabend / Sonntag, 28./29. Mai, Deutschlandtreffen der Ostpreußen in Erfurt. Nähere Infos sind bei Walter Schröder unter der Telefonnummer (0421) 483424 zu erhalten. Hier können Sie sich auch anmelden und weitere Infos über Ablauf und Preise erhalten, wobei der Fahrpreis sich nach der Beteiligung richtet. Anmeldungen nimmt auch Christel Kunigk unter Telefon (0421) 74165 entgegen.



BRANDENBURG

Vors.: Elard v. Gottberg, Zarnekauer Siedlung 8a, 23701 Süsel, Mobil (0173) 6254277, Fax (04361) 508219.

Oberhavel – Donnerstag, 10. Februar, 14.30 Uhr, Zusammenkunft des Vorstandes im Regina-Hildebrand-Haus, Oranienburg. In Vorbereitung der Jahreshauptversammlung wird man sich im Schwerpunkt der Beratung um die Aufstellung der Kandidaten für den neu zu wählenden Vorstand zu werden.



HAMBURG

Erster Vorsitzender: Hartmut Klingbeutel, Kippingstr. 13, 20144 Hamburg, Tel.: (040) 444993, Mobiltelefon (0170) 3102815. 2. Vorsitzender: Hans Günter Schattling, Helgolandstr. 27, 22846 Norderstedt, Telefon (040) 5224379.

LANDESGRUPPE

Heiligenbeil – Viertägiger Kurzurlaub in der Mitte Deutschlands. Fahrt zum Ostpreußentreffen in Erfurt vom 26. bis 29. Mai 2011. Erleben Sie an zwei Tagen einen der geschichtsträchtigen Teile Deutschlands, und als Abschluss dann das Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28. und 29. Mai 2011. Preis pro Person im DZ 278 Euro, EZ-Zuschlag 48 Euro. Leistungen: Fahrt im modernen Reisebus, Übernachtung (3x), Frühstücksbüfett und Abendessen (3x), Stadtrundfahrt und Stadtrundgang in Erfurt, Thüringenrundfahrt, Stadtrundfahrt Weimar, Transferfahrten zum Treffen. Anmeldungen bei Konrad Wien, Telefon und Fax (040) 30067092, es sind nur noch wenige Plätze im Bus verfügbar. – **Sonntag**, 20. März, 13 Uhr, Besuch der Dittchenbühne in Elmshorn. Gespielt wird das Drama „Die Ratten" von Gerhart Hauptmann. 13 Uhr, Abfahrt des Busses vom Gasthaus Waldquelle (Höpenstraße 88, Meckelfeld). 14 Uhr, Abfahrt Kirchenallee gegenüber vom Hamburger Hauptbahnhof. 15 Uhr, Kaffee und Kuchen sowie ein Gläschen Bärenfang. 16 Uhr, Theateraufführung. 18.30 Uhr, Rückfahrt nach Hamburg und Meckelfeld. Gesamtpreis: 28 Euro pro Person, ohne Busfahrt 18 Euro pro Person. Auskunft und Anmeldung bei Walter Bridszuhn, Telefon (040) 6933520.

HEIMATKREISGRUPPE



Sensburg – Sonntag, 13. Februar, 14 Uhr, gemütliches Beisammensein der Gruppe im Polizeisportheim, Sternschanze 4, 20357 Hamburg.

BEZIRKSGRUPPE

Billstedt – Dienstag, 1. März, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe im Schrebers Café-Restaurant (im Kulturpalast), Öjendorfer Weg 30 a, 22119 Hamburg. Nach dem Kaffeetrinken beginnt das kulturelle Programm. Gäste sind herzlich willkommen. Informationen bei Amelie Papiz, Telefon (040) 73926017.

Harburg/Wilhelmsburg – Montag, 31. Januar, 15 Uhr, Heimatnachmittag im Gasthaus Waldquelle, Höpenstraße 88, Meckelfeld (mit dem Bus 443 bis Waldquelle). Thema: Winter in Ost- und Westpreußen in Geschichten, Liedern und Versen.

SALZBURGER VEREIN



Sonnabend – Im Jubiläumsjahr 2011 des Salzburger Vereins finden die Treffen der Norddeutschen Landesgruppe an den nachfolgend genannten vier Terminen traditionell im Hotel St. Raphael, Adenauerallee 41, 20097 Hamburg, jeweils am Sonnabend, 13 Uhr statt: 5. März, 7. Mai, 8. Oktober und 3. Dezember 2011. Die Themen der Vorträge werden pro Quartal gesondert bekannt gegeben.

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 17

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung von Seite 16



HESSEN

Vorsitzender: Dietmar Strauß, Jahnstraße 19, 68623 Lampertheim, Tel. (06206) 4851.

Darmstadt – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Bürgerhaus am See, Grundstraße 10 (EKZ), Neu-Kranichstein. Nach der Kaffeetafel gibt es ein paar fröhliche Stunden beim „Preußischen Fastelowend“. Jeder kann zum Gelingen mit eigenen Beiträgen beitragen. – Die Gruppe fährt vom 27. bis 30. Mai mit dem Bus zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Der Preis für Fahrt, Übernachtung und Halbpension im vier-Sterne-Steigenberger InterCity Hotel beträgt im Doppelzimmer 263 Euro und im Einzelzimmer 315 Euro. Anmeldungen bitte bei Gerhard Schröder, Telefon (06151) 148788.

Wetzlar – Montag, 14. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe in den Wetzlarer Grillstuben, Stoppelberger Hohl. Joachim Albrecht hält einen Vortrag über „Flusswandern in Ostpreußen“.

Wiesbaden – Dienstag, 8. Februar, 15 Uhr, Haus der Heimat, Wappensaal, Wiesbaden, Friedrichstraße 35. Treffen der Frauengruppe zum „Kreppelkaffee“. Ein Nachmittag mit allerlei Lustigem zur närrischen Zeit. – Donnerstag, 17. Februar, 12 Uhr, Treffen der Gruppe zum Stammtisch in der Gaststätte Haus Waldlust, Ostpreußenstraße 46, Wiesbaden-Rambach. Serviert wird Schmandhering. Es kann auch nach der Speisekarte bestellt werden. Aufgrund der Platz- und Essendisposition bitte unbedingt anmelden (spätestens 11. Februar) bei Familie Schetat, Telefon (06122) 15358.



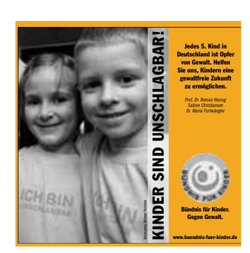
NIEDERSACHSEN

Vorsitzende: Dr. Barbara Loeffke, Alter Hessenweg 13, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 42684. Schriftführer und Schatzmeister: Gerhard Schulz, Bahnhofstraße 30b, 31275 Lehrte, Telefon (05132) 4920. Bezirksgruppe Lüneburg: Manfred Kirrinnis, Wittinger Straße 122, 29223 Celle, Telefon (05141) 931770. Bezirksgruppe Braunschweig: Fritz Folger, Sommerlust 26, 38118 Braunschweig, Telefon (0531) 2 509377. Bezirksgruppe Weser-Ems: Otto v. Below, Neuen Kamp 22, 49584 Fürstenau, Telefon (05901) 2968.

Landesgruppe – Fahrt der Landesgruppe zum Deutschlandtreffen der LO am 28./29. Mai 2011 in Erfurt. Die Mitglieder haben sich für eine viertägige Fahrt, die ein kleines Kulturprogramm mit beinhaltet, entschieden. Daher wird die Fahrt zusammen mit der Gruppe Buxtehude durchgeführt, die dankenswerterweise auch die Organisation übernommen hat. Wie bei der letzten Fahrt zum Deutschlandtreffen gibt es wieder Zustiegsmöglichkeiten in Buxtehude, Winsen, Lüneburg, Uelzen und Celle. Das ausführliche Programm ist unter Buxtehude abgedruckt. Auch Mitglieder aus Südniedersachen haben die Möglichkeit, sich der Gruppe Braunschweig anzuschließen. Weitere Auskünfte erteilen die einzelnen Bezirksvorsitzenden und die Kreis- und Ortsvorsitzenden sowie der Vorsitzende der Gruppe Buxtehude, Wolfgang Weyer, Vaßmerstraße 28, 21614 Buxtehude, Telefon (04161) 3406.

Braunschweig – Vom 28. bis 29. Mai 2011 fährt die Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen nach Erfurt. Abfahrt am 28. Mai, 7 Uhr ab Braunschweig. Rückankunft am 29. Mai, zirka 20.30 Uhr in Braunschweig. Preis pro Person 129 Euro, Einzelzimmerzuschlag 18 Euro. Eine Übernachtung mit Halbpension im Hotel „Elxleben“. Weitere Informationen und Anmeldung bei Horst Neumann, Telefon (0531) 338640. Es sind noch Plätze frei.

Buxtehude – Sonnabend, 19. Februar, 13 Uhr, Treffen der Gruppe zum Fleckessen im „Hoheluft“, Stader Straße 15. Geboten werden Königsberger Rinderfleck und ostpreußischer Schmandschinken. Nach dem Essen singt Gertha Heykena Küchenlieder und erzählt aus „Herrschaftszeiten in Ostpreußen“. Mitglieder zahlen 5 Euro und 8 Euro für Gäste. Anmeldungen mit Essenswunsch bis zum 12. Februar unter Telefon (04161) 3406. – Fahrt der Gruppe zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen am 28./29. Mai in Erfurt. Programm: 1. Tag: Donnerstag, 26. Mai: Anreise zum Übernachtungsort Friedrichroda ins Hotel Tannhäuser, gemeinsamer Tagesausklang in der Fuhrmannstube des Hotels. 2. Tag, Freitag, 27. Mai: Fahrt nach Gotha – Führung durch Schloss Friedrichstein mit seinem weltberühmten Schlosstheater aus dem Jahr 1683. Nachmittags Bummel durch die reizvolle Residenzstadt. Abends Thüringischer Grillabend auf der Hotel-



terrasse mit weitem Blick über den Thüringer Wald. 3. Tag: Sonnabend, 28. Mai: Fahrt nach Erfurt – Führung durch die Innenstadt mit Dom und Severikirche. Ab Mittag Teilnahme am Programm des Ostpreußentreffens auf dem Messegelände. Abends gemeinsamer Tagesausklang. 4. Tag: Sonntag, 29. Mai: Fahrt nach Erfurt – Teilnahme am Programm des Ostpreußentreffens. 15 Uhr: Rückfahrt ab Messegelände. Leistungen: Fahrt im modernen Fernreisebus (Reese-Reisen, Harsefeld) mit ausreichenden (Raucher)-Pausen. Dreimal Übernachtung im Hotel Tannhäuser-Rennsteigblick in Friedrichroda / Finsterbergen einschließlich reichhaltigem Frühstücks- sowie kaltwarmem Abendbuffet / Grillabend. Festplakette für den Eintritt zu allen Veranstaltungen des Ostpreußentreffens. Alle Kosten für Eintritte und Führungen laut Programm. Preise: 220 Euro pro Person im Doppelzimmer, 250 Euro pro Person im Einzelzimmer. Informationen und Anmeldung bei Wolfgang Weyer, Telefon (04161) 3406.

Hannover – Die Gruppe traf sich zur ihrem traditionellen Königsberger Klopse-Essen. Rund 50 Heimatfreunde hatten sich dafür angemeldet. Nach einem guten Essen brachte das Mitglied Klaus Körner (Reisejournalist der Hannoverschen Allgemeinen Zeitung) einen sehr interessanten Diavortrag über das wunderschöne Masuren. Dieser Vortrag war eigentlich für die Februar-Veranstaltung eingeplant, musste aber aufgrund von Schwierigkeiten mit den Räumlichkeiten vorgezogen werden. – Die Veranstaltung am 18. Februar fällt leider aus.

Helmstedt – Donnerstag, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Begegnungsstätte, Schützenwall 4. Weitere Auskünfte erteilt Helga Anders, Telefon (05351) 9111.

Hildesheim – Donnerstag, 10. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe in der Bürgermeisterkapelle, Rathausstraße.

Oldenburg – Mittwoch, 9. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Stadthotel Eversten. Vortrag mit Bildmaterial von Prof. Dr. Konrad Gündisch, BKGE Oldenburg. Thema des Vortrags: „Hermannstadt – Siebenbürgens Kulturhauptstadt 2007“. Freunde, Bekannte und Gäste sind herzlich willkommen.

Osnabrück – Dienstag, 15. Februar, 16.45 Uhr, Kegeln, Hotel Ibis, Blumenhaller Weg 43. – Freitag, 18. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe, Gaststätte Bürgerbräu, Blumenhaller Weg 43. – Die Gruppe fährt vom 27. bis 31. Mai nach Erfurt. Außer der Teilnahme am Deutschlandtreffen am 28./29. Mai werden eine Stadtrundfahrt in Erfurt, eine Fahrt zum Kyffhäuser-Denkmal und ein Ausflug in den Thüringer Wald unternommen. Auf der Rückfahrt werden das romantische Mühlhausen, die „Stadt der vielen Türme“ sowie das reizvolle – im Werratal gelegene – Bad Soden-Allendorf besucht. Der Preis für die Fahrt mit vier Übernachtungen im Intercity Hotel Erfurt, Halbpension, Bus-Transfer zum Deutschlandtreffen und Ausflügen beträgt pro Person im Doppelzimmer 395 Euro, Einzelzimmerzuschlag 90 Euro. Anmeldungen unter Telefon (05472) 2284. Anmeldeschluss ist der 30. März.

Rinteln – Donnerstag, 10. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Hotel Stadt Kassel, Klosterstraße 42, Rinteln, mit Vorführung eines Films aus dem reichhaltigen Ostpreußenarchiv von Friedhelm Groski. Mitglieder und interessierte Gäste sind herzlich eingeladen. – Auskünfte über die landsmannschaftliche Arbeit in Rinteln bei Ralf-Peter Wunderlich, Telefon (05751) 3071, oder Joachim Rebuschat, Telefon (05751) 5386 zu erhalten.



NORDRHEIN-WESTFALEN

Vorsitzender: Jürgen Zauner, Geschäftsstelle: Werstener Dorfstr. 187, 40591 Düsseldorf, Tel. (02 11) 39 57 63. Postanschrift: Buchenring 21, 59929 Brilon, Tel. (02964) 1037, Fax (02964) 945459, E-Mail: Geschaeft@Ostpreussen-NRW.de, Internet: www.Ostpreussen-NRW.de

Bielefeld – Montag, 7. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock. – Donnerstag, 10. Februar, Ostpreußisch Platt in der Wilhelmstraße 13, 6. Stock.

Bonn – Sonnabend, 12. Februar, 19.30 Uhr, Winterball mit buntem Programm und großer Tombola, im großen Saal der Stadthalle, Koblenzer Straße 80, 53177 Bonn-Bad Godesberg. Eintritt 15 Euro. Gäste sind herzlich willkommen. – Ostpreußenreise nach Masuren vom 21. bis 30. Juli per Bus ab Bonn (zehn Tage/neun Übernachtungen). Reisepreis pro Person im Doppelzimmer 780 Euro (ab 40 Personen), 860 Euro (ab 30 Personen), Einzelzimmer-Zuschlag für die gesamte Reise 175 Euro. Nähere Informationen sowie das Programm bei Manfred Ruhnau, Telefon (02241) 311395.

Düsseldorf – Donnerstag, 10. Februar, 19.30 Uhr, Offenes Singen mit Barbara Schoch, Raum 412, GHH. – Freitag, 11. Februar, 18 Uhr, Stammtisch der Gruppe im Restaurant Lauren's, Bismarckstraße 62.

Ennepetal – Donnerstag, 17. Februar, 18 Uhr, Treffen der Gruppe zur Jahreshauptversammlung in der Heimatstube. Anschließend gibt es Grützwurst nach Monikas Art.

Essen – Freitag, 18. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Gaststätte Stern Quelle, Schäferstraße 17, 45127 Essen.

Gütersloh – Freitag, 4. Februar, 17.30 Uhr, im großen Saal des Brauhauses. Auf dem Speiseplan steht Eisbein oder Kassler jeweils mit Sauerkraut, dazu Kartoffelpüree oder Bratkartoffeln. In diesem Jahr ohne Live-Musik, stattdessen kommt die Musik „vom Band“. Lediglich Kosten für das Essen, also 12 Euro pro Person. Eine umgehende Anmeldung ist erforderlich bei Marianne Bartnik, Telefon (05241) 29211 oder Josef Block, Telefon 34841. – Montag, 7. Februar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343. – Montag, 14. Februar, 15 bis 17 Uhr, Elly-Heuss-Knapp-Schule, Moltkestraße 13, Ostpreußischer Singkreis, Info über Ursula Witt, Telefon 37343.

Leverkusen – Die Gruppe fährt vom 26. bis 30. Mai zum Deutschlandtreffen nach Erfurt. 1. Tag: Anreise über Eisenach – mit Führung in der Wartburg – nach Erfurt. Vier Übernachtungen im vier-Sterne-Hotel Radisson Blu im Zentrum von Erfurt. 2. Tag: Vormittags Stadtführung in Erfurt, nachmittags Zeit zur freien Verfügung. 3. und 4. Tag: Tag zur freien Verfügung oder morgens Bustransfer zum Deutschlandtreffen der Ostpreußen auf dem Erfurter Messegelände und abends zurück. 5. Tag: Fahrt nach Weimar mit Stadtführung, anschließend Rückreise. Im Reisepreis enthaltene Leistungen: Zubringerservice ab/bis Haustür, auf Wunsch mit kostenlosen Gepäckservice; Fahrt im modernen Nichtraucher-Reisebus; Begrüßungsgetränk; vier Übernachtungen im Hotel; Zimmer mit Bad oder Dusche, WC, TV, Telefon; viermal Frühstücksbuffet; Besuch der Wartburg in Eisenach (inklusive Eintrittskarte und Führung); Stadtführung in Erfurt und Weimar; Sonnabend und Sonntag Bustransfer (hin und zurück) zum Deutschlandtreffen; Reiseprogramm wie beschrieben; Reiseziel-Informationen. Reisepreis pro Person im DZ 400 Euro, EZ-Zuschlag 82 Euro. Nähere Informationen bei Sigisbert Nitsche, Telefon (02171) 30635, Mobil (0170) 2612435.

Neuss – Sonntag, 13. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl des Vorstandes und anschließendem Grützwurstessen, Marienhaus, Kapitelstraße 36, Neuss. – Auch in diesem Jahr werden von der Gruppe Neuss, wieder zwei Reisen durchgeführt. Vom 27. bis 30 Mai eine Fahrt nach Erfurt, verbunden mit dem großen Deutschlandtreffen der Ostpreußen und zusätzlichem Programm. Freitag, Führung auf Schloss Friedrichstein in Gotha mit dem ältesten erhaltenen und bespielbaren Theater der Welt. Sonnabend machen wir in Erfurt eine Straßenbahnstadtrundfahrt. Sonntag ist neben dem Deutschlandtreffen, der Großkundgebung noch eine Führung im evangelischen Augustiner Kloster in Erfurt mit einem Orgelkonzert. Montag, Führung und Verkostung in der Rotkäppchen-Mumm Sektkellerei. Vom 26. Juli bis 4. August die große Ostpreußenreise über Stettin, Köstrin, Danzig, Seebad Zoppot, Frische Nehrung, Fahrt übers Frische Haff. Besichtigung der Marienburg, in dem Burg-Hotel übernachten wir auch. Fahrt auf dem Oberland-Kanal sowie auf den Masurischen Seen, Wolfsschanze, Besuch der deutschen Minderheit in Lötzen, Grillabend, Besichtigung der Stadt Thorn und Weiterfahrt nach Posen mit Stadtrundgang. Wenn Ihr Interesse geweckt wurde, fordern Sie das Programm an. Die Buchung wird nach Eingang der Anmeldung vorgenommen. Nähere Informationen und Unterlagen gibt es unter folgender Adresse: Geschäftsstelle, Peter Pott, Zollstraße 32, 41460 Neuss, Telefon (02131) 3843400,

Auch im Internet: »Glückwünsche und Heimatarbeit«

Landsmannschaftl. Arbeit
Fortsetzung auf Seite 18

Anzeigen

Er blieb sein Leben lang seiner Heimat
Ostpreußen sehr eng verbunden.

Prof. Dipl.-Ing.

Friedrich-Karl Rammoser

Regierungsbaumeister

* 17. März 1929 in Weidenfeld Kreis Schloßberg
† 27. Dezember 2010 in Biberach an der Riß

Nach langer mit Geduld ertragener Krankheit,
haben wir in Liebe und Dankbarkeit Abschied genommen.

Ursula Rammoser, geb. Treff mit Kindern
und allen Angehörigen

Die Beisetzung fand auf dem Stadtfriedhof in Biberach a.d. Riß statt.

Und meine Seele spannte
weit ihre Flügel aus,
flog durch die stillen Lande,
als flöge sie nach Haus.
J. v. Eichendorff

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meinem lieben Mann

Herbert Schulz

* 16. 5. 1921 † 9. 3. 2010



In stiller Trauer
im Namen aller Angehörigen
Brunhild Schulz, geb. Titt

Bad Sachsa, Drosselweg 2

Die Trauerfeier war am Freitag, dem 26. März 2010, um 13.00 Uhr in der Friedhofskapelle Bad Sachsa. Anschließend fand die Urnenbeisetzung statt.



„Wenn du bei Nacht den Himmel anschaust,
wird es dir sein, als lachten alle Sterne,
weil ich auf einem von ihnen wohne,
weil ich auf einem von ihnen lache.
Du allein wirst Sterne haben, die lachen können!“

In Liebe und Dankbarkeit nehmen wir Abschied von meiner lieben Frau, guten Mutter, Schwiegermutter, Oma, Schwester, Schwägerin und Tante

Lina Halver

geb. Buchard

* 26. November 1922 † 12. Januar 2011
Klein-Friedrichsgraben
Kreis Elchniederung

Hubert Halver
Beate und Heinz Isbanner
mit Sarah und Simon
und die übrigen Anverwandten

50171 Kerpen, Auf dem Bauer 2

Die Trauerfeier mit anschließender Beerdigung war am Mittwoch, dem 19. Januar 2011, um 11.00 Uhr in der Friedhofskapelle Kerpen, Alte Landstraße.

Sollte jemand aus Versehen keine besondere Anzeige erhalten haben, so bitten wir, diese als solche zu betrachten.

Stiftung der Landsmannschaft Ostpreußen e.V. „Zukunft für Ostpreußen“

Liebe Landsleute, verehrte Leserinnen und Leser der *Preußischen Allgemeinen Zeitung / Das Ostpreußenblatt,*

die Landsmannschaft Ostpreußen hat eine Stiftung ins Leben gerufen, um die Erinnerung an Ostpreußen und seine Menschen dauerhaft zu bewahren und nachfolgenden Generationen ein Bild dieser großartigen europäischen Kulturlandschaft zu vermitteln.
Ihr Name ist: Stiftung ***„Zukunft für Ostpreußen“***.

Welche Zwecke verfolgt die Stiftung?

Zu ihren wesentlichen Aufgaben zählen die Förderung von Forschung und Wissenschaft im Hinblick auf die ostpreußische Geistes-, Siedlungs- und Kulturgeschichte als Teil der deutschen und europäischen Geschichte sowie die Unterstützung der in der Heimat verbliebenen Deutschen und ihrer Nachkommen bei dem Bemühen, ihre Identität zu wahren. Großes Gewicht wird dabei der Verständigung mit den östlichen Nachbarstaaten eingeräumt.

Wie hilft die Stiftung?

- Vergabe von Forschungsaufträgen und Auslandsstipendien,
- Veröffentlichung und Mitfinanzierung von Publikationen,
- Durchführung von kulturellen Veranstaltungen und Seminaren,
- Förderung des Jugendaustausches mit Litauen, Polen und Russland,
- Unterstützung der deutschen Minderheit in Ostpreußen, z. B. durch Förderung des deutschen Sprachunterrichts,
- Restaurierung von Bauwerken und Gedenkstätten in Ostpreußen.

Was können Sie tun?

Sie können die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch Zustiftungen oder Spenden (Zuwendungen) unterstützen.

Zustiftungen

Mit einer Zustiftung fördern Sie die Arbeit der Stiftung auf Dauer. Ihr Beitrag wird Teil des Grundstockvermögens und nur die Zinserträge werden für die Arbeit der Stiftung eingesetzt. Zustiftungen ab 5.000 Euro werden in unserem Stiftungsbuch erfasst, damit der Name der Stifter und ihr Einsatz für Ostpreußen der Nachwelt erhalten bleibt.

Erbschaften

Mit der Errichtung der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ wird auch dem Wunsch vieler Menschen Rechnung getragen, mit ihrem Erbe dauerhafte Spuren zu hinterlassen. Wenn Sie sicher sein wollen, dass Ihr Erbe ausschließlich für gemeinnützige Zwecke eingesetzt wird, ist die Stiftung das geeignete Instrument. Bekunden Sie Ihren Willen zu einer Zustiftung in Ihrem Testament. Oder machen Sie eine Teilstiftung zu Lebzeiten und verfügen testamentarisch eine Erhöhung dieses Betrages. So erleben Sie noch persönlich, welche Früchte Ihre Zustiftung trägt. Mit einem Vermächtnis können Sie der Stiftung auch Sachwerte zukommen lassen – etwa Immobilien.

Spenden (Zuwendungen)

Spenden an die Stiftung fließen nicht in das Stiftungskapital ein. Die Gelder werden zeitnah zur Verwirklichung der Stiftungsprojekte verwendet.

Steuerliche Begünstigung

Ihr Engagement für einen guten Zweck kann mit erheblichen steuerlichen Vorteilen verbunden sein. 2007 hat der Bundesrat das „Gesetz zur weiteren Stärkung des bürgerschaftlichen Engagements“ verabschiedet, womit die steuerrechtlichen Rahmenbedingungen für Stifter und Stiftungen erheblich verbessert wurden. Als gemeinnützige Organisation ist die Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ von der Erbschaftssteuer befreit.

Ob Sie die Arbeit der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“ durch eine Zustiftung, einen Nachlass, eine Schenkung oder Spende unterstützen, entscheiden Sie. Jeder Beitrag hilft, Ostpreußen eine Zukunft zu geben. Stiftungsrat und Stiftungsvorstand sichern Ihnen eine effiziente Verwendung der Stiftungsmittel zu.

Sollten Sie Fragen haben, wenden Sie sich bitte an den Vorsitzenden des Stiftungsvorstands, Dr. Sebastian Husen, husen@ostpreussen.de oder Tel. 040 - 41 40 08 - 23.

Wirken Sie mit an der Stiftung „Zukunft für Ostpreußen“!

Stephan Grigat
Sprecher der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsrates

Dr. Sebastian Husen
Bundesgeschäftsführer der Landsmannschaft Ostpreußen e.V.
Vorsitzender des Stiftungsvorstands

Stiftungskonto:

Fürst Fugger Privatbank
Konto-Nr.: 1001834983
BLZ: 720 300 14

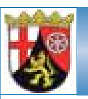
Bitte vermerken Sie bei Ihrer Überweisung unter dem Verwendungszweck, ob es sich um eine Spende oder eine Zustiftung handelt. Auf Wunsch stellen wir gerne eine Zuwendungsbestätigung aus.

Landsmannschaftl. Arbeit

Fortsetzung von Seite 17

Fax (02131) 7429078, E-Mail: Pottzepitter@t-online.de

Wesel – Sonntag, 20. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung mit Neuwahl in der Heimatstube, Kaiserring 4, Wesel. Eine Kaffeetafel mit selbstgebackenem Kuchen wird angeboten.



RHEINLAND-PFALZ

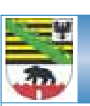
Vors.: Dr. Wolfgang Thüne, Wormser Straße 22, 55276 Oppenheim.

Kaiserslautern – Sonnabend, 5. Februar, 14.30 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Lutzerstraße 20, Heimatnachmittag.

Ludwigshafen – Freitag 4. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im Haus der Arbeiterwohlfahrt, Forsterstraße, Ludwigshafen-Gartenstadt, zur närrischen Sitzung mit Fastnachtskrapfen und Kaffee.

Mainz – Freitag, 11. Februar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen. – Donnerstag, 17. Februar, 15 Uhr, Treffen der Frauengruppe im Café Zucker, Bahnhofstraße 10, 55116 Mainz. – Freitag, 18. Februar, Café Oase, Schönbornstraße 16, 55116 Mainz, Treffen der Gruppe zum Kartenspielen.

Neustadt an der Weinstraße – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe in der Heimatstube, Fröbelstraße 26. Thema: „ostpreußische Mundart“. Den Nachmittag leitet Otto Waschkowski. Besucher können eigene Beiträge vortragen.



SACHSEN-ANHALT

Vors.: Bruno Trimkowski, Hans-Löscher-Straße 28, 39108 Magdeburg, Telefon (0391) 7331129.

Dessau – Montag, 14. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe zum Kappenfest im „Krötenhof“.

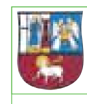
Halle – Sonnabend, 5. Februar, 14 Uhr, Treffen der Grupp in der Begegnungsstätte der Volkssolidarität, Reilstraße 54. Es wird ein Film über Ostpreußen gezeigt.

Magdeburg – Freitag, 11. Februar, 15 Uhr, Singproben des Singkreises im TuS. – Sonntag, 13. Februar, 14 Uhr, Treffen der Gruppe im Faschingsmonat in der Sportgaststätte Post, Spielhagenstraße 14.

Stendal – Endgültig letzte achttägige Busfahrt der Gruppe vom 9. bis 16. Juli 2011 nach Ostpreußen / Masuren. Thorn (Stadtbesichtigung), Hohenstein bei Allenstein, Besichtigung des ethnographischen Freilichtmuseums, Sensburg. Von dort geht es zur barocken Wallfahrtskirche Heilige Linde, Stakkenfahrt auf der Kruttinna, Schiffsfahrt auf dem Spirdingsee, Nikolaiken, Johannisburger Heide, Rastenburg (eventuell Wolfsschanze) Lötzen, Kaffeetrinken bei Christel in Sadry, Osterode, Allenstein (Stadtbesichtigung, eventuell Planetarium und Sternwarte), Schiffsfahrt auf dem Oberlandkanal, Fahrt nach Mohrungen (Stadtbesichtigung), Heimweg über Elbing, Danzig (kurze Altstadtbesichtigung), Stolp (Fotostopp), Kolberg. Von dort am nächsten Tag Abreise Richtung des polnisch / deutschen Grenzübergangs nach Tangermünde. Die Fahrt kostet 596 Euro bei voller Busbelegung, ansonsten steigen die Kosten. Interessenten melden sich bitte bei Herrn Lange, Telefon (039322) 3760.

Aus den Heimatkreisen

Die Kartei des Heimatkreises braucht Ihre Anschrift.
Melden Sie deshalb jeden Wohnungswechsel.
Bei allen Schreiben bitte stets den letzten Heimatort angeben



ALLENSTEIN LAND

Kreisvertreter: Herbert Monkowski, Hahnenbecke 12, 58540 Meinerzhagen, Telefon (02354) 4147. Geschäftsstelle: Gemeindeverwaltung Hagen a. T. W., Postfach 12 09, 49170 Hagen a. T. W., Telefon (05401) 9770.

Heimatjahrbuch des Landkreises Allenstein, Ausgabe Nr. 41/2010; Spendenliste auf den Seite 232–253. – Die in das Heimatjahrbuch eingebrachte Spendenliste entspricht nicht der von der Druckerei ursprünglich hergestellten. So fehlen unter Wartenburg 31 Spender von den Buchstaben Se bis Z (S. 250). Die auf Seite 250 von Kalthoff bis Teschner aufgeführten Spender sind nicht Wartenburger, sondern Ehemalige aus dem Dorf Woritten. Außerdem blieben durch ein Versehen der Druckerei 77 Spender nachstehender Dörfer ungenannt: Wemitten, Wengaithen, Werngitten, Wieps, Windtken, Wiranden, Wolfsdorf, Woppen, Woritten. Wir bitten um Verständnis. Die betroffenen Spender werden im kommenden Heimatjahrbuch vorrangig erwähnt werden.



ELCH-NIEDERUNG

Kreisvertreter: Manfred Romeike, Anselm-Feuerbach-Str. 6, 52146 Würselen, Telefon/Fax (02405) 73810. Geschäftsstelle: Hartmut Dawideit, Telefon (034203) 33567, Am Ring 9, 04442 Zwenkau.

Zehntägige Flugreise Ostpreußen. Ferien in Nidden auf der Kurischen Nehrung, 4. bis 13. Juli – Sonderprogramm für die Gruppe Irmgard Fürstenberg. Programmablauf: 1. Tag: Flug mit Air Baltic wahlweise ab Düsseldorf, Hamburg, Hannover, München oder Berlin über Riga nach Polangen. Bei Ankunft in Polangen werden Sie von unserer Reiseleitung erwartet, anschl. Transfer nach Nidden und Zimmerbezug in Ihrem Ferienhotel „Nerija“. Das zentral und trotzdem ruhig gelegene Hotel verfügt über modern und komfortabel eingerichtete Zimmer mit DU/WC. Zum unmittelbaren Ortszentrum/Hafen sind es nur etwa fünf Gehminuten. Im Hause gibt es einen Lift. Das Hotelrestaurant gehört zu den besten gastronomischen Adressen in Nidden und bietet ausgezeichnete litauische und internationale Küche an.

2.–9. Tag: Ferienaufenthalt auf der Kurischen Nehrung. Die ca. 100 Kilometer lange Landzunge trennt die Ostsee vom Kurischen Haff und zieht den Besucher durch eine einmalige Naturlandschaft mit den höchsten Wanderdünen Europas in ihren Bann. Der scheinbar unendliche breite feinsandige Ostseestrand lädt zum Sonnen und zu Strandwanderungen ein. Im Nehrungswald kann man ausgedehnte Spaziergänge unternehmen. Inzwischen gibt es auf der Kurischen Nehrung auch ein gut ausgebautes Radwegenetz und zahlreiche Anbieter offerieren Leihfahrräder in guter Qualität. Ihr Ferienort Nidden, einst ein verträumtes Fischerdorf, ist heute sicher einer der schönsten Orte an der Ostseeküste und die Perle der Kurischen Nehrung. Während Ihres Aufenthaltes unternehmen Sie zwei Tagesausflüge: 1. Ausflug nach Memel (Klaipeda), Heydekrug (Silute) und Kaunas: Bei diesem Ausflug unternehmen Sie zunächst einen geführten Spaziergang durch die sehr schön restaurierte Altstadt von Klaipeda. Anschließend geht der Ausflug weiter bis nach Heydekrug, dem heutigen Silute. Sie besuchen die evangelische Kirche mit ihrer einzigartigen Malerei. Am Nachmittag erreichen Sie Kaunas, die zweitgrößte Stadt Litauens, die auch eine Zeit lang litauische Hauptstadt war. Sehenswert ist die Altstadt mit der Fußgängerzone und dem bekannten Rathaus. Von der Landspitze vor der Burgruine von Kaunas haben Sie einen besonders schönen Blick auf die Mündung der Neris in die Memel (Nemunas). 2. Ausflug nach Tauroggen und zum Berg der Kreuze: Tauroggen ist in die Geschichte eingegangen durch die Konvention von Tauroggen, die 1812 zwischen dem preußischen General Johann David von York und dem russischen Generalmajor von Dibitsch geschlossen wurde und den späteren Abfall Preußens vom erzwungenen Militärbündnis mit dem napoleonischen Frankreich einleitete. Am Nachmittag Weiterfahrt nach Nordlitauen. Bei Schaulen (Siauliai) besuchen Sie den Berg der Kreuze. Dieser Ort mit tausenden Holzkreuzen ist der wichtigste Wallfahrtsort des katholischen Litauen und war während der Sowjetzeit ein Symbol des Widerstandes der Litauer gegen die russische Fremdherrschaft.

Heimatkreisgemeinschaften

Fortsetzung auf Seite 19



SCHLESWIG-HOLSTEIN

Vors.: Edmund Ferner. Geschäftsstelle: Telefon (0431) 554758, Wilhelminenstr. 47/49, 24103 Kiel.

Bad Oldesloe – Mittwoch, 9. Februar, 13.30 Uhr, Jahreshauptversammlung im Wiggers Gasthof, Bahnhofstraße 33, Bad Oldesloe.

Burg-Fehmarn – Dienstag, 8. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im „Haus im Stadtpark“. Der Vorsitzende Jochen Gawehns zeigt einen Film über Ostpreußen „Damals und heute“. Gäste sind herzlich willkommen. – Sonnabend, 12. Februar, 15 Uhr, Jahreshauptversammlung der Gruppe im „Haus im Stadtpark“.

Flensburg – Mittwoch, 9. Februar, 12 Uhr, wird im Restaurant Treffpunkt Mürwik, Kielseng 30, Flensburg, das zünftige Grünkohlessen eingenommen. Gute Flensburger Getränke helfen dabei das gute Essen zu genießen.

Neumünster – Sonnabend, 12. Februar, 18 Uhr findet in der „Stadthalle“ (Galerie) das traditionelle Königsberger Klopsessen der Landsmannschaft der Ost- und Westpreußen, Kreisgruppe Neumünster, statt. Anmeldungen bitte bis zum 8. Februar unter Telefon (04321) 82314. Gäste sind willkommen.

Pinneberg – Sonnabend, 19. Februar, 15 Uhr, Treffen der Gruppe im VfL-Heim, Fahltskamp 53. Katharina Fast sorgt mit einem „Lustigen Nachmittag“ für gute Laune. Anmeldungen bei Frau Schmidt, Telefon 62667, oder Frau Kieselbach, Telefon 73473.

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 18

Neben den beiden geführten Ausflügen gibt es natürlich eine Vielzahl von weiteren Möglichkeiten für individuelle Unternehmungen. Fast täglich bieten die Kapitäne im Niddener Hafen Ausfahrten über das Kurische Haff bis in das gegenüber liegende Memeldelta an. Oder Sie nehmen an einer Abendfahrt auf dem Kurischen Haff teil und erleben die beeindruckenden Wanderdünen und den Sonnenuntergang von der Wasserseite aus. Der Besuch des benachbarten Ferienortes Schwarzort/Joudkrante oder auch ein weiterer individueller Ausflug nach Memel ist problemlos mit den regelmäßig über die Nehrung verkehrenden Linienbussen möglich. 10. Tag: Rücktransfer zum Flughafen Polangen. Rückflug über Riga nach Deutschland (Programmänderungen vorbehalten).

Leistungen – Linienflug mit Air Baltic wahlweise von Berlin, Düsseldorf, Hamburg, Hannover oder München über Riga nach Polangen (Palanga) und zurück. Flugplanveränderungen durch die Fluglinie vorbehalten. 9 Ü/HP in Nidden, Hotel Nerija, Unterkunft in Doppelzimmern mit DU/WC, Aufenthaltsprogramm mit sachkundiger deutschsprachiger Reiseleitung und Bussellung wie beschrieben (Mindestteilnehmerzahl: zehn Personen). Preis: 1235 Euro, EZ-Zuschlag 275 Euro. Genaue Reiseinformationen bei der Kreisgemeinschaft Elchniederung, Telefon (034203) 33567 oder bei Irmgard Fürstenberg, Telefon (0391) 2513910 oder bei Partner-Reisen, Telefon (05132) 588940, Internet: www.Partner-Reisen.com

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!



KÖNIGSBERG LAND

Kreisvertreterin: Gisela Broschei, Bleichgrabenstraße 91, 41063 Mönchengladbach, Telefon (02161) 895677, Fax (02161) 87724. Geschäftsstelle: Im Preußen-Museum, Simeonsplatz 12, 32427 Minden, Telefon (0571) 46297, Mi. Sa. u. So. 18-20 Uhr.

Kalenderaktion 2011 – Herzlich danken wir allen Landsleuten und Freunden Ostpreußens für die Unterstützung bei unserer Kalenderaktion 2011. Da wir ein sehr positives Echo für unsere Arbeit erhielten, wollen wir auch für das nächste Jahr einen Kalender mit typisch ostpreußischen Motiven erstellen. Wir werden uns im Herbst wieder bei Ihnen melden. Sie können natürlich auch von sich aus eine Bestellung aufgeben.

Deutschlandtreffen 2011 – Hinweisen wollen wir noch auf das Ostpreußentreffen am 28./29. Mai in Erfurt. Unsere Kreisgemeinschaft wird wieder einen Stand unterhalten, zu dem wir Sie herzlich einladen. Er befindet sich in der Halle 2. Besonders interessant dürften für viele Besucher die Fotos aus unserem Heimatkreis sein, die eingesehen werden können. Da es sich um etwa 3000 Dias handelt, sind sicher aus fast jedem Kirchspiel Fotos dabei. CDs über einige Kirchspiele können erworben werden. Außerdem werden wir Suchanfragen aufnehmen, denn noch immer gibt es bei unserer Geschäftsstelle viele Anfragen nach Familienangehörigen und Freunden.

Nachruf – Am 4. Dezember 2010 ist Hans Witt aus Groß Ottenhagen verstorben. Mit ihm ist ein Stück unserer Ottenhagener Ortsgemeinschaft verlorengegangen. Ihm war die Verbundenheit mit seinen Landsleuten wichtig und deshalb hat er bei keinem Treffen gefehlt. Er hat sogar seine Frau, seine Kinder und seine Schwiegertochter für unsere Heimat so begeistert, dass auch sie stets an den Treffen teilnahmen und wiederholt nach Ostpreußen fuhren. Noch im letzten April ermöglichten sie ihm das Zusammensein mit seinen Großen Ottenhagenern in Weiterode und nahmen alle damit verbundenen Beschwernisse in Kauf. Wir werden ihn vermissen. Wir trauern mit seiner Familie um ihn und werden ihm ein ehrendes Gedenken bewahren.

Ortstreffen Ottenhagen – An alle Groß Ottenhagener sind Einladungen zum Treffen vom 15. bis 17. April in Weiterode/Bebra ergangen. Sollte jemand vergessen worden sein, so ist er dennoch herzlich willkommen, an der Veranstaltung teilzunehmen. Das gilt natürlich auch für Gäste. Anmeldung unter Telefon (02161) 895677.



LABIAU

Kreisvertreterin: Brigitte Stramm, Hoper Straße 16, 25693 St. Michaelisdonn/Holstein, Telefon (04853) 562, Fax (04853) 701. info@strammverlag. de, Internet: www.labiau.de.

Auch 2011 fahren wir wieder in die Heimat – Jubiläum 1991 – 2011, 20 Jahre Reisen nach Ostpreußen – Reise 1: Nordostpreußen und Danzig und Umgebung. Bus- und Schiffsreise, zehn Tage, vom 7. bis 16. Mai: Die Reisen können nur bei ausreichender Beteiligung stattfinden – Änderungen vorbehalten. Faszination Ostpreußen – Eine Reise in unsere ehemals östlichste Provinz ist immer ein Erlebnis. Viele fahren immer wieder gerne in ihre Heimat, aber auch immer mehr Jüngere begeben sich auf die Reise, auf den Spuren ihrer Vorfahren, um das Land kennenzulernen, in dem die Wurzeln der Familie liegen. Ostpreußen-Interessierte sind auch herzlich willkommen, denn nach Ostpreußen fährt man mit Ostpreußen! Eingeschlossene Leistungen: Fahrt mit dem modernen Fernreisebus mit WC, Klimaanlage und Getränkeshop der Firma Schwarz, mit unserem bewährten Fahrer Detlef Tritschler Überfahrt mit der Fähre der Reederei Finnlines nach Gdynia. Unterbringung in Doppelkabine/Außen. Abendessen am 7. Mai und Frühstück am 8. Mai. 2 Ü/Halbpension im Hotel Hevelius (4 Sterne) in Danzig. 5 Ü/Vollpension in der Hotelanlage Forsthaus Groß Baum. 1 Ü/Halbpension im Hotel Schlosshotel Podewils (3+ Sterne) in Krangen (Krag), Ständige Reiseleitung im russischen Teil Ostpreußens, Gebühren für die Kurische Nehrung. Eintritt in den Slowinski Nationalpark in Polen. Eintritt in die Kathedrale in Oliva mit Orgelkonzert. Reiseführung in Polen am 8. Mai vom Hafen Gdynia bis Hotel Hevelius, Schiffsausflug Danzig–Zoppot (hin und zurück) am 9. Mai. Preise: A) Mindestteilnehmerzahl ab 30 Personen in der Hotelanlage Forsthaus in Groß Baum: Preis: 970 Euro pro Person im Doppelzimmer, RRKV im DZ 21,50 Euro, im EZ 24,70 Euro. 150 Euro Einzelzimmerzuschlag, 60 Euro für das russische Visum. B) Mindestteilnehmerzahl ab 35 Personen in der Hotelanlage Forsthaus in Groß Baum: Preis: 925 Euro pro Person im Doppelzimmer, RRK im DZ 20,50 Euro, im EZ 23,70 Euro, 150 Euro 60 Euro für das russische Visum. Gruppen-Auslandkrankenversicherung: bis 64 Jahre 0,80 Euro pro Tag, 64 bis 74 Jahre 1,40 Euro pro Tag, ab 75 Jahre 1,90 Euro pro Tag. Die Kosten für das Visum (Stand Herbst 2010) kann sich gegebenenfalls aufgrund neuer Bestimmungen etwas erhöhen.

Reiseablauf: **1. Tag: „Unsere Nordroute, dieses Mal per Schiff“.** Abfahrt 7 Uhr in Sarzbüttel, 9 Uhr Hamburg ZOB, Weiterfahrt über die A 1 und A 20 nach Rostock. Dort Einschiffung gegen 13 Uhr. Ablegen der Finnlines-Fähre um 16.30 Uhr. Abendessen und Frühstück werden auf der Fähre gereicht.

2. Tag: „Das blaue Ländchen – Landschaft und Kultur“. Ankunft in Gdingen um 7.30 Uhr. Wir werden dort von unserem Reiseführer in Empfang genommen und fahren durch das „Blaue Ländchen“ nach Leba und in den Nationalpark Slowianski. Dort fahren wir mit einer kleinen Bahn durch die Dünenlandschaft. Weiterfahrt nach Krockow, dem einstigen Familiensitz derer von Krockow. Das Anwesen ist heute eine Hotelanlage, Museum und „Begegnungsstätte Kaschubisches Kulturzentrum“. Gelegenheit zu einem Snack oder Mittagessen im Restaurant. Anschließend fahren wir nach Oliva, hören in der berühmten Kathedrale ein Orgelkonzert und sehen dazu die beweglichen Engel. Nach dem Konzert Fahrt nach Danzig in unser gebuchtes Hotel Hevelius am Rande der Altstadt.

3. Tag: „Die Danziger Bucht und das frühere Weltbad Zoppot“. Schiffsfahrt von Danzig nach Zoppot. Hin und zurück, vorbei am Krantor und Meeresmuseum, an der Festung Weichselmünde und der Westerplatte. Die Seebäder Glettkau und Brösen sehen wir in der Danziger Bucht vorbei ziehen. Der Kurbezirk in Zoppot ist fertig gestellt und bietet ein Bild, fast dem der Vorkriegszeit entsprechend. Nach der Rückkehr ist der Rest des Tages zur freien Verfügung. Genießen Sie den Zauber der über 1000-jährigen Stadt. Achtung, in Danzig besteht die Gefahr „bernsteinsüchtig“ zu werden! Die Auswahl dieser außergewöhnlichen Angebote lassen das Herz des Liebhabers des „ostpreußischen Goldes“ höher schlagen.

4. Tag: „Von Süd- nach Nordostpreußen“. Fahrt nach Nord-Ostpreußen in unsere Hotelanlage Forsthaus in Groß Baum. In Labiau Stadtbesichtigung und Besuch des Museums im Schloss.

5. Tag: „Taxitag“. Taxitag, Sie besuchen Ihren Heimatort oder andere Punkte Ihres Interesses. Den Mitreisenden, die nicht aus Ostpreußen kommen, werden interessante Vorschläge bzw. Mitfahrangebote unterbreitet, damit auch für sie dieser Tag unvergesslich wird. Den Taxipreis bezahlen Sie vor Ort.

6. Tag: „Königsberg“. Wir erkunden die einstige Hauptstadt Ostpreußens, Königsberg, in der sich baulich sehr viel verändert hat. Sowohl restaurierte Gebäude aus deutscher Zeit als auch Neubauten haben die Stadt wieder zu einer Metropole werden lassen. Besuch des Domes mit Museum und evtl. Teilnahme am Orgelkonzert, Stadtrundfahrt mit Besuch des Friedländer Tores mit eindrucksvollem virtuellem Spaziergang durch das alte Königsberg. (Eintrittspreise in Königsberg zahlt bitte jeder selbst).

7. Tag: „Das schöne Samland“. Fahrt an die Samlandküste, in Palmnicken besuchen wir eine Bernsteinmanufaktur, dort besteht die Möglichkeit, wunderschöne Schmuckstücke einzukaufen. Picknick an der Steilküste mit herrlichem Blick auf die Ostsee. Beim anschließenden Besuch in Rauschen sehen Sie liebevoll restaurierte Häuser in der Bäderarchitektur des beginnenden 20. Jahrhunderts. Die Promenade an der See lädt zum Verweilen ein. Auch hier ist das Bernsteinangebot vielseitig und interessant.

8. Tag: „Die einzigartige Kurische Nehrung“. Fahrt auf die Kurische Nehrung, die einzigartige Dünenlandschaft mit den höchsten Wanderdünen Europas ist immer wieder faszinierend.

9. Tag: „Entlang dem Frischen Haff und auf der Nordroute durch Pommern“. Rückreise mit Stopps in Frauenburg und Cadinen zur Zwischenübernachtung im Ritterschloss Podewils in Krangen (Krage), (südl. von Schlawe) Das Schlosshotel liegt direkt am See. Auf Anmeldung können wir die historische Schlosskapelle besichtigen.

10. Tag. „Heimreise“. Wir werden gegen 14.30 Uhr in Bernau bei Berlin sein und gegen 18.30 Uhr in Hamburg.

2. Reise: Flugreise zum Labiauer Tag vom 13. bis 18. Juli 2011 (sechs Tage) – Fluggesellschaft LOT ab/bis Hamburg, die Flughäfen Berlin, Düsseldorf, Frankfurt und München sind auch möglich. Mindestteilnehmerzahl 20 Personen. Aufenthalt in der Hotelanlage Forsthaus Groß Baum, 959 Euro pro Person im Doppelzimmer, 75 Euro EZ-Zuschlag, 60 Euro für das Visum. Reiseverlauf / Eingeschlos-

Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung auf Seite 20

Pflanze mit fleischigen Blättern | Verlassen eines Vereins | Kartenspielertreffen | Gewässer in Ostafrika | Wundmal | Inselwelt im Pazifik | Ruhelosigkeit | Fremdwortteil: fern | Schultasche, Schulmappe | Abtreter | Metallbolzen | Vorbedeutung | englische Prinzessin | Gebirgs-, Heilpflanze
vortäuschen, vorspiegeln | Waschfass | große Anzahl, Masse
den Körper im Wasser säubern | Filmhund | Dreimannkapelle | südfranzösische Stadt
Tierwelt | Zoo | Sinnspruch
musikalisches Bühnenwerk | Fluss zur Rhone | Ausgleich, Entschädigung | Gewürz aus Baumrinde | Ritze, Riss | Ruhm, Herrlichkeit
sizilianischer Vulkan | Tierhöhle | Überbringer | enge Straße | Wort der Ablehnung | griechischer Buchstabe
Oberarmmuskel | nicht vereint | europäischer Staat
rein, frisch gewaschen | Pflanzer, Kolonist | Schiffsleinwand | ungefähr, annähernd | Feldertrag | kräftigen
Vormittagsveranstaltung | Sportkleidung (engl.) | Abk. für Intercityzug | Sammlung von Schriftstücken | schweiz. Schauspielerin (Maria)
Bewohner eines Erdteils | Region in Mittelitalien | Polster-, Ruhemöbel | traurig, freudlos
Flughafen in Berlin | röm. Dichter, Philosoph
geordnete Flucht | russ.-amerik. Autor (Vladimir) | Maßeinteilung an Messgeräten | U-Bahn (bes. in Paris, Moskau) | Weltreligion | kräftig gebaut, massig (ugs.)
Künstlergruppe; kleine Besetzung | erhöhte Temperatur
Irland in der Landessprache | Stadt in den Niederlanden | Trinkgefäß | Spaß; Unfug
Nachbarstaat des Iran | Mensch im Rentenalter | ein Bild ländlichen Friedens | Anzeige, Ankündigung (Wirtsch.) | Stadt in Nordfrankreich
haltbar; gediegen | wörtliche Wiedergabe | Gartenblume | Schmuckkugel | schneller Autofahrer
nächtlicher Blutsauger | locker, wacklig
Verfall, Niedergang | Bestand, tatsächlicher Vorrat | elektr. geladenes Teilchen | Schreitvogel, Sichler | einerlei; gleichartig
eigensinnig, hartnäckig | auf diese Weise
Nichtsoldat, Privatmensch | Werbeschlagwort | Bargewinn
eine Empfehlung geben | altnordischer Donnergott | Würde, Ansehen

PAZ11_05

So ist's richtig:

	A			S		A			O			T			F		O		A		
	G	A	U	K	E	L	N		Z	U	B	E	R		U	N	M	E	N	G	E
F	A	U	N	A		B	A	D	E	N		L	A	S	S	I	E		N		N
	V	S		T	I	E	R	G	A	R	T	E	N		S	E	N	T	E	N	Z
A	E	T	N	A		R	B		N	A			Z	I	M	T		R		I	I
		R		B	O	T	E		I	S	E	R	E		A		S	I	G	M	A
	B	I	Z	E	P	S		G	E	T	R	E	N	N	T		P	O	L	E	N
M	A	T	I	N	E	E		A	N		S			E	T	W	A		O	S	
	U	T		D	R	E	S	S			A	N	S	I	E	D	L	E	R		S
							A	S	I	A	T		E	N			T	R	I	S	T
						R	U	E	C	K	Z	U	G			S	E	N	E	C	A
							B			T		M	E	T	R	O		T		H	E
							E	N	S	E	M	B	L	E		F	I	E	B	E	R
						I	R	A	K			R		G	L	A	S		U	L	K
								B	A		E	I	R	E			L	I	L	L	E
							S	O	L	I	D	E		L	A		A		L		N
						D	E	K	A	D	E	N	Z		V	A	M	P	I	R	
							N	O		Y			I	B	I	S		E	G	A	L
						Z	I	V	I	L	I	S	T		S	T	U	R		S	O
							O		S	L	O	G	A	N		E	R	L	O	E	S
							R	A	T	E	N		T	H	O	R		E	H	R	E

Diagonalrätsel: 1. Haufen, 2. lustig, 3. Fasern, 4. Erster, 5. Kessel, 6. Nieren – Husten, Niesen

Kreiskette: 1. Beeren, 2. Vetter, 3. selten, 4. Saeule, 5. Buegel – Nervensaege

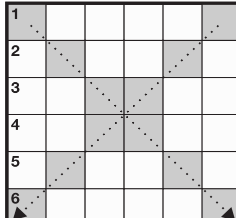
Sudoku:

3	8	6	5	2	1	9	7	4
5	1	7	4	9	6	8	3	2
2	9	4	8	3	7	1	6	5
6	2	3	7	8	5	4	9	1
9	5	1	3	4	2	7	8	6
7	4	8	1	6	9	2	5	3
1	6	2	9	7	3	5	4	8
4	7	5	6	1	8	3	2	9
8	3	9	2	5	4	6	1	7

Sudoku

	8		5			9		
5							3	
		4	8	3	7			
	2	3		8				1
9	5						8	6
7				6		2	5	
			9	7	3	5		
	7							9
		9			4		1	

Lösen Sie das japanische Zahlenrätsel: Füllen Sie die Felder so aus, dass jede waagerechte Zeile, jede senkrechte Spalte und jedes Quadrat aus 3 mal 3 Kästchen die Zahlen 1 bis 9 nur je einmal enthält. Es gibt nur eine richtige Lösung!



Diagonalrätsel

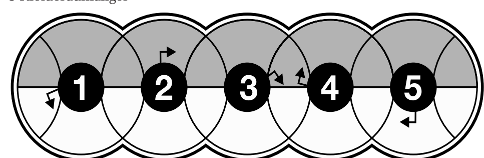
Wenn Sie die Wörter nachstehender Bedeutungen waagerecht in das Diagramm eingetragen haben, nennen die beiden Diagonalen zwei Erkältungserscheinungen.

1 übereinanderliegende Dinge
2 fröhlich
3 textile Rohstoffe
4 Sieger, Bester
5 Kochgefäß
6 Körperorgan (Mehrzahl)

Kreiskette

Die Wörter beginnen im Pfeilfeld und laufen in Pfeilrichtung um das Zahlenfeld herum. Wenn Sie alles richtig gemacht haben, nennen die elf Felder in der oberen Figurenhälfte einen äußerst lästigen Menschen.

1 Strauchfrucht (Mehrzahl), 2 Cousin, 3 nicht häufig, 4 Gebäudestütze, 5 Kleideraufhänger



Heimatkreisgemeinschaften
Fortsetzung von Seite 19

senen Leistungen: Flug mit LOT ab/bis Hamburg inklusive aller Gebühren, 5 Ü/VP im Hotel, Reiseleitung, Flughafentransfer für die Gruppe, Gebühren für die Kurische Nehrung, Busstellung für drei Tage. Vorgesehen ist ein Taxitag, damit Sie in Ihre Heimatorte fahren können, Berechnung vor Ort. Programm: 1. Tag: Abflug von Hamburg oder den anderen Flughäfen nach Kaliningrad und Transfer zum Forsthaus. 2. Tag: Fahrt zur Kurischen Nehrung mit der einzigartigen Dünenlandschaft mit den höchsten Wanderdünen Europas – immer wieder faszinierend. 3. Tag: Taxitag, Sie besuchen Ihren Heimatort oder andere Punkte Ihres Interesses. Den Mitreisenden, die nicht aus Ostpreußen kommen, werden interessante Vorschläge beziehungsweise Mitfahrangebote unterbreitet, damit auch für sie dieser Tag unvergesslich wird. Den Taxipreis bezahlen Sie vor Ort. 4. Tag: Teilnahme am Labiauer Tag – Besuch des Museums im Schloss, Stadtrundgang und so weiter sowie und Rundfahrt durch den Kreis Labiau. 5. Tag: Samlandküste oder Königsberg. 6. Tag: Transfer zum Flughafen und Rückflug.

Wenn Sie Interesse an einer der beiden Reisen haben, melden Sie sich bitte zügig an, jedoch für die Busreise spätestens bis zum 15. März 2011, für die Flugreise spätestens bis zum 15. Mai 2011. Nach diesen Terminen muss bei nicht ausreichender Beteiligung die Reise leider abgesagt werdenWeitere Informationen beziehungsweise Anmeldungen bitte bei Brigitte Stramm, Adresse s. oben.



LÖTZEN

Kreisvertreter: Dieter Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg. Geschäftsstelle: Ute Eichler, Bilenbarg 69, 22397 Hamburg, Telefon (040) 6083003, Fax: (040) 60890478, E-Mail: avus.eichler@freenet.de

Masuren in Neumünster – Das Heimatmuseum der Kreisgemeinschaft Lötzen / Ostpreußen in der Patenstadt Neumünster, Brachenfelder Straße 23, lädt ein zum Besuch der ständigen Ausstellung, zu Sonderausstellungen und Veranstaltungen. Von März bis Oktober an jedem dritten Sonnabend eines Monats Tag der offenen Tür von 10 bis 16 Uhr. Alle Veranstaltungen beginnen um 16.15 Uhr. Eintritt frei. Besuch von Heimatmuseum und Archiv zu anderer Zeit nach Absprache mit Ute Eichler, Telefon (040) 6083003 oder Manfred Kickstein, Telefon (04326) 1436.

Jahresprogramm 2011 – 19. März 2011: Ausstellungseröffnung „Kunst aus unserer Patenstadt Neumünster – Fotokunst von Michael Ermel“, Neumünster (um 15.15 Uhr). Vortrag von Edelgard und Horst Lessing, Neumünster, „Nach Ostpreußen, von Ostpreußen – die Vertriebenen- und Fluchtbewegungen einer Familie“ (um 16.15 Uhr).

16. April 2011: nur „Tag der offenen Tür“ (keine Veranstaltung wegen des Lötzener Schülertreffens in Bad Nenndorf) 10 bis 16 Uhr.

14. Mai 2011: Der Schriftsteller Friedhelm Zühr, Berlin, spricht über „Thomas Mann und Ostpreußen“ und stellt seinen gerade erschienenen Roman „Salomos Zauberberg“ vor (16.15 Uhr).

18. Juni 2011: Ausstellungseröffnung „Die vier Jahreszeiten in Ermland und Masuren“ – Fotografien von Mieczyslaw Wieliczko, Allenstein (15.15 Uhr). Ute Eichler, Hamburg, stellt auf unterhaltsame Weise ihre Funde von „Bernstein in literarischen Werken des 20. und 21. Jahrhunderts“ vor (16.15 Uhr).

16. Juli 2011: Der besondere Tag – Bücher aus 100 Jahren (Sachbücher und Belletristik) werden zum Kauf angeboten. Der Erlös kommt der Museumsarbeit zugute. Gelegenheit zum Stöbern und Schabbern von 10 bis 16 Uhr.

20. August 2011: „Der Ostpreuße Ernst Wiechert und seine Märchen“. Dieter und Ute Eichler, Hamburg, stellen die Entstehungsgeschichte dieser Märchen vor und lesen Beispiele (16.15 Uhr).

17. September 2011: Hans-Werner Erdt, Oldendorf / Holstein, spricht über: „Ein Kolonist auf dem Weg von Hessen nach Masuren. – Deutsche Geschichte im Spiegel einer Familiengeschichte.“ (16.15 Uhr).

15. Oktober 2011: Der besondere Tag – Das Ehepaar Hergenhan, Kiel, zeigt Scherenschnitte und gewebte Bänder und bietet sie zum Kauf an (10 bis 16 Uhr). Es wird ein Scherenschnitt-Märchenfilm gezeigt (16.15), mit Erläuterungen über die Kunst des Scherenschnitts.

Heiligenstatue als Leihgabe

Bergbautraditionsstube Partner des Oberschlesischen Landesmuseums

Das Oberschlesische Landesmuseum Ratingen intensiviert seine historisch-politische Bildungsarbeit durch die Erweiterung der Zusammenarbeit mit der Bergbautraditionsstube in Knurow.

Zu den Partnern jenseits der Grenzen, mit denen das Oberschlesische Landesmuseum in Zukunft verstärkt zusammen arbeiten will, gehört der Bergbautraditionsstube in Knurow (Knurów) bei Gleiwitz (Gliwice). Bei einem seiner jüngsten Besuche hat ein Mitarbeiterteam aus Ratingen-Hösel das Steinkohlebergwerk „KWK Knurów-Szczygłowice“ – das zur staatlichen Steinkohlekompanie „Kompania Weglowa S.A.“ gehört – besucht und an einem Treffen in der Traditionsstube teilgenommen. Engagierte Oberschlesier, die seit Jahren beruflich mit dem Bergwerk und mit Knurow verbunden sind, haben zahlreiche Originaldokumente, Karten, Auszeichnungen, Maschinenteile und weitere Andenken an die Geschichte des umliegenden Kohlereviers zusammengetragen. Zu den Initiatoren zählt Oberkustos Bogusław Szyguła, der durch seine Mitgestaltung von Fernsehsendungen über den Bergbau und die oberschlesische Bergbautradition im lokalen Fernsehen TV Silesia über Oberschlesien hinaus bekannt ist.

Gemeinsam das Erbe bewahren

Anlässlich des Besuches der Delegation aus Deutschland wurde vereinbart, dass das Oberschlesische Landesmuseum und die Bergbautraditionsstube weiterhin vertrauensvoll zusammen arbeiten wollen. So soll das gemeinsame Kulturerbe des oberschlesischen Industriereviers noch stärker zur Geltung kommen.

Als verbindendes Element wurde bei dieser Gelegenheit auch ein wertvolles Exponat erwähnt, das im Jahre 2010 für die Sonderausstellung in Ratingen-Hösel aus Schlesien ausgeliehen wurde. Es handelt sich um die mittelalterliche Statue der heiligen Anna Selbdritt aus Knurow, die sich heute in den Beständen des Erzbischöflichen Diözesanmuseums in Kattowitz befindet.

Neue Vorhaben wurden in einem von Museumsdirektor Dr. Stephan Kaiser und Oberkustos Bogusław Szyguła im Beisein von Vertretern des Steinkohlebergwerks „KWK Knurow–Szczygłowice“ vorgestellten Arbeitsprogramm definiert. Die feierliche Zeremonie fand im Direktionsgebäude der KWK Knurów statt. Dr. Stephan Kaiser hob die zahlreichen gemeinsamen Interessen beider Einrichtungen hervor, die sich in vertrauensvoller Zusammenarbeit verwirklichen ließen. Zu den Höhepunkten gehört sicherlich die große Ausstellung des Oberschlesischen Landesmuseums im Jahre 2012 über die Geschichte des Bergbaus in Schlesien.

Höhepunkt 2012: große Ausstellung in Ratingen

D. G.



Knurow: Feierliche Zeremonie zur Erweiterung der Zusammenarbeit zwischen Ratingen und Knurow. Bild: OSLM

Ostpr. Landesmuseum

Lüneburg – Große Sonderausstellung: Fahrt in die Sonne – Ernst Mollenhauer in der Künstlerkolonie Nidden. Ernst Mollenhauer (1892–1963) war nach 1920 die bestimmende Persönlichkeit in der Künstlerkolonie Nidden. Die Ausstellung zeigt einen großen Überblick über das erhaltene Werk dieses ostpreußischen Expressionisten. Seine farbstarken Werke stellen den Betrachter ganz unvermittelt vor die Wucht der Naturgewalten, die diesen eigentümlichen Landstrich der Kurischen Nehrung prägen. Symbolisch dafür prangt auf manchen seiner Bilder die große Sonne. Die Ausstellung läuft noch bis zum 15. Mai 2011.

Desweiteren bietet das Museum an – Workshop mit Peter Gottschau auf der Grundlage des Buches „Wer bin ich – und wenn ja, wie viele?“ von Richard David Precht. Dazu gibt es zwei Termine à acht Unterrichtsstunden: Donnerstag, 10. Februar 2011, 18 – 19.30 Uhr sowie Donnerstag, 24. Februar 2011, 18 – 19.30 Uhr, Entgelt: 25 Euro.

Fragen stellen zu können, ist eine Fähigkeit, die man nie verlernen sollte. Der Königsberger Philosoph Immanuel Kant hat die großen Fragen der Menschheit einmal so unterteilt: „Was kann ich wissen? Was soll ich tun? Was darf ich hoffen?“ Anhand des Buches „Wer bin ich - und wenn ja, wie viele?“ von Richard David Precht wollen wir in unserem Seminar nach Antworten suchen. Wir wollen uns an der gemeinsamen Lektüre erfreuen und Prechts Buch als Grundlage für eine philosophische Diskussion nutzen. Kants Fragen bilden dabei einen schönen Leitfaden für die Gliederung unseres Seminars.

Information: Ostpreußisches Landesmuseum, Ritterstraße 10, 21335 Lüneburg, Telefon (04131) 75995-0

Alle auf den Seiten »Glückwünsche« und »Heimatarbeit« abgedruckten Berichte und Terminankündigungen werden auch ins Internet gestellt. Eine Zusendung entspricht somit auch einer Einverständniserklärung!

Wo Luther einst studierte

Erfurt, die Stadt des Deutschlandtreffens 2011, lockt mit sehenswerter Altstadt und mächtigen Bauwerken

„Erfurt bietet soviel des Sehens werten dar, dass ein wochenlanges Verweilen kaum hinreichen würde, die Schaulust zu begrenzen, zumal wenn dieselbe Freude am Altertum hätte.“ Mit diesen Worten charakterisierte der Schriftsteller Ludwig Bechstein in seiner Reisebeschreibung von 1858 die alte Metropole Thüringens. Dort wird am 28./29. Mai das diesjährige Deutschlandtreffen der Landsmannschaft Ostpreußen stattfinden.

Das beeindruckende Ensemble von liebevoll restaurierten Fachwerkhäusern und Fassaden prachtvoller Renaissancebauten zeugt von dem Glanz, Reichtum und der kulturhistorischen Bedeutung Erfurts. Da die heutige Landeshauptstadt während des Zweiten Weltkrieges wenig zerstört wurde, hat Erfurt einen nahezu vollständig erhaltenen mittelalterlichen Stadtkern zu bieten. In der großen, weithin erhaltenen Altstadt schlägt sich die reiche Geschichte Erfurts als „steinerne Chronik“ nieder, denn Erfurt blickt auf eine über 1260-jährige Geschichte zurück.

Im Jahr 742 wurde der Ort in einem Brief an Papst Zacharias erstmals erwähnt. Der Missionsbischof Bonifatius erkannte die besondere Lage des Ortes „Erphesfurt“ in der fruchtbaren Gera-Aue und empfahl ihn der römischen Kirche als Sitz eines Bistums. So entwickelte sich Erfurt zum geistlichen Zentrum Thüringens.

Die bevorzugte Verkehrslage am Kreuzungspunkt alter deutscher und europäischer Handelsstraßen und ein weitreichender Markt- und Handelsverkehr begünstigten die frühe Stadtwerdung Erfurts. Von etwa dem Jahr 1000 an unter weltlicher Herrschaft des Mainzer Erzbischofs, hatte sich der frühe Siedlungsschwerpunkt seit dem 13. Jahrhundert zur eigenständigen mitteldeutschen Handels- und Kulturmetropole entwickelt.

Die gut 800-jährige Bindung an Mainz endete 1802 mit dem Übergang an Preußen. Ab Mitte des 19. Jahrhunderts stieg Erfurt zur modernen Industriegroßstadt auf. Heute ist Erfurt die Einkaufsstadt des Freistaates und verfügt über ein ausgezeichnetes Verkehrsleitsystem und einen hervorragend ausgebauten öffentlichen Nahverkehr.

Viele Unverwechselbarkeiten prägen die größte thüringische Stadt: Besonders augenfällig ist das weithin sichtbare und majestätische Ensemble von Mariendom und Severikirche. Eine Freitreppe führt zu den beiden Kirchen auf den Domberg hinauf. Der imposante Dom, der von 1174 bis 1476 erbaut wurde, ist auf das Kostbarste ausgestattet. Eine Besonderheit ist die 500 Jahre alte, weltberühmte und klangvolle Glocke Maria Gloriosa, die nur an hohen Festtagen geläutet wird.

Eine weitere Besonderheit ist die alte Universität, welche 1392 eröffnet und zu einem Zentrum des Humanismus wurde. Ihr bekanntester Student war Martin Luther. Er wurde 1501 an der Universität Erfurt als „Martinus Ludher ex Mansfeldt“ immatrikuliert. Im Dom zu Erfurt wurde er zum Priester geweiht. Sein ganzes Leben lang hatte er enge Beziehungen zu dieser Stadt. Über die damals bedeutende Universität urteilte er 1513: „Die Erfurter Universität ist meine Mutter, der ich alles verdanke.“

Doch nicht nur die Universität, auch die Stadt selbst rühmte Luther und bezeichnete sie als „Erfordia turrita“ – türmereiches Erfurt. Immerhin reckten sich die Türme von 25 Pfarrkirchen, 15 Klöstern und Stiften und 10 Kapellen gen Himmel. Die beeindruckende Zahl der Gotteshäuser brachte Erfurt die Bezeichnung „thüringisches Rom“ ein.

Im Mittelalter gehörte Erfurt zu den bedeutendsten und blühendsten deutschen Städten. Seinen Wohlstand verdankt es vor allem dem Handel. Besondere Bedeutung hatte der Anbau und Handel mit Waid, denn die Färbepflanze bescherte der Stadt ihren Wohlstand und Glanz. Zusätzlich förderten die fruchtbaren Böden, das milde Klima sowie zahlreiche Wasserarme der Gera die Kultivierung des Feld- und Gartenbaus. So bezeichnete Luther die Erfurter nicht von ungefähr als „des Heiligen Römischen Reiches Gärtner“.

Dank der zahlreichen Brücken über die Gera wurde Erfurt auch der Beinamen „Kleinvenedig“ verliehen. Die berühmteste Erfurter Brücke ist die Krämerbrücke. Mit einer Länge von 79 Metern überbrückt sie die Gera nahe der ehemaligen Furt, die von den Reisenden der königlichen Handelsstraße Via Regia genutzt wurde. Im Jahre 1117 erstmals als Holzbrücke erwähnt, wurde sie 1325 aus Stein errichtet. Mit 32 Fachwerkhäusern bebaut, ist sie die einzige Brücke ihrer Art nördlich der Alpen. Heute präsentieren sich in dieser eindrucksvollen Umgebung Kunsthandwerk, Galerien, Wein-, Musik- und Antiquitätenhandel.

In Erfurt berühren sich Gegenwart und Vergangenheit auf Schritt und Tritt – dies macht die besondere Atmosphäre und den Zauber der Stadt aus. *Caroline v. Keudell*


Bild: Archiv

Neben dem imposanten Erfurter Mariendom erhebt sich auf dem Domberg die Severikirche. Schon im Jahr 1121 hatte St. Severi als ehemalige Stiftskirche der Augustinerchorherren Erwähnung gefunden. Mit dem Bau der jetzigen Hallenkirche im Stil der Frühgotik wurde 1278 begonnen. Beendet wurden die Bauarbeiten Mitte des 14. Jahrhunderts, die Gewölbe kamen erst Ende des 15. Jahrhunderts dazu. St. Severi gehört mit seinem weiten, vereinheitlichten Raum zu den fortgeschrittensten Hallenbauten in Mitteldeutschland. Besondere Beachtung verdient der steinerne Sarkophag (um 1365) für den heiligen Severus, einen Bischof aus Ravenna, der im Jahr 344 starb. Die Seitenreliefs erzählen die Geschichte des Bischofs, der zuvor als Wollweber arbeitete. Die Gebeine des Heiligen wurden durch den Mainzer Erzbischof Otger von Ravenna im 9. Jahrhundert zunächst nach Mainz und dann nach Erfurt überführt. Die Reliquien waren von so hoher Bedeutung, dass sie der Kirche den Namen gaben.

Dieses Gotteshaus stellte nun Weihbischof Reinhard Hauke, seit 2009 Beauftragter der Deutschen Bischofskonferenz für die Vertriebenen- und Aussiedlerseelsorge, den Ostpreußen zur Verfügung, damit sie dort zum Auftakt des Deutschlandtreffens am Sonnabend, 28. Mai, 10 Uhr, einen ökumenischen Gottesdienst feiern können. *CvK*

In Kürze

2011 – Jahr des Ehrenamts

Mit dem Ruhestand ab zum alten Eisen? Diese Einstellung ist ein alter Hut, denn viele Senioren starten gerade dann noch einmal durch. Das Lösen von Kreuzworträtseln oder Sudoku ist allenfalls noch eine Beschäftigung für den Feierabend. Viele Pensionäre wollen sich nach dem Berufsausstieg einer neuen verantwortungsvollen Aufgabe stellen und engagieren sich in einem Ehrenamt. In Deutschland sind 23 Millionen Menschen über 14 Jahren ehrenamtlich in Vereinen, Verbänden, Initiativen oder Kirchen tätig. Viele Bereiche des öffentlichen und sozialen Lebens würden ohne Ehrenamtliche kaum mehr existieren. Neben Betreuung von Kindern, Kranken und alten Menschen zählen auch Dienste bei Jugendorganisationen, im Natur- und Umweltschutz, der Telefonseelsorge, Hausaufgaben-Nachhilfe, als Grüne Damen und Herren in vielen Hospitälern, Altenheimen und Behindertenhilfe-Einrichtungen dazu. Bereits im Juni 2009 hatte die Europäische Kommission beschlossen, das Jahr 2011 den Themen Freiwilligenarbeit, Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung zu widmen. Das Europäische Jahr der Freiwilligentätigkeit 2011 zielt darauf ab, die Rahmenbedingungen für Ehrenamt und Freiwilligentätigkeit in der EU weiter zu verbessern, die Freiwilligenorganisationen in ihrer Arbeit zu stärken, die Kultur der Anerkennung Freiwilligenengagements weiter zu entwickeln sowie Politik und Öffentlichkeit für den gesellschaftlichen Wert von Bürgerengagement zu sensibilisieren. *os*


Ehrenamt: Aus Sorge um den Mitmenschen Bild: Archiv

Schräg oder ernst

Offizielle Gedenktage weisen auf die verschiedensten Anlässe hin

Langsam wird's eng im Kalender: Hunderte Gedenk- und Feiertage buhlen um Beachtung, wetteifern um einen möglichst exklusiven Platz. Die florierende Gedenkkultur beinhaltet so unterschiedliche Dinge wie Bäume, Datenschutz, Hochhäuser, Menschenrechte oder Vegetarismus.

Die meisten Anlässe hat die UNO bestimmt, doch darf jede andere Organisation und sogar jede Privatperson Gedenktage schaffen. Die Frage ist nur, ob es jemand mitbekommt! Dann jedoch kann so ein Gedenktag eine erstaunliche Karriere hinlegen, wie beispielsweise der „Internationale Tag der Putzfrau“, der am 8. November begangen wird und der eine reine Erfindung der deutschen Krimi-Autorin Gesine Schulz ist. Fans schrieben diesen Tag aus Jux einfach mal in die Online-Enzyklopädie Wikipedia. Erst nach Monaten kam man ihnen auf die Schliche und entfernte den Tag wieder. Da hatten aber bereits mehrere überregionale Medien über besagten Tag berichtet, sogar die Gewerkschaften kämpften am 8. November energisch für die Rechte der Reinigungskräfte. Der Tag war etabliert – und wurde wieder eingefügt.

Die UNO erinnert im Rahmen ihrer Gedenktage an berühmte Persönlichkeiten und wichtige historische Ereignisse, deren Bedeutung in das Bewusstsein der Öffentlichkeit gerückt werden soll. Zu diesem Zweck bringen die Mitgliedstaaten Vorschläge ein, die alle zwei Jahre durch die Generalkonferenz geprüft und verabschiedet werden. Für 2010 hatte man insgesamt 63 Gedenktage benannt, darunter drei Gedenktage in Deutschland: der 550. Geburtstag des Bildhauers Tilman Riemenschneider, der 200. Geburtstag des Komponisten Robert Schumann und der 150. Todestag des Philosophen Arthur Schopenhauer.

Besonders viele Gedenktage kommen aus den USA. Dort gibt es für fast jede Eissorte einen eigenen Termin im Kalender. Auch der „Tag des Schweinebratens“ am 7. März ist keine deutsche, sondern eine amerikanische Idee. Ironischerweise begeht man hierzulande zeitgleich den „Tag der gesunden Ernährung“.

> »Tag des Schweinebratens« in den USA

Doch woher rührt dieser Gedenktags-Boom eigentlich? Viele Gedenktage wollen auf bestimmte Berufs- oder Bevölkerungsgruppen, Krankheiten oder Probleme aufmerksam machen – wie beispielsweise der Weltlehrertag, der Internationale Frauentag, der Welt-Aids-Tag oder der Internationale Tag der Menschen mit Behinderung. Manche Gedenktage bringen dann allerdings Themen auf die Agenda, über die sonst wenig nachgedacht wird, wie der „Tag der Salami“, an dem man sich den Veranstaltern zufolge gerne auch als Dauerwurst verkleiden dürfe. Oder der „Darwin-Tag“, der Geburtstag des Evolutionsbiologen, an dem sich weltweit Wissenschaftler als Affen kostümieren und ein Bankett veranstalten, auf dem zähflüssige „Ursuppe“ serviert wird.

Nicht unschuldig an der Häufung der Gedenktage sind schließlich die Medien. Denn für Zeitungen, Zeitschriften, Fernseh- und Radiosender gilt meistens die Regel: kein Bericht ohne aktuellen Anlass! Das lernt jeder Redakteur spätestens, wenn er seinem Vorgesetzten vorschlägt, „einfach mal so“ etwas über dieses oder jenes Thema zu schreiben.

Fakt ist, dass es viele schräge Anlässe für Gedenk- und Feiertage gibt, gleichzeitig aber auch ernste Termine, die bisher nicht die Aufmerksamkeit erfahren, die sie verdienen – so wie der Tag der Kinderhospizarbeit oder der Internationale Tag gegen Genitalverstümmelung. Übrigens hat man den Gedenktags-Boom mittlerweile mit einem eigenen Buch bedacht: „Es wird eng im Kalender – 365 kuriose Gedenk- und Feiertage“, das Timo Lokoschat im Carl Hanser Verlag herausgebracht hat. *Corinna Weinert*

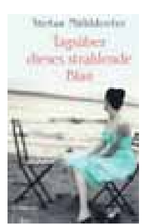
Brot per Post?

Lebensmittel aus dem Versandhandel

Butter und Brot aus dem Web? Es klingt so einfach, doch bislang fristen Lebensmittel im Internet ein Schattendasein. Lediglich 0,5 Prozent des 150 Milliarden Euro umfassenden Lebensmittelmarktes der Bundesrepublik werden online bestellt und dies beschränkt sich fast nur auf Spezialitäten, Weine und Delikatessen. Rund 33 Millionen Versandhandelskunden beziehen über das Internet für 15,5 Milliarden Euro Waren. Nach einschlägigen Umfragen interessieren sich heute aber nur etwa acht Prozent der Deutschen für frische Lebensmittel aus Online-Bestellung.

Das soll sich jetzt ändern. Tengelmann bedient die Spitzengastronomie mit hochwertigen Lebensmitteln. Die Firma tegut mit ihren 149 Lebensmittelmärkten „nah & gut“ hat sich ebenfalls im Versandhandel von Lebensmitteln, darunter auch Diätisches, spezialisiert. Die beiden Großunternehmen Amazon und Otto aber setzen neben den Delikatessen auf frische Ware und hoffen mit ihrer Marketing-Power auf ein zunehmendes Verbraucherinteresse und einen rasch wachsenden Markt. In den Nischen tummeln sich derweil zahlreiche, zum Teil kleine Versender. Immerhin verkaufen derzeit mehr als 150 Manufakturen ihre Waren über das Online-Portal „Kisju“, von andalusischem Olivenöl bis zu Ziegenprodukten aus Boksee bei Kiel.

Amazon hat auf seiner Liste 35 000 Produkte von Gemüse über Fleisch und Fisch bis zu Backwaren und internationalen Delikatessen und arbeitet mit 60 Partnerunternehmen zusammen. Dabei werden auch Bio-Produkte sowie eine breite Palette an Weinen ausgelobt. In Frankfurt und Berlin liefert Amazon noch am selben Abend, wenn die Bestellung vor 11 Uhr eingegangen ist. Dennoch beurteilen die Verbraucherzentralen, wie etwa in Hamburg, das Angebot noch skeptisch und fordern Nachbesserungen im Service, wenn die Sparte ein Geschäft werden soll. *Joachim Feyerabend*



Ernüchternde Bilanz

Vertreter hinterfragt sein Leben

Es gibt Momente im Leben, da fühlen sich manche Menschen leer, und das obwohl sie nach außen hin alles richtig gemacht haben. Sie verfügen über ein festes Einkommen, besitzen ein Häuschen, haben eine Frau und Kinder. Es wird auf ein geregeltes Liebesleben geachtet, man unterstützt sich, ist füreinander da, und dennoch lauert sie da draußen, die Gefahr, sich trotz aller Mühen und vernünftigen Entscheidungen von einem Moment auf den anderen leer zu fühlen.

In dem Roman „Tagsüber dieses strahlende Blau“ berichtet der Münchener Autor Stefan Mühldorfer, wie sich das Leben des Versicherungsmaklers Robert Ames trotz jahrelanger Beständigkeit und Bemühungen zu wandeln beginnt.

Zu viel Grübelei und Gedankenspiele

Robert Ames lebt mit seiner Frau und seinem Sohn Jonathan in einem friedlichen Örtchen im Süden Kanadas. Es war nie Roberts Wunsch, Versicherungsmakler zu werden, doch ist er ein feinsinniger Mann mit einem Gespür für Menschen und deren Stimmungen, was ihn zu einem recht guten, wenn auch leider nicht erfolgreichen Versicherungsberater macht. Genau betrachtet ist Robert mehr ein Antiheld als ein Held, dennoch ist er mit sich und der Welt im Reinen, scheinbar.

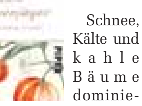
Der Tag, an dem sich das Blatt für Robert wendet, beginnt mit einem etwas verrückten Kundenbesuch, welcher dem vernünftigen Ehemann und Vater einen folgenschweren Denkanstoß bezüglich der Beziehung zu seiner Frau Kala und ihrem gemeinsamen Leben liefert: „Manchmal streichen die Tage und Monate in einem selbstvergessenen Rhythmus an einem vorüber und irgendwann sind Jahre daraus geworden und nichts kündet davon, dass es jemals anders sein könnte. Dann wiederum befällt einen das unbestimmte Gefühl, dass die Dinge nicht so laufen, wie sie laufen sollten, obwohl man nicht sagen kann, woran es liegt, oder ob dem überhaupt so ist. Vielleicht rührt dieses Empfinden ja daher, dass die meisten Umbrüche unmerklich und ohne unser Zutun vonstattengehen ...“

Stefan Mühldorfer gelingt es, die folgenschweren Gedankengänge und Beobachtungen Roberts mit einer Leichtigkeit zu beschreiben, welche die bittere Realität Lügen straft. Was als kleine Grübelei und Gedankenspiel begann, droht Robert nun zu entgleiten, entwickelt eine Eigendynamik, welche sein geregeltes und harmonisches, aber auch etwas langweiliges Leben wie ein Tsunami zu überrollen droht.

Ein Wehrmutstropfen an dem Roman ist, dass der Protagonist bis zum Ende des Buches nicht wirklich in der Lage ist, der Situation Herr zu werden, eine persönliche Entwicklung bleibt aus. Auch würden das Flair der Handlung und die Figuren, die der Münchner Autor schildert, mehr zu einem Vorort von München passen als nach Kanada.

„Tagsüber dieses strahlende Blau“ ist ein sehr gefühlvoller und emotional tief schürfender Roman, bei dem der Leser aufpassen muss, nicht selbst in einen Sog der Selbstbeobachtung zu geraten, in eine Art Bestandsaufnahme der aktuellen Lebenssituation abzuschweifen. *Vanessa Ney*

***Stefan Mühldorfer: „Tagsüber dieses strahlende Blau“**, dtv premium, München 2010, broschiert, 240 Seiten, 14,90 Euro*

Auf der Jagd nach Pflanzen

Wie Rhododendron und Magnolie nach Deutschland kamen

Schnee, Kälte und kahle Bäume dominieren derzeit die Natur. Doch in nicht allzu ferner Zeit wird es wieder blühende Landschaften geben. Doch vieles, was wir dann sprießen und gedeihen sehen, wächst hier erst seit wenigen Jahrhunderten. Magnolie, Rhododendron oder Gingko sind Pflanzen, die erst durch Blut, Schweiß und Tränen nach Europa gebracht worden sind. Renate Hücking hat in ihrem Buch „Die Beute der Pflanzenjäger – Von Europa bis ans südliche Ende der Welt“ einige dieser „Entdecker“ ausgewählt, anhand deren Lebensweg sie verdeutlicht, wie viel Mühe selbst heute noch mit dem Sammeln und der Kultivierung exotischer Pflanzen verbunden ist.

Die bekanntesten deutschen Pflanzensammler sind Reinhold und Georg Forster, die den britischen Entdecker James Cook 1772 bei seiner zweiten Weltumsegelung begleiteten. Auf dieser Reise beschrieben und sammelten sie zahlreiche exotische Blumen, Sträucher und Bäume und informierten ihre Landsleute daheim darüber, dass die Natur in anderen Erdteilen völlig anders aussieht als die, die sie umgibt.

Vor ihnen hatte der Lemgoer Engelbert Kaempfer zahlreiche Beschreibungen fremder Pflanzen nach Deutschland übermittelt. Allerdings hatte Kaempfer im 17. Jahrhundert gar nicht die Möglichkeiten, fremde Pflanzen bis in seine Heimat zu bringen. Kempfer, der 1677 in Königsberg Medizin studiert hatte, profitierte in allen Teilen der Welt von seinen medizinischen Kenntnissen, denn die Heilkunst öffnete ihm alle Türen. War er erst mit Persern, Siamesen oder Japanern in Kontakt getreten, beantworteten sie ihm häufig auch seine Fragen zur dortigen Flora und Fauna. Wobei es für ihn leichter war, die privaten Gärten von Schah Süleyman zu betreten, als die abgeschottete japanische Natur zu erkunden, da die misstrauischen Japaner den Gesandten der Niederländischen Ostindien-Kompanie auf Schritt und Tritt beobachteten.

Die Entdeckungen kosteten viel Schweiß, Blut und Leben

Wirklich verändert hat der 1699 in Nordamerika geborene John Bartram die europäischen Gärten und Parks. Der Farmer entdeckte früh seine Begeisterung für exotische Pflanzen und suchte im nordamerikanischen Hinterland zuvor unkultivierte Pflanzen, deren Samen er dem Londoner Tuchhändler und Naturenthusiasten Peter Collinson zukommen ließ. Dieser kannte zahlreiche Gleichgesinnte und reiche Adlige in ganz Europa, die ihm begeistert die neusten botanischen Entdeckungen aus Amerika aus den Händen rissen und sie in ihren Gärten und Parks anpflanzten. Natürlich erreichten nicht alle Pflanzen und Pflanzensamen Europa, da viele während der Überfahrt aufgrund mangelnder Pflege und der vielen Feuchtigkeit kaputtgingen, manche Schiffe auf der Überfahrt sanken, schließlich herrschte in Europa immer mal wieder Krieg.

Renate Hücking schildert die Arbeit und die Leistung dieser Pflanzenfreunde mit viel Liebe zum Detail. Dabei beschäftigt sie sich keineswegs nur mit der Historie. Sie verweist auch auf die Rosenjägerin Gerda Nissen, die durch nordeuropäische Gärten und Parks sowie über Friedhöfe wanderte, um bereits vergessene alte Rosen zu sammeln. Auch der Australier David Noble ist ihr ein Kapitel wert. Dieser entdeckte 1994 beim Klettern einen Nadelbaum, der schon lange als ausgestorben galt.

Nach der Lektüre des vorliegenden Buches wird man vermutlich beim nächsten Gang durch einen Botanischen Garten viel stärker die Leistung derer, die diese Pflanzen hierzulande kultiviert haben, zu schätzen wissen. *Rebecca Bellano*

***Renate Hücking: „Die Beute der Pflanzenjäger – Von Europa bis ans südliche Ende der Welt“**, Piper, München 2010, gebunden, 251 Seiten, 19,95 Euro*



Geldeintreiber in Nöten

Thriller: Ex-Häftling rutscht erneut ins Milieu ab

In Deutschland ist es schwer, an wirklich guten, tiefschwarzen Krimi-Stoff zu gelangen. Der Noir-Spezialist Martin Compart hat dies einmal folgendermaßen auf den Punkt gebracht: „Laufen gerade ‚Frauen, die Prosecco kotzen‘-Titel, dann werden eben ähnliche Bücher so lange gemacht, bis sie keiner mehr sehen kann. Für den Kriminalroman heißt das: Laufen systemimmanente Weichspülgeschichten mit ein wenig grüner Sozialkritik und einer Kommissarin mit Menstruationsbeschwerden, dann machen eben alle Verlage Weichspülgeschichten mit ein wenig grüner Sozialkritik und Kommissarinnen mit Menstruationsbeschwerden.“

Der Internet-Dienst „Spiegel Online“ drückt es etwas weniger drastisch aus: „Deutschland ist das gelobte Land für Krimi-Autoren, hier werden sie geliebt, gekauft, sogar gelesen. Allerdings nur, wenn sie weiblich sind oder aus Skandinavien stammen oder Ian Rankin heißen.“

Doch keine Sorge. Die Fraktion, die die alten Meister James Lee Burke, Ed McBain, Raymond Chandler, Dashiell Hammett oder den fast komplett vergessenen David Goodis schätzt, kommt bei Ken Bruens Meisterwerk „London Boulevard“ jetzt voll auf ihre Kosten. Der witzige und harte Thriller hat alles, was einen echten Noir-Klassiker auszeichnet: einen kämpfenden Verlierer als Hauptakteur, eine verführerische, wenngleich abgehalfterte Diva (die mit ihren mehrfach gelifteten fast 70 Lenzen dem Protagonisten immer noch gehörig einheizt), eine Menge Drogen und Alkohol, fiese Typen und eine romantische Liebesgeschichte.

Mitchell, so heiß der „Held“ des Romans, rutscht direkt nach seiner Haftentlassung wieder ins Milieu ab. Ein alter Kumpel will ihm einen Job als Geldeintreiber beschaffen, und die in einer Wahnwelt lebende Schauspielerin engagiert ihn als „Mädchen für alles“, das Reparaturarbeiten vornehmen oder bei Bedarf mit der Chefin ins Bett hüpfen muss. Natürlich kann dies für Mitchell, der schnell zwischen alle Stühle gerät, nicht gut ausgehen.

Der Autor Ken Bruen, 1951 in Galway geboren, gilt zu Recht als der bedeutendste Vertreter des Irish Noir und ist allemal eine Entdeckung wert. Seine Bücher, auch die im kleinen Hamburger Atrium Verlag erschienene Jack-Taylor-Reihe, zeichnen sich durch kurze, harte Sätze, Witz und Tempo sowie zahlreiche literarische Anspielungen aus. Auch wenn die Deutschen zurzeit nicht so gut auf die Iren zu sprechen sind: An Ken Bruen kann dies nicht liegen. *Ansgar Lange*

***Ken Bruen: „London Boulevard“**, Suhrkamp Verlag, Berlin 2010, 262 Seiten, 8,95 Euro*

Hauptsache reißerisch

Crime sells: »Das Amt« lässt entlastende Zeitzeugen nicht zu Wort kommen

„Worin besteht die Sensation?“ – betitelt der Direktor des Instituts für Zeitgeschichte München/Berlin, Horst Möller, seinen Beitrag in der „Frankfurter Allgemeine Zeitung“, den er mit dem Satz beschließt: „Mit 1,5 Millionen Euro Aufwand jedenfalls ein ‚kostbarer‘ Befund – liegt nicht hier der eigentliche Skandal.“ Die Rede ist von dem Buch „Das Amt und die Vergangenheit – Die deutschen Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“, das gleich beim Erscheinen im Rampenlicht mit großem Beifall bedacht wurde. Das Buch habe einen Skandal enthüllt, so der Medien-Tenor: „Das Ende aller Vertuschung“, „Endlich sprechen die Akten“, „Der Bericht der Historikerkommission ergibt: Das Auswärtige Amt war systematisch an der Judenvernichtung beteiligt“, „Das braune Haus“.

Das „Braune Haus“ war in der „Hauptstadt der Bewegung“, in München, die Zentrale der Hitler-Partei. Mit der letztzitierten Überschrift wird das Auswärtige Amt zu ihm auf eine Stufe gestellt. Gibt es dafür Indizien, vielleicht gar Beweise?

Fast gleichzeitig mit dem Lob setzte Kritik ein. Im „Spiegel“ unter der Überschrift: „Unkenntnis und Ignoranz“. Immer wieder die Frage: Was ist neu? Neu ist die Behauptung, das Auswärtige Amt sei in der Judenpolitik die treibende Kraft und somit eine „verbrecherische Organisation“ gewesen. Doch den Nachweis für diese ungeheuerliche Anschuldigung bleibt „Das Amt“ schuldig, obwohl an die 30 Personen daran gearbeitet haben.

Die vier Herausgeber erhielten in der „Süddeutschen Zeitung“ eine Seite, um sich zu verteidigen. Sie beginnen mit den Worten: „‚Das Amt‘ hat einen Nerv getroffen“ und fahren fort: „‚Buch der Rache‘ – ‚Buch der Versöhnung‘: Was für Bewertungskriterien werden hier an eine wissenschaftliche Untersuchung herangetragen.“ Doch sie selbst nähren derlei Vorwürfe, wenn sie mehrmals über „die Deutschen“ richten, die sich nach dem Kriege ihrer Mitverantwortung zu entziehen versuchten. Die große Mehrheit war von der Entnazifizierung gar nicht betroffen, hatte gar nichts zu „entziehen“.

Obwohl „Das Amt“ 880 Seiten zählt, kommen absolut glaubwürdige Zeitzeugen nicht zu Wort, deren Bekundungen aufschlussreicher sind als die dicke Schwarte. Hier zwei Belege, die bisher auch von der Kritik nicht erwähnt wurden: Ernst Marcus sollte während des Pogroms vom 9./10. November 1938 für die Reichsvertretung der Juden eine Verbindung mit dem Auswärtigen Amt herstellen, was ihm auch gelang. Sein Bericht lautet: „Im Auswärtigen Amt erlebte ich den ersten Eindruck offenen Abscheus ... Entgegen seiner Gewohnheit, mich allein zu empfangen, war er [Otto v. Hentig] von einigen Attachés seines Referates umgeben. Alle Anwesenden waren mir persönlich bekannt. Hentig ... drückte mir unumwunden seinen Abscheu gegenüber den Ereignissen aus. ‚Ich schäme mich für mein Volk‘, diese herausgestoßenen Worte blieben mir im Gedächtnis. Einer der Attachés – alle gehörten der SS an – fügte hinzu: ‚Glauben Sie mir, wir werden diese Taten büßen müssen. Dieser Tag bleibt nicht ungesühnt. Vielleicht ist Ihnen das ein Trost‘. Es war in der Tat ein Trost. Denn ich empfand, dass es diesen Männern, vielleicht weil sie ihr Vaterland liebten, ernst war mit ihrer Abneigung gegen den Geist des Nationalsozialismus, des Urhebers der von ihnen verurteilten Taten.“

Beim Auswärtigen Amt Abscheu erlebt

Die in Yad Vashem als Gerechte unter den Völkern verehrte Journalistin Ruth Andreas-Friedrich vermerkt unter dem 28. Januar 1941 in ihrem Tagebuch: „Cocktail-Party bei Erich Tuch. Das halbe Auswärtige Amt ist erschienen. Das heißt – genauer gesagt – die ‚andere Hälfte‘ des Auswärtigen Amtes. Die Gegenhälfte. Denn unter den 120 Anwesenden dürfte sich kaum ein Nazi befinden. Man redet getarnt und geschickt. Wie es sich für Diplomaten geziemt. Doch hinter den umschreibenden Worten spürt jeder bei jedem den gleichen Sinn: Wir sind nicht der Meinung! Wir lehnen sie ab, die Politik dieser Gangster-Regierung. ‚Und doch macht ihr sie mit‘, sagt Andrik zu Tuch. – ‚Machen wir sie wirklich mit?‘ fragt dieser. ‚Ich bitte Sie, was sollen wir denn tun?‘“ Sind das nicht äußert aufschlussreiche Bekundungen? Warum nur werden sie unterdrückt?

Die Katholische Akademie Bayern lud zu einem Streitgespräch. Norbert Frei verteidigte das Buch auch mit dem Hinweis, die Nachfrage sei entgegen den Befürchtungen gewaltig. Wen wundert es nach dem Erfolg von Hochhuths „Stellvertreter“, von Goldhagens „Hitlers willige Vollstrecker“, der Ausstellung „Hitler und die Deutschen“? Crime sells, gewissenhafte Arbeit ist nicht gefragt. 1930 erschien „Der jüdische Selbsthass“. Warum sollte ein massenpsychologisches Trauma nicht auch unter Deutschen Nahrung finden? *Konrad Löw*

***Eckart Conze, Norbert Frei, Peter Hayes, Moshe Zimmermann: „Das Amt und die Vergangenheit – Die deutschen Diplomaten im Dritten Reich und in der Bundesrepublik“**, Blessing, München 2010, 880 Seiten, 34,95 Euro*

Weitere neue Titel

***Alexander Behrens (Hrsg.): „Durfte Brandt knien?“**, Dietz, Bonn 2010, broschiert, 150 Seiten, 14,90 Euro*

***Wolf-Ulrich Cropp: „Models und Mönche – Reise ins Innere Thailand“**, Wiesenburg, Schweinfurt 2010, geb., 339 Seiten, 19,80 Euro*

***Margot Mahner: „33 plus minus – Mein Leben im Dritten Reich“**, Haag + Herchen, überarbeitete Auflage, Hanau 2010, broschiert, 224 Seiten, 16 Euro*

***Reinhard Meier-Walser (Hrsg.): „Eine Welt ohne Atomwaffen? – ‚Global Zero‘ – Realisierungschancen einer Vision“**, Hanns Seidel Stiftung, Akademie für Politik und Zeitgeschehen, München 2010, broschiert, 157 Seiten, 5 Euro*

***Sabine Werz: „Sex and Crime auf Königsthronen“**, Bastei-Lübbe, Bergisch-Gladbach 2010, broschiert, 525 Seiten, 9,99 Euro*

***Wolfgang Wietzker: „Kriegsalltag – Der Zweite Weltkrieg in der Erinnerung von Zeitzeugen“**, Helios, Aachen 2010, gebunden, 258 Seiten, 22 Euro*

Marion & Michael Grandt
Das Handbuch der Selbstversorgung

Bauen Sie sich Ihre ganz private Arche Noah! Versorgen Sie sich selbst - machen Sie sich unabhängig - leben Sie autark! Wir leben in einer Zeit der großen Krisen. Die Weltwirtschaft ist am Boden, das Vertrauen in die Finanzwelt ist erschüttert, die Ersparnisse sind nicht mehr sicher, der Arbeitsmarkt verschlechtert sich zusehends.
Dazu kommt auch noch das wachsende Mißtrauen des gegenüber der Agrarindustrie. Politiker agieren immer hilfloser angesichts der zunehmenden Probleme. Immer mehr Menschen hegen Zukunfts- und Existenzängste. Marion und Michael Grandt liefern Ihnen mit diesem Buch eine Bauanleitung für Ihre ganz private Arche Noah. Sie zeigen Ihnen, wie Sie sich und Ihre Familie mit qualitativ hochwertigen Nahrungsmitteln selbst versorgen und von der Lebensmittelindustrie unabhängig machen. Mit großer Liebe und Sachverständnis wird am Beispiel eines Modellhofs detailliert aufgeführt, was Sie benötigen, um neben Ihrem Beruf mit einer kleinen Landwirtschaft eine Familie weitestgehend autark zu versorgen.

Geb., 312 Seiten, durchgehend farbig illustriert
Best.-Nr.: 7073

€ 19,95



Udo Ulfkotte
Kein Schwarz. Kein Rot. Kein Gold.
Armut ist für alle da – die verschwiegenen Kosten der Zuwanderung
Gebunden, 372 Seiten
Best.-Nr.: 7003, € 19,95

Rudolf Lambrecht/ Michael Mueller
Die Elefantenmacher
Geb., 368 Seiten
Best.-Nr.: 7063, € 22,00

Stadtplan Königsberg 1931 / Kaliningrad 2010
Maßstab 1 : 10.000
aktueller Plan Kalinigrads und neu gezeichneter Plan von Königsberg im Jahr 1932, beide Pläne des inneren Stadtgebietes von Königsberg/Kalinigrad (Festungsring) in vergleichender Darstellung nebeneinander auf einer Seite.
Russische Straßennamen im Plan Kalinigrad 2010 in Kyrillisch und Lateinischer Umschrift sowie ehemalige deutsche Bezeichnungen
Nebenkarten Amalienau/Rathshof/Mittelhufen und Maraunenhof 2010
Überlagerung beider Pläne mit Darstellung des veränderten Stadtgefüges
- Straßenverzeichnisse Russisch – Deutsch sowie Deutsch – Russisch
- Straßenumbenennungen 1933 – 1945
- Verzeichnis der wichtigsten Gebäude Königsbergs im Jahre 1931 und ihrer heutigen Nutzung / Bezeichnung

Karte
75 x 50 cm, gefalzt
15 x 25 cm
Best.-Nr.: 7067

€ 5,95



CD

„HEIMAT, du Land meiner Sehnsucht…"

Die schönsten ostpreußischen Lieder und Gedichte von Hildegard Rauschenbach, Agathe Lams und Greta Strauss.
Originalaufnahme aus dem Jahre 1979

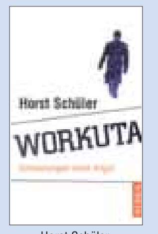
Hildegard Rauschenbach singt:
• Land der dunklen Wälder • Es dunkelt schon in der Heide
• Sie sagen all, du bist nicht schön • Zogen einst fünf wilde Schwäne
• Wild flutet der See • Ännchen von Tharau

Gesamtspielzeit: 71:29 Min
Best.-Nr.: 7050

€ 13,95



Hans-Olaf Henkel
Rettet unser Geld!
Deutschland wird ausverkauft - Wie der Euro-Betrug unseren Wohlstand gefährdet.
Geb., 208 Seiten
Best.-Nr.: 7065, € 19,90



Horst Schüler
Workuta – Erinnerung ohne Angst
Geb., 256 Seiten mit Abbildungen
Best.-Nr.: 1015, € 9,95



Alexander Demandt
Es hätte auch anders kommen können
Wendepunkte deutscher Geschichte, Geb., 286 Seiten
Best.-Nr.: 7062, € 19,95



DVD

Das war Königsberg
Erleben Sie das unzerstörte Königsberg
Laufzeit: 30 Minuten, schwarz/ weiß- Aufnahmen von vor der Zerstörung Königsbergs
Best.-Nr.: 4470, € 19,00

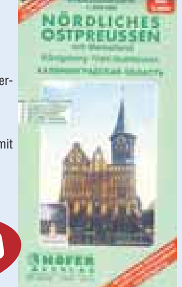


Straßenkarte Nördliches Ostpreußen
Königsberg- Tilsit- Gumbinnen
Mit separatem Ortsnamensverzeichnis und Innenstadtplan von Königsberg
Maßstab 1:200.000, zweisprachig bis ins Detail, mit Lupe, neue Auflage

Best.-Nr.: 1145



€ 10,90





PMD Preußischer Mediendienst

Oliver Rieckmann empfiehlt...

lesensWERT!
Die Buchempfehlung des Preußischen Mediendienstes!

Amy Chua
Die Mutter des Erfolgs
Wie ich meinen Kindern das Siegen beibrachte

In ihrem Erlebnisbericht erzählt die Autorin fesselnd, witzig und mit kluger Offenheit von einem gnadenlosen Kampf, der ihr und ihren Töchtern alles abverlangte: ein packendes und hochkomisches Buch über Familie und Erziehung, über Leistungsdruck und über den Willen, unbedingt zu siegen.

Geb., 256 Seiten
Best.-Nr.: 7072

Amy Chua ist Juraprofessorin in Yale und zweifache Mutter. Ihre Kinder will sie zum Erfolg erziehen – mit allen Mitteln. Und gemäß den Regeln ihrer Wurzeln in China ist Erfolg nur mit härtester Arbeit zu erreichen.
Sie beschließt, dass ihre Töchter als Musikerinnen Karriere machen sollen. Wer nicht gehorcht, wird mit Hausarrest, Essensentzug und gelegentlicher Gewalt – sprich: mit chinesischen Erziehungsmethoden – zur Tortur. Wo eine Eins minus als schlechte Note gilt, muss Lernen anders vermittelt werden als in unserer westlichen Pädagogik.



€ 19,90



Heinrich Pflanz
Die Hingerichteten von Landsberg und der Spöttinger Friedhof

Der Landsberger Heimatforscher Heinrich Pflanz hat in jahrzehntelanger Arbeit die vorliegende Dokumentation erstellt. Seine Forschungen stützen sich dabei nicht nur auf umfangreiches Material aus deutschen und amerikanischen Archiven, sondern er konnte auch auf die persönlichen Aussagen von amerikanischen Armeeangehörigen, deutschen Zivilangestellten, der evangelischen und katholischen Gefängnispfarrer, Rechtsanwälten und vielen Angehörigen der Angeklagten und ehemaligen "Rotjacken", also der Verurteilten, die monate- bzw. jahrelang in der Todeszelle auf ihre Hinrichtung warteten, ehe ihr Urteil umgewandelt wurde, zurückgreifen. Entstanden ist ein erschütterndes Werk, das die Lebensschicksale der Hingerichteten, ihre tatsächlichen oder oft auch nur von den Anklägern behaupteten Verbrechen knapp und eindringlich schildert. Von besonderer zeitgeschichtlicher Bedeutung sind die von vielen Verurteilten überlieferten letzten Worte unter dem Galgen und die dokumentierten Abschiedsbriefe, die auf ergreifende Weise bezeugen, wie der Einzelne in den Sog eines katastrophalen Weltgeschehens geraten kann.

Geb., 424 Seiten
Best.-Nr.: 7070

€ 29,80



Marianne Kopp
Beetenbartsch und Klunkermus - Ostpreußische Küche
Geb., 96 Seiten, zahlr. farb. Abbildungen
Best.-Nr.: 7001, € 9,95



statt früher € 15,90 nur noch € 7,95

HARALD SAUL
Unvergessliche Küche Ostpreußen
Geb. Buch, 128 Seiten
Best.-Nr.: 6820

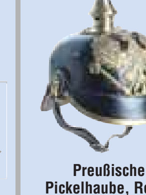


statt € 26,90 nur noch € 14,95

Donga- Sylvester/ Czernetzky/ Toma (Hg.)
Ihr verreckt hier bei ehrlicher Arbeit!
Deutsche im Gulag
Geb., 367 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6862



Preußischer Kürassierhelm M1889, Replik
Originalgetreuer Nachbau in Einheitsgröße mit verstellbarem Kinnriemen
Best.-Nr.: 7066, € 119,95



Preußische Pickelhaube, Repro
Originalgetreue Replik einer preußischen Pickelhaube.
Leder mit Metallbeschlägen.
Einheitsgröße mit verstellbaren Kinnriemen
Best.-Nr.: 7059, € 129,95

Husaren-Manschettenknöpfe



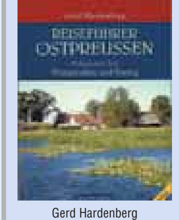
€ 24,95

Manschettenknöpfe
Silbernes Herrschermonogramm „F.W, R" mit aufgesetzter Krone auf schwarzem Grund, silbern eingefasst. Die Vorderseite ist emailliert, Maße: Breite: 17 mm, Höhe: 19 mm.
Die Lieferung erfolgt in einem hochwertigen Geschenkkarton.
Best.-Nr.: 7017

E. Windemuth
Ostpreußen – mein Schicksal
Ein Tragödie der Vertreibung

In diesem Buch werden die entsetzlichen Erlebnisse und Leiden der Vertreibung aus Ostpreußen 1944/45 von einem Opfer in Tagebuchform aufgezeichnet. So wie sie haben zahllose Deutsche durch diese Hölle gehen müssen. Viele hat die Wucht und diese grausame Scheußlichkeit des Erlebten den Mund verschlossen, viele Überlebende haben nicht davon sprechen können. So stehen diese Aufzeichnungen in Tagebuchform für das Schicksal von Zehn- ja hunderttausenden, die aus ihrer angestammten Heimat vertrieben und verschleppt wurden, die gequält, gefoltert und ermordet worden sind. Der fortlaufende Text des Tagebuches wurde von Prof. E. Windemuth ergänzt durch eine Anzahl wichtiger dokumentarischer Einblendungen und Zeugnisse.

Kart., 144 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 4494, € 16,00



Gerd Hardenberg
Reiseführer Ostpreußen, Westpreußen und Danzig
69 S/W-Abb. u. Karten, 25 Farbabb.
Best.-Nr.: 3080, €14,95



Winfried Brandstäter
Mein Paradies lag in Masuren
Erinnerungen eines ostpreußischen Jungen an die Schicksalsjahre 1944-1946
Kart., 144 Seiten
Best.-Nr.: 6859, € 10,90

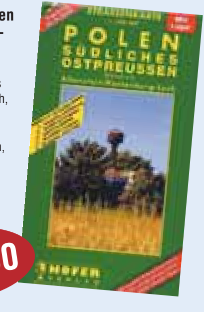
Sarrazin - Eine deutsche Debatte
Kart., 238 Seiten
Best.-Nr.: 7068, € 10,00

Straßenkarte Südliches Ostpreußen Masuren/Allenstein-Rastenburg-Lyck
Straßenkarte im Maßstab 1:200.000, 2-sprachig bis in Detail, polnisch/deutsch, separates Ortsnamenverzeichnis, polnisch-deutsch/deutsch-polnisch, abtrennbare Lupe, Innenstadtplan von Allenstein

Best.-Nr.: 1146



€ 10,90



Helmut Schnatz
Der Luftangriff auf Swinemünde
Dokumentation einer Tragödie
Geb., 192 Seiten mit Abb.
Best.-Nr.: 6924,
statt € 24,90 nur noch € 14,95

Elchschaufel-Schlüsselanhänger rund

Schlüsselanhänger
mit der Elchschaufel.
Durchmesser 30 mm.
Best.-Nr.: 6829, € 4,95

Abzeichen Volksabstimmung Ostpreußen



Replik eines Originalabzeichens
Inschrift: Abstimmung: Ost- und Westpreußen 11.7. 1920
Durchmesser: 25 mm an Nadel mit Sicherungshülse
Best.-Nr.: 6925, € 6,95

Ostpreußen-Schlüsselanhänger



Ostpreußen-Schlüsselanhänger
Best.-Nr.: 6765, € 4,95

Ostpreußen-Wappen-Schlüsselanhänger



Schlüsselanhänger
mit dem Ostpreußenadler.
Emaillierte Oberfläche.
Best.-Nr.: 6800, € 4,95

Schlüsselanhänger Belling'sche Husaren





Inschrift: VINCERE, AUT MORI, emaillierte Vorderseite
Best.-Nr.: 6959, € 5,95

PMD Preußischer Mediendienst

Bitte Bestellcoupon ausfüllen und absenden oder faxen an: Preußischer Mediendienst 05/11
Mendelssohnstraße 12 · 04109 Leipzig · Tel. (03 41) 6 04 97 11 · Fax (03 41) 6 04 97 12
Lieferung gegen Rechnung. Achtung! Die Versandkostenpauschale beträgt nur € 2.50*, ab einem Bestellwert von € 70.00 ist die Lieferung versandkostenfrei *nur gültig bei Versand innerhalb Deutschland ohne Inseln. Auslandslieferung gegen Vorkasse, es werden die tatsächlich entstehenden Portogebühren berechnet. Videofilme, DVDs und MCs sind vom Umtausch ausgeschlossen

Bestellcoupon

Menge	Best.- Nr.	Titel	Preis

Vorname: Name:

Straße/Nr.: Telefon:

PLZ/Ort:

Ort/Datum: Unterschrift:

Über 1500 weitere Artikel finden Sie auch in unserem Internetshop www.preussischer-mediendienst.de

MELDUNGEN

Kein Geld für Ex-Despoten

Genf – In der Schweiz ist ein Gesetz in Kraft getreten, wonach die Regierung eingefrorene Vermögen ehemaliger Staats- und Regierungschefs ohne Gerichtsurteil an deren Herkunftsländer auszahlen kann. Damit verlieren auch der kürzlich nach Haiti zurückgekehrte ehemalige Jetset-Diktator Jean-Claude „Baby Doc“ Duvalier und Tunesiens Ex-Staatschef Zine el-Abidine Ben Ali ihre auf mehrere Millionen bezifferten Vermögen bei Schweizer Banken. *J. H.*

Zulassungslotto in Peking

Peking – Mit ungewöhnlichen Mitteln wollen die Stadtväter der chinesischen Hauptstadt das alltägliche Verkehrschaos eindämmen: Kfz-Neuzulassungen werden künftig verlost. Pro Monat sollen maximal 20000 Zulassungen vergeben werden. Beim ersten Durchgang der Lotterie, die im Fernsehen und im Internet live übertragen wurde, ergatterten lediglich 17000 von 210000 Interessenten eines der begehrten Nummernschilder. *J. H.*

ZUR PERSON

Nachfolger des »Speckpaters« tot

Das Diplomatische war ihm sozusagen in die Wiege gelegt: Geboren wurde **Hans Graf Huyn** 1930 als Sohn des Presseattachés an der deutschen Gesandtschaft in Warschau. 25 Jahre später war er, nach Jura-, Geschichts- und Sprachenstudium in München, Frankreich und Südamerika, selber Attaché. Tunis, Dublin, Tokio und Manila waren seine wichtigsten Stationen im Ausland. Von 1963 bis 1965 war er im AA für die Ausgestaltung des deutsch-französischen Vertrags zuständig, den er durch die Aktivitäten der sogenannten Atlantiker gefährdet sah. Im Gewissenskonflikt zwischen politischer Grundüberzeugung und formeller Dienstreue entschied er sich für eine gezielte Indiskretion und damit gegen die eigene Karriere. Nach dem Abschied vom Diplomatischen Dienst war Graf Huyn als außenpolitischer Berater des CSU-Chefs Franz-Josef Strauß tätig. Von 1976 bis 1990 vertrat er den Wahlkreis Rosenheim im Bundestag.



In Vertriebenenkreisen hat der Name Huyn einen guten Klang. Der hochgebildete Adlige war lange Jahre Vorsitzender der Deutschen Sektion von „Kirche in Not“. Diese höchst verdienstvolle Organisation ist hervorgegangen aus der „Ostpriesterhilfe“, die 1947 von dem niederländischen Pater Werenfried van Straaten gegründet wurde. Der damals 34-jährige Geistliche hatte mit einem flammenden öffentlichen Appell – „Frieden auf Erden? Kein Platz in der Herberge!“ – auf das Elend der Millionen deutscher Vertriebener aufmerksam gemacht. Als erste halfen ihm belgische Bauern, mit Speck und anderen Naturalien. Seither ist Werenfried als „Speckpater“ bekannt. Hans Graf Huyn, der in seiner Nachfolge seit 1988 tätig war, ist am 22. Januar nach langer, schwerer Krankheit in Südtirol verstorben. *H.J.M.*



Zeichnung: Mohr

Unerträglich

Warum alte Freunde keine Freunde sind, wo wir den Politmüll endlagern, und wie uns Westerwelle mit der Realität beschmutzt / Der Wochenrückblick mit Hans Heckel

Die Politiker reden von einer „Sternstunde“ der Demokratie, vom Erwachen der arabischen Völker und tun so, als könnten sie sich kaum einkriegen vor Begeisterung: Ja, isses nich' doll? Nein, ist es nicht!

Das Ende einer Diktatur ist nämlich vor allem erst mal eines: peinlich, peinlich für nahezu alle Beteiligten. Bis eben noch wurden die Kissen auf Husni Mubaraks Sofa nicht mehr kalt, weil ein großer Staatsmann nach dem anderen neben dem „Garanten für Frieden und Stabilität im Nahen Osten“ fotografiert werden wollte. Diese Woche nun hagelte es aus den Mündern der Sofahocker glühende Appelle, der Nil-Despot möge die „seit vielen Jahren überfälligen Reformen endlich in Angriff nehmen“.

Als diese Zeilen entstehen, ist nicht raus, ob der Ägypter noch auf seinem Stuhl sitzt, wenn Sie dies lesen. Lange gibt man ihm jedenfalls nicht mehr, was die wiederum peinliche Frage aufwirft: Wohin mit dem Mann? Das ist nicht nur eine politische, sondern auch eine logistische Herausforderung. Solche Leute fliehen nicht allein, sondern mit einer vielköpfigen Entourage aus Verwandten und besonders verdienten Günstlingen – sämtlich schwer beladen mit allerhand Diebesgut.

Die Frau des bereits Mitte Januar entflohenen tunesischen Diktators Ben Ali, Madame Leila, ließ ja angeblich 1500 Kilo Gold aus der Staatsbank mitgehen. Das muss alles geschleppt werden. Spaß macht soviel Gold allerdings nur, wenn man es auch ausgeben kann. Gar nicht so einfach wie es klingt: Ben Alis Familie war schon vor ihm nach Frankreich „emigriert“, um sich dort im Vergnügungspark „Euro-Disney“ von der Last der Verantwortung zu erholen. Papa sollte später nachkommen, sobald er die letzten Konten in der undankbaren Heimat besenrein gefegt hat.

Der Plan schlug fehl: Frankreichs Regierung, die Ben Ali und seine Lieben (und Teuren) bislang mit Freundlichkeiten nur so überschüttet hatte, wollte auf einmal nichts mehr wissen von der Blase und drängte sie hastig und schwitzend, die Kurve zu kratzen und gen Saudi-Arabien abzuhauen. Dort wären sie fast noch dem alten Tyrannen-Kollegen Idi Amin begegnet, wenn der nicht 2003 der Bluthochdruck dahingerafft hätte. Warum stellen die Saudis ihr Land eigentlich freiwillig als Politmüll-Endlagerstätte zur Verfügung? Als nette Geste gegenüber Amerikanern und Europäern vielleicht? Wie bereits beschrieben legen wir ja keinen gesteigerten Wert darauf, dass unsere „verlässlichen Partner“ bei uns unterkriechen, wenn sie zu Hause rausgeflogen sind. Aber sind die Saudis nett? Eher nicht, wenn man an die zahllosen islamistischen Gruppen und Einrichtungen in aller Welt denkt, die von Riad finanziert werden.

Es muss etwas anderes sein, und wir ahnen es: Sobald dereinst das schwarze Gold versiegt, steht es schlecht um die ölige Privilegienwirtschaft der Wüstenkönige. Wenn das Schmiermittel alle ist, dürfte ihr Räderwerk der Korruption mit einem großen Knall auseinanderfliegen. Dann heißt es womöglich schleunigst „Land gewinnen“. Und wir reden hier nicht von einem überschaubaren orientalischen Klan. Dann suchen Zehntausende luxusverwöhnter Prinzen ein neues Wirtstier.

Ausgerechnet Husni Mubarak weiß, welchen Ärger solche Leute machen können: Als Saddam Hussein 1991 Kuweit überrannte, lud der ägyptische Staatschef die verjagten Golfanrainer großherzig ein, bei ihm am Nil zu überwintern, bis die ungläubigen Amis ihr Land wieder freigekämpft haben.

Die Flüchtlinge kamen und sahen ein bettelarmes Land. Doch sie dachten gar nicht daran, von ihrem ausschweifenden Lebenswandel mit Rücksicht auf die Ägypter auch nur ein wenig abzurücken, was ihren Gastgebern gewaltig auf den Senkel ging. Schon bald gab es handfeste Scherereien zwischen Einheimischen und Kuweitis. Mubarak machte drei Kreuze (drei Halbmonde? ... egal), als die geliebten arabischen Brüder wieder heimfahren konnten. Wenn also das schon kaum klappte, wie geht es dann in einem Land her, in das über Nacht ein paar zehntausend saudische Prinzen einfallen, für die Bescheidenheit eine Ausdruck niederer Gesinnung ist? Die müssten verteilt werden auf mehrere Länder. Daher haben die Saudis guten Grund, sich solidarisch zu zeigen mit sämtlichen Schmuddelkindern der Weltpolitik, damit die überlebenden Despoten später die Wüstenfürsten als Brüder im Ungeist aufnehmen mögen.

> **Bevor sie nur noch aus dem Katalog einkaufen kann, geht Madame Leila lieber nach Argentinien**

Trotzdem kann kein noch so schöner Exilpalast die heimische Goldgrube ersetzen. Leila gefällt es gar nicht auf der arabischen Halbinsel. Sie weigert sich, das dort absolut obligatorische Kopftuch zu tragen, also muss sie zu Hause bleiben. Da ist es zwar auch ganz nett, aber was bringt das Gold und sonstige Geld, wenn man nur aus dem Katalog einkaufen kann? Ja, das harte Brot der Emigration!

Leila will aber kein hartes Brot, sie mag es lieber weich und voller Saft, und Spaß soll es machen, kurz: Madame möchte ins spritzige Argentinien. Wieso ausgerechnet Argentinien? Keine Ahnung, vielleicht geht es ihr auch nur um Lateinamerika so ganz allgemein. Leilas Sippe hat in Jahrzehnten eine anerkannte Kompetenz im Drogengeschäft erworben. Was das angeht, bietet der Kontinent solide Entfaltungsmöglichkeiten. Womöglich haben Leilas Leute da sogar schon „Freunde“.

Doch zurück nach Ägypten: Im Netz kursiert die Behauptung, die USA hätten schon seit 2008 auf Mubaraks Sturz gesetzt und es sei daher gar nicht auszuschließen, dass Washingtons Agenten die Proteste eigenhändig befeuert haben. Das sei einem Kabel der Kairoer US-Botschaft zu entnehmen, das, wie üblich, über Wikileaks an die Öffentlichkeit gelangt sei.

Die ägyptische Rebellion als Fernzündung der CIA! Leute, ist das nicht spannend? Aber wie! Bleibt bloß die Frage, warum die Amis das gemacht haben sollen. Steht ja ziemlich ohne Hosen da, der Obama: Ein bisschen so wie Maggie Thatcher, die noch 1987 „die Fackel der Freiheit“ in den Osten Europas tragen wollte. Als die Völker des Ostblocks sich selber eine anzündeten und die Deutschen die Berliner Mauer durchstachen, war kein westlicher Regierungschef so tief erschüttert wie ausgerechnet die Fackelträgerin. Nun sieht auch die US-Führung nach all ihren flammenden Freiheitsreden und ihrem Gekungel mit Mubarak aus wie einer, der von seinen eigenen Worten überrollt wird. Wie ein Heuchler also. Wir hassen Heuchler. Nur eines hassen wir an Politikern noch mehr als ihre Heuchelei, nämlich: Wenn sie uns die Wahrheit sagen.

Guido Westerwelle bekommt das zu spüren. Der Außenminister hatte auf die Frage, wann Berlin denn endlich klare Position beziehen wolle im ägyptischen Drama, geantwortet: „Wir wissen noch nicht, wohin sich die Lage in Ägypten entwickelt, da können wir uns doch nicht auf die eine oder andere Seite stellen.“ Mit anderen Worten: Ein guter Draht zu den neuen Mächtigen ist Berlin wichtiger als die Freundschaft mit einflusslosen Idealisten.

Unerträglich, nicht wahr? Indem er uns das so kaltschnäuzig um die Ohren haut, zwingt er uns nämlich, selber Farbe zu bekennen: Sind uns Demokratie und Menschenrechte in XY-Land wirklich wichtiger als die Zufuhr von Rohstoffen oder der Absatz unserer Produkte? Um unseren Wohlstand zu bewahren, müssen wir eben auch mit weniger vorzeigbaren Regimen herumpartnern. Oder wären wir bereit, unsere Mobiltelefone abzuschaffen, weil wir die „seltenen Metalle“, die für deren Produktion unersetzlich sind und die derzeit leider fast sämtlich aus China kommen, nicht haben wollen – wegen der Diktatur dort?

Das sind Fragen, die man einem feinsinnigen Mitteleuropäer nicht stellt, sonst wird er sehr ärgerlich. Westerwelle hat sie uns hinterhältig unter die Weste gejubelt, indem er uns erklärte, dass gute Beziehungen nicht nur Geschmackssache sind, sondern auch kalten Interessen folgen. So etwas hören wir nicht gern. Schließlich wollen wir uns nicht die Hände beschmutzen mit „Realität“.

MEINUNGEN

Selbst der Generalsekretär der wegen islamistischer Tendenzen umstrittenen muslimischen Vereinigung ***Milli Görüs, Oguz Üncüncü****, übt im „Focus“ vom 24. Januar* ***Kritik*** *an den Empfehlungen des rheinland-pfälzischen Kultusministeriums für den* ***Umgang mit Muslimen****:*

„Das Fasten im Ramadan ist ein Gebot für muslimische Gläubige. Ich habe als Schüler auch gefastet und trotzdem Klassenarbeiten geschrieben. Man sollte sich davor hüten, Muslime zu Exoten zu stempeln. Wir wollen nicht den Schulbetrieb auf den Kopf stellen.“

Im „Spiegel“ vom 24. Januar warnt die Schriftstellerin und DDR-Bürgerrechtlerin ***Monika Maron*** *vor* ***falscher Solidarität*** *mit dem* ***Islam****:*

„Nicht die als Hassprediger und heilige Krieger beschimpften Kritiker des Islam denken rassistisch, sondern jene, die ethnischer und religiöser Herkunft mehr Bedeutung zumessen als den individuellen Menschenrechten, die, indem sie vorgeben, eine andere Kultur zu schützen, die Freiheitsrechte der in dieser Kultur gefangenen Menschen opfern. Wir brauchen die Solidarität der Aufgeklärten. Unsere Antwort auf den Islam kann nicht die Rückbesinnung auf den christlichen Glauben sein, wie die Kanzlerin empfohlen hat. Unsere Antwort finden wir bei den großen Aufklärern Lessing und Mendelsohn, bei Wilhelm von Humboldt und Rahel Varnhagen.“

Mittelmeerträume

Das Mittelmeer ist weltbekannt,
weil einst von Pädagogen
didaktisch nach dem Club benannt
und dessen Katalogen.

Zudem – auch das weiß jedermann –
liegt's irgendwie dazwischen,
und selbst bei klarem Wasser kann
man dort im Trüben fischen.

Drum hat der Nic im Wahlkampf schon
vor Jahren vorgeschlagen,
man solle eine Union
der Sonnenstaaten wagen!

Tatsächlich wurde er gewählt –
nur will's nicht ganz gelingen,
die Länder, wo die Haut sich schält,
ins selbe Boot zu bringen.

Mit Nicki und Mubarak zwar
gibt's Präsidenten doppelt,
und bei den Sekretären gar
wird siebenfach gemoppelt.

Desgleichen sorgt man, wie's gehört,
für schöne Gipfeltreffen,
was höchstens kleine Geister stört,
die über Kosten kläffen.

Doch wie die Ebene so hat
das Meer auch seine Mühen,
und Schiffbruch kann zuweilen glatt
an kleinen Klippen blühen!

Und seht, vor kurzem ist's passiert:
Nach Wochen voller Bangen
ist Freund Ben Ali havariert
samt Gold von Bord gegangen.

Den cher ami und Pharao
erwischt es dieser Tage,
weshalb ich ohne Risiko
schon jetzt zu sagen wage:

Die Mittelmärchen-Union,
die geht in Kairo baden,
und dann hat Frankreichs kleiner Sohn
noch mehr an Spott und Schaden ...

Pannonicus